



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Der Climate-Security Nexus im Kontext der EU-Außen- und
Entwicklungspolitik im Sahel

verfasst von | submitted by
Laura Vordemann BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Dr. Etienne Schneider BA MA

Abstract

Die vorliegende Masterarbeit untersucht den Climate-Security Nexus in der EU-Sahelstrategie anhand einer detaillierten Fallstudie zur Tschadseeregion. Die Sahelzone wird durch komplexe Herausforderungen wie Dürren, Hungersnöte und terroristische Gruppierungen geprägt. Die EU hat in diesem Kontext eine eigene Strategie entwickelt, die einen integrierten Ansatz verfolgt, um Sicherheits-, Entwicklungs-, Migrations- und Klimawandelthemen besser zu koordinieren. Trotz des etablierten politischen Narrativs zum Climate-Security Nexus bleibt die konkrete Definition und Umsetzung dieses Konzepts in der EU-Strategie unklar. Im Rahmen einer Politikfeldanalyse wird in der Arbeit untersucht, wie die EU den Climate-Security Nexus versteht und wie sie den Nexus in der Sahelzone und insbesondere in der Tschadseeregion implementiert. Drittens wird aus diesen Ergebnissen abgeleitet, ob es Diskrepanzen zwischen dem Verständnis des Nexus und dessen Implementierung gibt. Die Ergebnisse zeigen, dass trotz des etablierten Begriffs des Climate-Security Nexus in den EU-Dokumenten, das Verständnis nicht genau definiert ist bzw. sowohl als theoretisches als auch als Handlungskonzept in die Sahelpolitik einging. Die Arbeit schließt mit der Erkenntnis, dass die konkrete Umsetzung des Nexus noch hinter den Zielformulierungen zurückbleibt und sich zum Teil Diskrepanzen zwischen dem Verständnis des Climate-Security Nexus in der Strategie und Umsetzung herausstellten.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
1. Einleitung	2
2. Forschungsfragen und Gliederung der Arbeit.....	4
3. Konzeptionelle Annäherung: Das Narrativ des Climate-Security Nexus.....	6
3.1 Forschungslücke und Erkenntnisinteresse.....	13
4. Kontext	15
4.1 Der Tschadsee.....	15
4.1.1 Die koloniale Vergangenheit.....	17
4.1.2 Die Länder in Zahlen und Fakten.....	20
4.1.3 Die aktuelle politische Situation.....	23
4.1.4 Der Klimawandel und seine Auswirkungen auf den Tschadsee	26
5. Operationalisierung und Methode.....	32
5.1 Politikfeldanalyse	32
5.2 Multi-Methoden-Ansatz.....	34
5.2.1. Dokumentenanalyse	34
5.2.2 Expert*inneninterviews	35
5.2.3 Limitationen	36
6. Der Climate-Security Nexus und die EU-Politik im Sahel	38
6.1 Wie versteht die EU den Climate-Security Nexus? Ein Blick in die EU-Sahelstrategie	38
6.2 Wie zeigt sich das Verständnis des Climate-Security Nexus bei der Umsetzung der Strategie? Finanzierung, Akteure und Projekte.....	43
6.2.1 Finanzierung.....	43
6.2.2 Akteure	48
6.2.3 Programme und Projekte	54
6.3 Gibt es Diskrepanzen zwischen dem Verständnis des Climate-Security Nexus in Strategie und Umsetzung?	64
7. Fazit	67
8. Bibliografie	69
9. Anhang	77
9.1 Interviewleitfaden.....	77
9.2 Transkript Interview FREXUS Project Manager (03.10.2023)	78
9.3 Abbildungsverzeichnis	85

1. Einleitung

Die Sahelzone, die sich von Ostafrika bis Westafrika über mehrere Länder erstreckt, wird in den internationalen Medien insbesondere im Zusammenhang mit Dürren, Hungersnöten, terroristischen Gruppierungen, darunter der bekanntesten Boko Haram, und westlichen Militärmissionen, zum Beispiel die United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission (MINUSMA), beschrieben. Das Scheitern von MINUSMA, der Abzug der westlichen Truppen aus Mali sowie die nach dem Putsch in Niger im Juli 2023 unklare weitere Vorgehensweise der restlichen verbliebenen Streitkräfte kennzeichneten die Außenpolitik der EU im Sahel, die bisher ihren Fokus auf die Migrationskontrolle und Sicherheitsinteressen gelegt hatte.

Nach Jahren ausbleibender Erfolge in der Stabilisierung der Sicherheitslage entwickelte die Europäische Union (EU) für diese Region eine eigene Strategie mit einem „integriertem Ansatz“. Damit versucht die EU, die Komplexität der Krisen besser bewältigen zu können. Sie erhofft sich durch den Fokus auf den Nexus aus Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit, Migration und neuerdings auch Klimawandel, eine stärkere Abstimmung zwischen den bisher für sich stehenden Politikbereichen der Entwicklungszusammenarbeit und Sicherheitspolitik. Mit diesem Ansatz soll Entwicklung, worunter auch Projekte fallen, die Klimaresilienz fördern sollen, wieder stärker in den Mittelpunkt stellen.

Der Climate-Security Nexus, also der Zusammenhang von Klimawandel und Sicherheit, wird in Dokumenten von internationalen politischen Akteuren, Studien von Think-Tanks und NGOs sowie in den EU-Dokumenten zum Sahel mehrfach aufgegriffen und reproduziert. Während dieser Nexus in der Politik bereits fest etabliert ist, wird der Zusammenhang von Sicherheit, Migration, Entwicklung und – gerade aktuell – Klimawandel in der Forschung differenzierter diskutiert. Es besteht ein wissenschaftlicher Konsens, dass der Klimawandel als ein Multiplikator in konfliktreichen und armen Regionen wirkt, ein kausaler Zusammenhang aber (noch) nicht nachweisbar ist.

Das Beispiel Tschadsee zeigt besonders eindrücklich die Lücke zwischen dem Narrativ, dass der Klimawandel kausal für die andauernde Sicherheitskrise in der Region (mit)verantwortlich ist, und den fehlenden empirischen Belegen für diese

These. Landdegradierung, Konflikte zwischen sesshaften Bäuer*innen und nomadischen Viehhirt*innen und der hohe Grad der Abhängigkeit der Bevölkerung von der Landwirtschaft sind Themen, die vor dem Kontext des Klimawandels eine neue Bedeutung erhalten. Wie sich dies auf Konflikte auswirkt und die Sicherheitslage verschärft ist in der Wissenschaft aber noch umstritten. Der Tschadsee, der in der Sahelstrategie der EU als eine der „vulnerabelsten Regionen im Sahel“ besondere Erwähnung und finanzielle sowie militärische Zuwendung bekommt, eignet sich gut, um die Umsetzung der EU-Außenpolitik im Spannungsfeld dieses Nexus genauer zu untersuchen (Council of the European Union, 2021, S. 8). Im Fokus dieser Arbeit steht daher die Implementierung der EU-Sahelstrategie in der Region Tschadsee und welche Rolle der Climate-Security Nexus dabei spielt. Das Ziel ist es, einen Beitrag zu der Forschung zum Narrativ der Climate-Security zu leisten, indem eine Einzelfallstudie zur Politik der EU in der Region Tschadsee im Rahmen der Politikfeldanalyse durchgeführt wird. Letztendlich kann die Erkenntnis, dass die Entwicklungs- und Klimapolitik in der Tschadseeregion von der EU auf keinem wissenschaftlichen Fundament steht, gerade ein Aufruf dafür sein, mehr zum Klimawandel in der Region Tschadsee zu forschen. Denn auch wenn es noch kaum Studien zu der Region gibt, die die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheitslage messen können, so bedeutet es nicht, dass es diese nicht gibt oder in Zukunft geben wird. Der Klimawandel und dessen Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit wird eines der drängendsten Themen der nächsten Jahrzehnte sein. Er wird vor allem die Regionen betreffen, die bereits unter Armut, Gewalt und extremen Umweltbedingungen zu leiden haben.

2. Forschungsfragen und Gliederung der Arbeit

Aus dem oben beschriebenen Problemaufriss werden nun die Forschungsfragen abgeleitet und genauer erläutert. Diese Arbeit stützt sich erstens auf die Frage, wie das Problem des Klimawandels und seiner Auswirkungen auf die Region Tschadsee in der EU-Sahelstrategie und anderen relevanten EU-Dokumenten formuliert und gesehen wird. Dabei wird genau analysiert, wie Klimawandel im Zusammenhang mit dem Begriff Sicherheit verwendet wird und ob das Konzept des Climate-Security Nexus definiert und genauer erläutert wird. Daraus lässt sich die erste Forschungsfrage ableiten: **Wie wird der Climate-Security Nexus in den EU-Strategien verstanden?** Für die Beantwortung dieser Forschungsfrage ist es wichtig, den Begriff des Climate-Security Nexus zu thematisieren und die Forschungsliteratur heranzuziehen, die es bereits zum Narrativ des Climate-Security Nexus gibt. Insbesondere zur Tschadseeregion gibt es bereits einige Studien, die sich mit dem Narrativ auseinandersetzen.

Der zweite Schritt in der Analyse geht von der Strategieebene auf die Implementierungsebene. Hier wird untersucht, ob und welche Maßnahmen und Schlussfolgerungen die EU aus dem identifizierten Verständnis des Climate-Security Nexus in der Umsetzung zieht: **Ob und wie zeigt sich das identifizierte Verständnis des Climate-Security Nexus in den relevanten EU-Dokumenten bei der Umsetzung der Strategie?** Dabei geht es auch darum, zu erschließen, ob die EU unter dem Climate-Security Nexus einen Ursache-Wirkungszusammenhang versteht und ob sich dieses Verständnis in den Projekten vor Ort niederschlägt. Dass die Einbeziehung des Klimawandels in der Sicherheitspolitik nicht notwendigerweise in mehr Klima- und Umweltengagement resultieren muss, lädt daher dazu ein, genau zu untersuchen, ob Projekte mit einem klima- und umweltbezogenen Ziel in der Tschadseeregion umgesetzt werden und herauszufinden, ob und wie der „integrierte Ansatz“, den sich die EU im Sahel verordnet hat, tatsächlich gelebt wird. Da sich die Umsetzung von Politik insbesondere anhand von Finanzströmen messen lässt, kann unter dieser Forschungsfrage untersucht werden, über welche Finanzierungsinstrumente die EU für die Umsetzung verfügt und wohin die Gelder fließen. Dabei wird die Erkenntnis, welche Projekte mit einem klima- und entwicklungspolitischen Ziel und welche mit einem sicherheitspolitischen Ziel tatsächlich realisiert werden, die oben genannte Forschungsfrage besser beantworten

können. Dafür ist es auch notwendig zu wissen, welche Akteure an der Umsetzung beteiligt sind.

Nach Erkenntnissen, die aus der Beantwortung der ersten und zweiten Forschungsfrage gezogen wurden, ergibt sich die Frage, welche Diskrepanzen eventuell zwischen den in den EU-Dokumenten formulierten Zielen und Herangehensweisen und dem tatsächlichen Vorgehen vor Ort entstehen. Daraus lässt sich eine abschließende dritte Forschungsfrage formulieren: **Gibt es Diskrepanzen zwischen dem Verständnis des Climate-Security Nexus in der Strategie und in der Umsetzung?**

Die Arbeit hat folgende Gliederung: In Kapitel 3 wird der Begriff des Climate-Security Nexus konzeptionell untersucht, die Forschung dazu zusammengefasst und daraus das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit abgeleitet. Ebenso wird unter diesem Punkt der Beitrag dieser Arbeit zur wissenschaftlichen Forschung näher erläutert. In Kapitel 4 wird auf den Kontext eingegangen und die historischen, politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in der Tschadseeregion und insbesondere die Aspekte zu den Auswirkungen des Klimawandels auf den Tschadsee näher beleuchtet. Das fünfte Kapitel umfasst die Operationalisierung und Methode, mit denen dieses Forschungsvorhaben durchgeführt wurde und beschäftigt sich auch mit den Limitationen dieses Unterfangens. Das Kapitel 6 zum Climate-Security Nexus und der EU-Politik im Sahel ist der Hauptteil der Arbeit und ist auf den drei Forschungsfragen aufgebaut, denen in jeweils eigenen Unterkapitel nachgegangen wird und in denen die Ergebnisse präsentiert werden. In Kapitel 7 werden die Erkenntnisse im Fazit noch einmal zusammengefasst und der Bogen zu den im Kapitel 3 präsentierten konzeptionellen Überlegungen zum Climate-Security Nexus und der Forschungsliteratur gespannt. Das Kapitel 8 beinhaltet die Literaturverzeichnisse und im Kapitel 9 befinden sich der Interviewleitfaden und die Transkription des Expert*inneninterviews.

3. Konzeptionelle Annäherung: Das Narrativ des Climate-Security Nexus

Der etwas sperrige Begriff Climate-Security Nexus ist kein in sich geschlossenes und ausgeklügeltes Konzept, sondern wird in unterschiedlichen Kontexten herangezogen, um eine Beziehung auszudrücken. In der Politik ist der Begriff Nexus fest etabliert und kommt in mehreren Spielarten vor, wie etwa als Security-Migration-Development Nexus oder verkürzt als Security-Development Nexus und Security-Migration Nexus, aber auch Security-Migration-Humanitarian Nexus, Climate-Conflict Nexus, Climate-Security-Resource Nexus, Water-Security Nexus etc. sind gängige Begriffe. Auch in den politischen Strategiepapieren zur EU-Außenpolitik wird der Nexus häufig aufgegriffen, um das komplexe Beziehungsgeflecht aus Klimawandel, Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit und Migration zu beschreiben, und um dementsprechend von einem vielseitigeren Ansatz für politische Handlungsweisen auszugehen. In der EU-Sahelstrategie wird in diesem Zusammenhang auch von einem neuen „integrierten Ansatz“ gesprochen. Darunter versteht die EU vor allem, die entwicklungs- und sicherheitspolitischen Ziele besser miteinander zu verzahnen und in Einklang zu bringen, nachdem das sicherheitspolitische Engagement im Sahel keine langfristigen Erfolge hervorbrachte (Kempin & Scheler, 2016).

In der Forschung wurde der Security-Migration-Development Nexus und Climate-Security Nexus daher ebenfalls aufgegriffen, um eben jene europäische Außenpolitik kritisch zu hinterfragen. Denn nicht selten werden durch den Ansatz des Nexus komplizierte, sich wechselseitig beeinflussende Faktoren in einfache Ursache-Wirkungszusammenhänge gegossen oder Politikfelder „versicherheitlicht“, was im Englischen unter „securitization“ bekannt ist. Der Begriff Versicherheitlichung stammt aus den Security Studies, einer Teildisziplin der Internationalen Beziehungen, und wurde von Vertreter*innen der Copenhagen School, namentlich Barry Buzan, Ole Waever und Jaap de Wilde, ins Leben gerufen, um den Vorgang zu beschreiben, bei dem ein bestimmter Sachverhalt als ein Sicherheitsrisiko wahrgenommen wird oder aktiv daran gearbeitet wird, diesen zu einer Gefahr zu konstruieren (Stritzel, 2014). Das geschah zum Beispiel mit Migration im Jahr 2015 im europäischen Kontext, als Begriffe wie Flüchtlingswelle, Flüchtlingskrise und Migrationskrise in Medien und Politik verwendet wurden, was das Thema Migration, stark mit Angstbildern besetzte.

Die politische Antwort auf die Geschehnisse im Jahr 2015 waren demnach sicherheitspolitischer Natur: Migrationsabkommen mit Drittstaaten, Errichtung von Grenzzäunen und Aufstockung der Sicherheitskräfte. Aktuell wird in der Forschung die Versicherheitlichung im Zusammenhang mit dem Klimawandel und den Krisen in Syrien und der Sahelzone diskutiert, wie in den folgenden Kapiteln noch genauer besprochen wird.

Es gibt eine große Menge an Literatur zum Security-Migration-Development Nexus, die sich mit der Externalisierung der EU-Außengrenzen in der MENA-Region¹ beschäftigt. Die Externalisierung der EU-Grenzen auf Transitländer verschiebt die Migrationsthematik in Drittländer und äußert sich in verschiedenen politischen Maßnahmen: Entwicklungsgelder werden zum Beispiel verstärkt an Länder vergeben, die entlang der Migrationsrouten liegen. Das führt dazu, dass entwicklungspolitische Ziele migrationspolitischen Zielen untergeordnet werden. Zum Beispiel wird im Gegenzug für entwicklungspolitische Gelder von den Empfängerländern erwartet, dass sie ihre Grenzen sichern und irreguläre Migration eindämmen. Dieses Phänomen wird in der Wissenschaft auch als schleichende Konditionalisierung der Entwicklungszusammenarbeit genannt (Buckel & Kopp, 2021, S. 32) (Langan, 2017, S. 150). Die Sahelzone rückte in den letzten zwei Jahrzehnten vermehrt in den Fokus politischer Akteure aus dem Ausland, was auch dem Interesse an der Eindämmung irregulärer Migration geschuldet ist. Von Forscher*innen wird dabei kritisiert, dass, obwohl beispielsweise in den Strategiepapieren der EU und USA das Verständnis für komplexe Zusammenhänge zwischen Migration, Sicherheit und Entwicklung erkennbar ist, das derzeitige Engagement der ausländischen Akteure uneinheitlich sei und weniger auf Fakten als auf Angst getriebenen Entscheidungen basiere, insbesondere wenn es um die Migrationskontrolle gehe (Raineri & Rossi, 2017). Dass die EU die größte Geberin für Entwicklungshilfe im Sahel ist, könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Fokus auf dem Security-Migration Nexus als Rahmenprogramm für das Engagement im Sahel neu sei und die enge Sicherheitsagenda die EU-Sahel-Beziehungen auf der politischen Ebene charakterisiere (Bøås, 2021, S. 53). Weitere Studien zum Security-Migration-Development Nexus und der Sahelzone umfassen Plank und Bergmanns Arbeit zu den Pfadabhängigkeiten, die sich über die Jahre des sicherheitspolitischen

¹ MENA steht im Englischen für Middle East and North Africa

Engagements der EU im Sahel entwickelt haben (Plank & Bergmann, 2021). Die Venturi Studien, in der Autor von einer „Ära der Versicherheitlichung“ im Zusammenhang mit der EU-Politik in der Sahelzone spricht, ist ebenso in den letzten Jahren erschienen. Venturi argumentiert außerdem, dass der neue „integrierte Ansatz“ vorrangig noch auf dem Papier verbleibe und in einer anfänglichen experimentellen Phase stecke, in der kurzfristige Ziele wie Migrationskontrolle weiter Vorrang hätten und längerfristigen Reformen im Weg stünden (Venturi, 2017) (Venturi, 2019). In einer weiteren Studie zur Effektivität der EU-Politik bei der Bekämpfung der Instabilität in der Sahelzone wird der Security-Development Nexus als konzeptuelle Basis verwendet, um zu erklären, wie ein Großteil der Instabilität auf die nationale Regierungsführung der Sahelstaaten zurückzuführen sei (Sempijja & Eyita-Onkon, 2022). Der Fokus dieser Studie liegt dabei weniger auf einer grundsätzlichen kritischen Untersuchung der EU-Politik an sich, sondern betont die Rolle der fragilen Staatenstruktur als hauptsächlichen Faktor für das Erstarken terroristischer Gruppen in der Region.

Mit dem gesteigerten Bewusstsein für den globalen Klimawandel und seinen proportional stärkeren Auswirkungen auf die Staaten des Globalen Südens wurde der Begriff der Klimasicherheit eingeführt. Der Klimawandel und seine Folgen werden zunehmend als ein internationales Sicherheitsproblem wahrgenommen (Stiftung Wissenschaft und Politik, 2023). Sharifi et al. haben systematisch die seit 2015 erschienene wissenschaftliche Literatur untersucht, in der die Beziehung Klimawandel und sein Einfluss auf den Frieden untersucht wurde. Afrika, als regionaler Untersuchungsschwerpunkt, ist nach Asien der am häufigsten untersuchteste Kontinent. Die Region Westafrika erhielt ebenso wie die Region Subsahara besonders viel Aufmerksamkeit. Bei den durchgeführten Studien zu Afrika ging es vornehmlich um den Zusammenhang von Wasserknappheit und gesellschaftlichen Konflikten und gewaltsamen Zusammenstößen zwischen lokalen Gruppen. Wenig Forschung gab es bisher zu anderen klimatischen Faktoren, die sich negativ auf den Frieden auswirken (Sharifi et al., 2021, S. 5). Die Wirkung der klimatischen Faktoren wie extreme Temperaturen, Überschwemmungen, Anstieg des Meeresspiegels, Stürme und Waldbrände wurde kaum untersucht (Sharifi et al., 2021, S. 4).

Diese Entwicklung lässt sich ebenso in den politischen Strategiepapieren erkennen, in denen der Begriff Klima in die Nexus-Terminologie aufgenommen wurde. Der Climate-

Security Nexus kam zum ersten Mal 2003 in einem Pentagon-Dokument vor, in dem die vom Klimawandel direkt und indirekt verursachten Risiken für die nationale Sicherheit thematisiert wurden. Mittlerweile ist das Konzept der Klimasicherheit integraler Bestandteil von sämtlichen westlichen Sicherheitsstrategien, die zum Teil auf neo-malthusianischen Annahmen beruhen. Die Theorie nimmt an, dass „ (...) der Klimawandel Knappheit verursacht, die zu Konflikten führt und Sicherheitslösungen erforderlich macht“² (Yeltekin, 2022, S. 3). In anderen Worten, der Klimawandel führe vermehrt zu Dürren, volatileren Regenfällen und steigenden Temperaturen, was eine Knappheit an bebaubarem Land, Nahrung, etc. verursachen würde. Das wiederum heize Landkonflikte an, führe zu Fluchtmigration und treibe Menschen in die Arme von terroristischen Gruppen. Die Idee fußt auf dem ursprünglichen Model von Malthus aus dem Jahr 1798, das annimmt, dass Bevölkerungswachstums und Lebensmittelproduktion ungleich schnell wachsen und daher an einem Punkt Nahrung nicht mehr ausreichend für alle Menschen bereitgestellt werden kann. Nach Malthus könne durch Geburtenkontrolle, sexuelle Abstinenz, aber auch Hungersnöte und eine höhere Todesrate Abhilfe geschaffen werden. Diese Idee blieb aus ethischen Gesichtspunkten und auch auf Grund empirischer Gegenbeweise kontrovers, wird aber in verschiedenen Spielarten immer wieder aufgegriffen (Gleditsch, 2021, S. 177). In den 1970ern, der aufkommenden Umweltbewegung und den Diskussionen um den Club of Rome um die Grenzen des Wachstums, wurde das Argument der Nahrungsknappheit erweitert auf andere Güter, etwa Gold, Kohle etc., die durch den wachsenden Konsum dieser Güter in der nahen Zukunft erschöpft werden (Gleditsch, 2021, S. 178). In der Diskussion um den Climate-Conflict Nexus hat die neo-malthusianischen Annahme der Knappheit ebenfalls aufgegriffen. Während die Debatte um die Folgen der globalen Erwärmung neu seien, weist der Nexus mit Konflikt und anderen sozialen Konsequenzen Ähnlichkeiten zur neo-malthusianischen Idee auf. Die Grundlage dieser Idee ist das Argument der Knappheit und dass der Klimawandel unfreiwillige Migration auslöst und mehr Menschen um knapp gewordenes Land konkurrieren müssen (Gleditsch, 2021, S. 180). Der Unterschied zum ursprünglichen Konzept von Malthus ist hier nicht die wachsende Geburtenrate, sondern die klimawandelbedingte Migration, die zu einer höheren Zahl konkurrierender Menschen um knappe Ressourcen führt.

² Übersetzt aus dem Englischen: “climate change causes scarcity which leads to conflict, making security solutions necessary.”

Der Nexus zwischen Klimawandel und Sicherheit wird allerdings durchaus hinterfragt. Kritisiert wird der direkte, kausale Zusammenhang zwischen Klimawandel und seinen indirekten und direkten Auswirkungen auf Konflikte. Sowohl in politischen als auch medialen Diskursen wird terroristische Gewalt als Folge von klimatischen und ökologischen Veränderungen ausgelegt. Der Tschadsee und die Sahelregion allgemein dienen hier als Beispiel für den Nexus von Wasser und Sicherheit, wobei der Klimawandel als etwas gesehen wird, das Konflikte um Wasserressourcen auslöst, Fluchtmigration verursacht, und Menschen in die Arme von terroristischen Gruppierungen treibt und somit ein Risiko für die nationale Sicherheit darstellt (Yeltekin, 2022, S. 13). Das Narrativ der Ressourcenkonflikte und Klimakriege beeinflusst demnach die Sicherheitspolitik und Entwicklungszusammenarbeit in der Sahelzone, in der der Terrorismus in den vergangenen Jahren erstarkt ist (Raineri, 2020, S. 1–2). Aus dieser Sichtweise wird die Sahelzone besonders anfällig für den Kampf um schwindende Ressourcen, Konflikteskalation und Radikalisierung gesehen, weil sie eine der am stärksten von Dürren betroffenen Regionen der Welt ist. Der Niederschlag (Monsun) erfolgt saisonal, mit Phasen überschwemmungsartiger Regenfälle und langen Perioden der Trockenheit. Eine Studie aus dem Jahr 2018 hat die Ausbreitung der Sahara analysiert und festgestellt, dass sich die Wüste über das 20. Jahrhundert signifikant um elf Prozent bis 18 Prozent je nach Jahreszeit bzw. um zehn Prozent, wenn jährliche Regenfälle für die Definition herangezogen wurden, vergrößert hat (Thomas & Nigam, 2018).

Die große Frage, mit der sich die Klimaforschung beschäftigt, ist, ob und wie sich die Dürreperioden und Niederschlagsraten durch den Klimawandel verändert haben oder voraussichtlich verändern werden. Laut einem 2016 erschienen Bericht des Deutschen Klima-Konsortiums ist der Einfluss des Klimawandels auf die Niederschlagsraten nicht nachweisbar. Dem Anstieg der Temperaturen aufgrund des Klimawandels hingegen wird jedoch ein Effekt zugeschrieben, vor allem dort, wo noch Bodenfeuchte gespeichert war und nun stärker verdunstet. Generell schreiben die Autor*innen, dass Prognosen zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Dürregefahr aber mit Vorsicht zu genießen seien (Becker & Fröhlich, 2016, S. 1). Es bleibt allerdings unbestreitbar, dass trockene Gebiete, wie der Sahel, von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen sind.

Doch gebe es, so Raineri, eine Lücke zwischen der Etablierung der Diskurse und den empirischen Belegen für den Nexus zwischen Klimawandel, gewalttätigen Konflikten und terroristischer Gewalt (Raineri, 2020, S. 2). In internationalen Politikzirkeln ist es üblich geworden, Klimawandel und Konflikte in einen Zusammenhang zu stellen. Dagegen gibt es in der wissenschaftlichen Forschung wenig bis kaum Konsens über einen direkten Zusammenhang. Während gewisse Faktoren zum Beispiel ökonomische und institutionelle Probleme, die mit Konflikten assoziiert werden, sensibel auf den Klimawandel reagieren können, lassen sich Aussagen über einen starken positiven Zusammenhang und Effekte der zukünftigen Veränderung der globalen Erwärmung auf bewaffnete Konflikte nicht treffen. Die Lücke zwischen Politik und Wissenschaft in der Diskussion um den Nexus von Klimawandel und Sicherheit/Konflikte ist zwar deutlich, die Gründe dafür wurden bisher aber kaum systematisch untersucht. Forschung zum Climate-Security Nexus gibt es innerhalb der Critical Security Studies, welche an die konstruktivistische Theorie anschließen, vor allem zum Thema, wie der Klimawandel und die Umwelt „versicherheitlicht“ werden und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Dann gibt es einige wenige Studien, die sich den Climate-Security Diskurs im Zusammenhang mit der Reproduzierung von kolonialen Mustern und/oder Verfolgung amerikanischer Interessen annahmen (Daoust & Selby, 2022, S. 1–2).

Die einfache Schlussfolgerung von Klimawandel führt zu Konflikten, so Yeltekin, sei in den meisten Fällen falsch und würde den sozio-politischen Komplexitäten nicht gerecht werden, da die Ursachen für Konflikte multidimensionaler seien (Yeltekin, 2022, S. 3). Vielmehr seien andere Faktoren viel ausschlaggebender, was die Konfliktauslösung betreffe. Als besonders starke Auslöser für Konflikt und Migration gelten institutionelle Strukturen, politische Verhältnisse und sozioökonomische Faktoren, zumindest in einem viel stärkeren Ausmaß als die Auswirkungen des Klimawandels. Ein weiterer Kritikpunkt, den Forscher*innen an dem Climate-Security Nexus geäußert haben, ist auch die einhergehende Versicherheitlichung des Klimaproblems. Das Narrativ des Klimawandels als Bedrohung für die nationale Sicherheit sei vor allem von den Ländern des Globalen Nordens mit hohen Ausgaben für Militär vorangetrieben worden. Dieses Narrativ wurde aber auch von Entwicklungsländern übernommen und präge die dortigen nationalen

Sicherheitsstrategien – eine Entwicklung, die durch das Voranschreiten des Klimawandels befeuert wird. Das sei vor allem in Ländern zu beobachten, in denen Demokratien von autoritären Regimen und Militärregierungen zurückgedrängt werden. Die Übernahme des Narrativs nutze den Ländern des Globalen Nordens, um ihre Militärinteressen in Entwicklungsländern durchzusetzen (Yeltekin, 2022, S. 2). Niger, das besonders vulnerabel in Bezug auf den Klimawandel ist, ist ein besonders eindrückliches Beispiel für das Beziehungsgeflecht aus (ausländischem) militärischem Engagement, Klimaschutzmaßnahmen und Entwicklungshilfe. Der Grenzschutz ist neben seiner Hauptaufgabe der Sicherung der nationalen Grenzen auch involviert in Umweltschutzmaßnahmen und ist gleichzeitig zuständig für humanitäre Hilfe für (Klima-)Flüchtlinge und Migrant*innen. Der nationale Grenzschutz wird von der EU finanziell, aber auch in anderer Hinsicht unterstützt zum Beispiel durch Ausbildungs- und Trainingsangebote der Sicherheitskräfte, vor allem mit dem Ziel, irreguläre Migration einzudämmen. Diese erhöhte Finanzierung von Sicherheitskräften erfolge vor allem auf Kosten von marginalisierten Gruppen, die bereits unter Polizeigewalt leiden (Yeltekin, 2022, S. 7). Die Frage kommt auf, inwiefern das Narrativ vom Climate-Security Nexus für den Ausbau von Sicherheitskräften und Militär instrumentalisiert wird. Allen voran integrierten die USA und die EU Klimasicherheit in ihre Sicherheitsstrategien, aber auch Länder des Globalen Südens vereinnahmten dies im Sinne einer militärischen Kooperation. Neben vielen anderen Entwicklungsländern haben auch Länder im Sahel ein Partnerschaftsabkommen im Rahmen des International Military Council for Climate and Security (IMCCS) geschlossen (Yeltekin, 2022, S. 8). Abschließend lassen sich aus den oben angeführten Argumenten drei Schlussfolgerungen ziehen.

Erstens, es können keine direkten Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Migration und Konflikten angenommen werden, weil dadurch die Komplexität des lokalen Kontextes und die Wechselwirkungen der Faktoren nicht angemessen behandelt werden.

Zweitens ist die empirische Beweislage für einen direkten kausalen Ursache-Wirkungsmechanismus, dass Klimawandel zu Konflikten führt, schwach.

Und drittens – und das muss an dieser Stelle hervorgehoben werden – bedeutet dies nicht, dass der Klimawandel irrelevant für zukünftige Migrationsbewegungen ist, und auch nicht irrelevant für jene, die im Zusammenhang mit Gewalt und Konflikt stehen. In einzelnen Fällen hat man einen direkten Zusammenhang zwischen Klimawandel und Konflikten und der daraus resultierenden Migration bereits nachweisen können, wie etwa in Syrien, was ein Aufruf dazu sein kann, mehr Forschung zu dieser Problematik zu betreiben.

Die Diskussion um Klimaflucht gab es schon in einem Bericht des Weltklimarats 1990 und wurde seitdem verstärkt aufgegriffen (Brzoska & Fröhlich, 2016) (siehe auch dazu (Scheffran, 2012)). Es besteht Konsens in der Wissenschaft, dass Wechselwirkungen aus Klimawandel, Migration und Konflikten möglich seien und sich verstärken können, der Klimawandel somit als ein Risikoverstärker Konflikte beeinflusst, allerdings immer verknüpft mit anderen Faktoren (Scheffran & Fröhlich, 2017, S. 8). Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass es bei der Untersuchung des Nexus zwischen Sicherheit, Migration, Entwicklungszusammenarbeit und Klimawandel notwendig ist, Missverständnissen vorzubeugen und zu beachten, dass Konflikte und Migrationsentscheidungen nicht nur umweltbezogene Gründe haben, sondern innergesellschaftliche Verhältnisse eine große Rolle spielen (Scheffran & Fröhlich, 2017, S. 8).

3.1 Forschungslücke und Erkenntnisinteresse

Wie oben beschrieben gibt es eine große Debatte um den Climate-Security Nexus und den Climate-Conflict Nexus und auch die Beziehung zwischen Klimawandel und Migration wurde vielfach in der Forschung diskutiert. Dabei wurde aufgezeigt, dass es wichtig ist, nicht zu generalisieren und lokale Besonderheiten genauer zu untersuchen. Während die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheitslage in der Politik schon fest in das Narrativ eingeschrieben sind, muss die Forschung empirische Belege für den aufgestellten Nexus im Falle des Tschadsees noch liefern. Das macht eine Untersuchung der EU-Politik in dieser Region spannend, weil herauszufinden gilt, inwieweit die EU von so einem Verständnis des Nexus ausgeht.

Im Kern dieser Arbeit soll nicht die theoretische Auseinandersetzung mit dem Nexus in der Forschung stehen oder warum und wie sich dieses Narrativ entwickelt hat wie

das vor allem Daoust und Selby in ihrem Artikel getan haben (Daoust & Selby, 2022). Vielmehr soll in dieser Arbeit vor dem Hintergrund des aktuellen Forschungsstands zum Climate-Security Nexus das Engagement der EU in der Region Tschadsee genauer analysiert werden. Das Erkenntnisinteresse richtet sich daran, wie der Nexus in den EU-Dokumenten verstanden und thematisiert wird, und inwiefern sich das in den Policies und der Sahel-Politik der EU niederschlägt oder auch nicht. Hierbei geht es vor allem um die Umsetzung und die konkreten klimapolitischen Maßnahmen, die die EU in der Tschadseeregion setzt. Es gilt darum aufzuzeigen, ob Klima- und Umweltpolitik in der EU-Sahelstrategie vor Ort eine Rolle spielt und wenn ja, welche. Damit reiht sich diese Arbeit in die wachsende Zahl an Forschungsbeiträgen ein, die die komplexen Wechselwirkungen zwischen den spezifischen Umweltbedingungen des Sees und den politischen Initiativen nationaler, regionaler und internationaler Akteure, die in dem Tschadseegebiet tätig sind, kritisch untersuchen (Venturi & Barana, 2021).

Ebenfalls bietet es sich an, an dieser Stelle zu untersuchen, wie die Annahme des Nexus für spezifische Ziele instrumentalisiert wird, insbesondere wie die entwicklungspolitischen Ziele der EU-Sahelstrategie in der Region Tschadsee in diesem Sinne umgesetzt werden. Da die EU sich nicht nur sicherheitspolitisch in der Tschadseeregion engagiert, sondern vor allem viel Geld für Entwicklungshilfe bereitstellt, wird das Konzept des Climate-Security Nexus anhand konkreter Projekte genauer untersucht. Die Frage, die sich hier stellt, ist, wie der Climate-Security Nexus tatsächlich vor Ort umgesetzt wird.

Zuletzt bietet sich, nachdem die Untersuchung Ergebnisse geliefert hat, noch ein Vergleich zwischen Strategie und Umsetzung an und ob es eine Diskrepanz gibt zwischen der Handhabung des Climate-Security Nexus in den politischen Strategiepapieren und der tatsächlichen Realisierung. Die empirischen Ergebnisse im Rahmen einer Einzelfallstudie zu der Region Tschadsee sollen im Lauf der Arbeit mit der wissenschaftlichen Literatur zum Climate-Security Nexus verknüpft werden und so einen kritischen Blick auf die Klimapolitik der EU in der Sahel-Region erlauben.

4. Kontext

Das Thema dieser Arbeit beinhaltet einige Begriffe, wie Climate-Security Nexus, die es zu erklären gilt und kurz zusammengefasst werden, um zu zeigen, was die Wissenschaft dazu bereits zusammengetragen hat. Danach wird auf die Forschung zur EU-Sahelpolitik und insbesondere auf die EU-Sahelstrategie eingegangen. Da das ein sehr breitgefächertes Thema ist, das von Militärmissionen bis Handelsabkommen alles abdeckt, konzentriere ich mich auf den Aspekt des Klimawandels in der EU-Sahelpolitik. Im letzten Unterkapitel wird die Forschungsliteratur zum Tschadsee zusammengefasst, die sich mit der Sicherheitslage und den Auswirkungen des Klimawandels beschäftigt.

4.1 Der Tschadsee

In diesem Kapitel wird der Untersuchungsgegenstand der Einzelfallstudie, der Tschadsee, genauer untersucht. Zuerst soll die Einbettung des Tschadsees in einen historischen und politischen Kontext helfen, die Zusammenhänge besser zu verstehen, bevor folgende zwei Fragen mit Rückgriff auf die Forschungsliteratur beantwortet werden können:

Erstens, welche Auswirkungen hat der Klimawandel auf den Tschadsee?

Und zweitens, welche Rolle nimmt der Tschadsee im Narrativ des Climate-Security Nexus ein?

Der Tschadsee ist ein abflussloser, drei bis sieben Meter tiefer Süßwassersee in Zentralafrika, der von einer erheblichen Fluktuation in seiner Ausdehnung charakterisiert ist. Er kann sich bis auf eine Größe von über 16 000 Quadratkilometern ausdehnen. Der Tschadsee ist in einen oberen und unteren Teil getrennt. Im oberen Teil gibt es mehrere Inseln, die bis zu 15 Meter über dem Seespiegel hinausragen können. Dieser ungefähr 2000 Quadratkilometer große Bereich wird von der Ethnie der Buduma bewohnt. Ein Teil des Sees ist ein 6800 Quadratkilometer großes Sumpfgebiet, das im Norden mit Schilf und im Süden mit Papyrus bedeckt ist. Der Tschadsee speist sich einerseits zu zehn Prozent aus Niederschlag, der jährlich stark variiert, und aus dem Fluss Schari zu etwa 90 Prozent. Der Fluss Logone speist den See mit etwa drei Prozent. Die Wasserverdunstung kann ebenfalls stark schwanken

und lag bei etwa 2000 Millimeter im Jahr (Stand 2006). (Brockhaus, 2006g) In der Abbildung 1 ist die Ausdehnung des Tschadsees eingezeichnet. Daraus wird ersichtlich, dass der See sich über die Länder Kamerun, Niger, Nigeria und Tschad erstreckt. Er ist eine wirtschaftliche Einkommensquelle und Lebensraum einer Vielzahl von Ethnien. Großviehzüchter wie die Tuareg und Fulbe nutzen den See als Wasserquelle für die Tränkung der Tiere. Die sunnitischen Kanembu leben im Gebiet des Tschadsees über die drei Staaten Tschad, Nigeria und Niger verteilt und betreiben Feldbau in der Savanne (Hirse, Weizen, Gemüse) zum Teil mit Bewässerung und Viehhaltung (Brockhaus, 2006c). Obwohl von den Tschadseeländern nur die Länder Tschad und Niger in der EU-Sahelstrategie adressiert sind, werden in dieser Arbeit die ebenfalls an den Tschadsee grenzenden Länder Kamerun und Nigeria in die Studie miteinbezogen, weil die Sicherheits- und Klimafrage am Tschadsee ein überregionales Thema ist, das nicht an den nationalen Landesgrenzen endet.

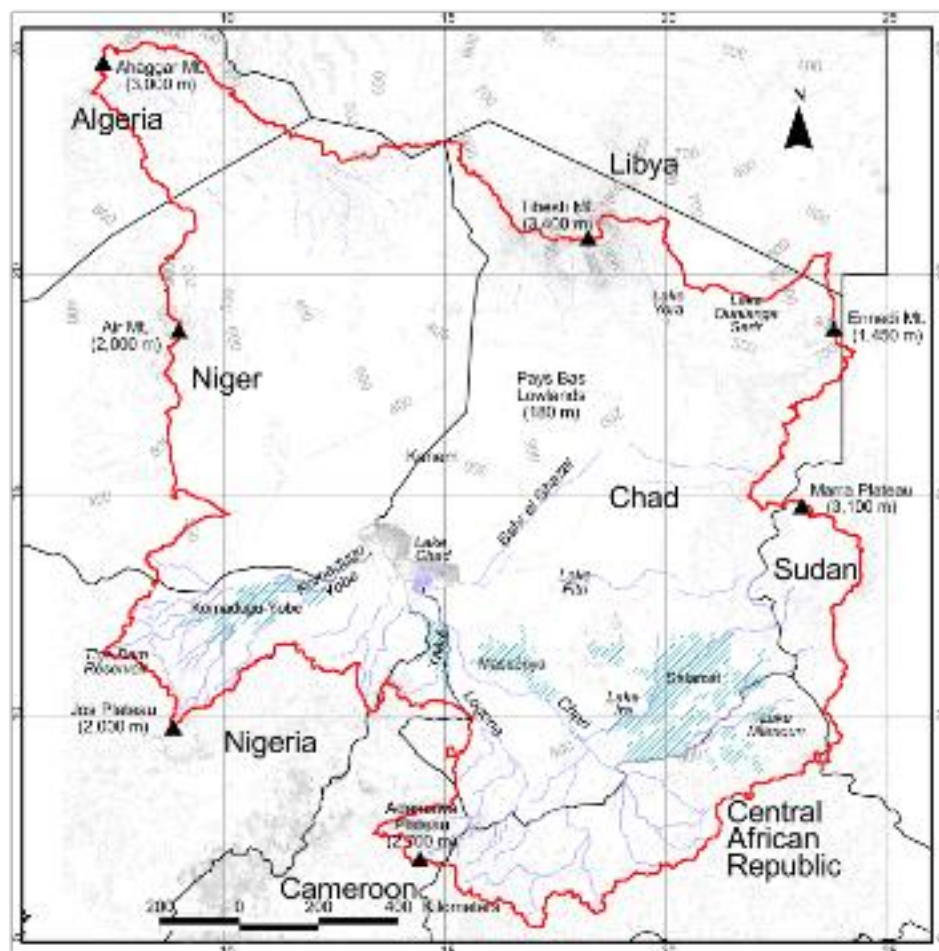


Abbildung 1: Ausdehnung des Einzugsgebiets des Tschadsees und die wichtigsten betroffenen Länder. (Huneau, 2017, S. 4)

4.1.1 Die koloniale Vergangenheit

Die britischen, französischen und deutschen Kolonialmächte erkannten die Herrschaftsstrukturen und die autochthone Bevölkerung der Sahelzone nicht als gleichberechtigt an und sprachen ihnen jegliche Souveränität und Machtansprüche über die Gebiete ab. Die Europäer brachten außerdem ein anderes Verständnis von Staatlichkeit mit sich als jenes, was vor Ort gelebt wurde. Die präkolonialen Reiche in der Sahelzone übten ihre Herrschaft über Menschen und Handelsrouten aus und nicht über fest abgesteckte Territorien (Diawara, 2023). Das facettenreichere Verständnis von territorialen Machtansprüchen der afrikanischen Gesellschaften rührte auch daher, dass Land im Gegensatz zu Europa kein knappes Gut war (Herbst, 2015, S. 41).

Auch die Bewohner*innen der Tschadseeregion können auf eine lange vorkoloniale Geschichte und kulturelle Vielfalt zurückblicken, die daher ebenfalls erwähnt werden müssen, aber aus Platzgründen leider nur kurz zusammengefasst werden kann. Der Tschadsee lag inmitten des Bornu-Kanem-Reichs, das sich über die heutigen Staaten Nigeria, Niger, Tschad und Kamerun erstreckte. Das Reich Kanem wurde im achten Jahrhundert nördlich des Tschadsees gegründet und von der Dynastie Saif regiert (Hiribarren, 2016).

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts festigten die Europäer ihre Fremdherrschaft über afrikanische Gebiete. Im sogenannten Scramble for Africa kam es von 1882 bis 1885 zu einer entscheidenden Phase im Wettlauf der europäischen Mächte um die Kolonisierung. Auf der Berliner Westafrika-Konferenz 1884/1885 zogen die europäischen Kolonialmächte die Ländergrenzen, die bis heute Bestand haben. Aus der Perspektive der Europäer gab es keinen Souverän, der Ansprüche auf die Gebiete in Subsahara-Afrika anmelden konnte. Sie betrachteten die Territorien als ein unbeschriebenes Blatt (Rosenberg, 2012, S. 188). Die Franzosen gründeten 1895 als Föderation von vier Kolonialgebieten Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika. Nigeria wurde von den Briten beansprucht. Deutschland besetzte das Gebiet des heutigen Namibias und des heutigen Tansanias sowie Togo und Kamerun. Diese beiden wurden unter Deutsch-Westafrika zusammengefasst. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die deutschen Kolonialgebiete zwischen Frankreich, Belgien, Großbritannien, Australien, Neuseeland, und Japan aufgeteilt (Rosenberg, 2012, S. 188) (Rosenberg, 2012, S. 291–293).

In der Tschadseeregion wurden inzwischen das unter der El-Kanemi-Dynastie geführte Bornu-Reich 1893 von dem Kriegsherren Rabeh Zubair erobert, der für einige Jahre die Region kontrollierte und somit zunehmend gegen die Interessen der französischen Kolonialmacht verstieß. Von 1887 bis 1899 eroberten die Franzosen die Gebiete im heutigen Niger (Brockhaus, 2006d). Die französische Kolonialmacht verfolgte den Plan, ihre Kolonialgebiete zu verbinden und außerdem die Sicherheitslage zu stabilisieren. Dieser Plan wurde in der Schlacht bei Kousseri 1900 umgesetzt. In der Schlacht wurde Rabeh Zubair getötet und mit dem Sieg der Franzosen endete sodann das Bornu-Kanem-Reich und wurde unter den Briten, Franzosen und Deutschen aufgeteilt (Brockhaus, 2006f). Der größte Teil des Bornu-Reichs ging an die britische Kolonie Nigeria, Kanem wurde in das französische Kolonialreich eingegliedert (Brockhaus, 2006b, 2006d). Allerdings installierten die Kolonialmächte lokale Eliten und herrschten über das Gebiet durch eine indirekte Herrschaft (Brockhaus, 2006e) (Brockhaus, 2006e).

Die koloniale Fremdherrschaft hatte nicht nur Einfluss auf die Umwelt, das Wirtschaftssystem und Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung, sondern unter ihr begründete sich auch ein Narrativ, das die Dürreperioden auf die Unfähigkeit der lokalen Bevölkerung zurückführte, wie weiter unten ausgeführt wird. Historisch gesehen erfuhr der Sahel schon einige Phasen der Trockenheit, die seit 1600 stetig zunahmen (Osterhammel, 2009, S. 550). Die 1830er-, 1860er- und 1880er-Jahre waren von einer besonders starken Dürre in den subsaharischen Gebieten geprägt. Die afrikanischen Gesellschaften hatten aufgrund der Erfahrung wirksame Mechanismen und Strategien im Umgang mit solchen Dürren entwickelt, was bedeutete, dass diese nicht notwendigerweise eine Hungerkrise auslösten. Zu den Strategien zählten die Veränderung von Produktionsmethoden, die Mobilisierung sozialer Netzwerke und den Rückgriff auf Reserven dank ausgefeilter Techniken der Vorratshaltung. Osterhammel wendet aber auch ein, dass sich die sozialen Verbände in Zeiten der Not zum Teil auch auflösten und ein Anstieg der Gewalt zu verzeichnen war. Schon vor der Kolonialisierung in den 1880er-Jahren kam es zu einer neuen Entwicklung in Subsahara-Afrika, die die herkömmlichen Bewältigungsstrategien belastete: Eine in den 1850er-Jahren voranschreitende Ausweitung des Karawanen- und Sklavenhandels im Savannengürtel südlich der Sahara führte zu einer Kommerzialisierung der Lebensmittelvorräte, die vorher regional gehandelt wurden und nun zunehmend für den Fernhandel bestimmt waren (Osterhammel, 2009, S.

305–306). Die kolonialen Eroberungskriege nach 1880 verschärften dann dramatisch die Ernährungsunsicherheit und die Kommerzialisierung der Lebensmittel nahm unter der Fremdherrschaft ebenfalls weiter zu. Die Kolonialmächte versuchten, die Plantagenwirtschaft einzuführen, um für den Export zu produzieren. Das setzte die lokalen Produzenten unter Druck oder drängte sie vom Markt. Außerdem verlagerten sich die Handelsrouten in Richtung der Küsten. Der Transsahara-Handel mit Karawanen wurde durch Segelschiffe ersetzt und Menschen migrierten an die Küsten (Diawara, 2023). Durch eine der größten Hungersnöte des 20. Jahrhunderts kamen 1913/1914 25 bis 30 Prozent der Bevölkerung in der Sahelzone ums Leben (Osterhammel, 2009, S. 305–306). Die Tatsache, dass die kolonialen Regime sich negativ auf die Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung auswirkten, steht im direkten Gegensatz zu der Entstehung der Desiccation Theory. Die Desiccation Theory, die unter europäischen Wissenschaftlern und kolonialen Beamten im 19. Jahrhundert große Beachtung fand, sieht die Entstehung von Wüsten und die Ausbreitung von Trockenheit als direkte Folge von menschlichen Landnutzungspraktiken an. Diese Theorie wurde insbesondere herangezogen, um traditionelle einheimische Praktiken für die Trockenheit und Verödung des Landes verantwortlich zu machen und um der lokalen Bevölkerung in ihren Augen Fortschritt und Wissen zu bringen. Lokale Landnutzung wurde als zerstörerisch und rückständig betrachtet, womit auch die Enteignung von Land und Nutzungsrechten legitimiert wurde (Benjaminsen & Hiernaux, 2019, S. 209).

In den 1930ern entwickelte sich in der Desiccation Theory ein besonderer Fokus auf die Desertifikation, also die Bodenverschlechterung und Verwüstung, und ersetzte diese nach und nach. Desertifikation wurde von den kolonialen Beamten als Bedrohung für die Wirtschaft in den Kolonien wahrgenommen. Aus der Sicht europäischer Forscher*innen entstand der Prozess der Wüstenbildung durch menschliche Aktivität. Maßnahmen zur Bekämpfung der Wüstenausbreitung würden vor allem durch die lokale Bevölkerung erschwert werden, argumentierten diese, weil die Einheimischen südlich der Sahara „primitiv und unfähig zu verstehen“ wären, wie ein französischer Kolonialbeamter von seiner Expedition durch die Subsahara berichtete (Benjaminsen & Hiernaux, 2019, S. 215f). Ihre Art der Landnutzung wurde als rückständig und umweltschädigend verurteilt. Im Jahr 1936 wurde auf Initiative des britischen Forstwissenschaftlers eine Kommission eingerichtet, die in die Grenzregion

Nigerias und Nigers reiste, um die Theorie der Desertifikation zu untersuchen. Nach Forschungen vor Ort konnte die Kommission keine unmittelbare Gefahr der Wüstenausbreitung feststellen (Benjaminsen & Hiernaux, 2019, S. 216f). Dennoch festigte sich das Narrativ vor allem in der kolonialen Verwaltung weiterhin, sodass herkömmliche Methoden und Landnutzungspraktiken, zum Beispiel das Legen von Buschfeuern oder traditionelle Weidehaltung, verboten wurden. Es gab zwei Entwicklungen, die das Desertifikations-Narrativ weiter befeuerten: Einerseits veränderte sich die Landnutzung durch die kolonialen Maßnahmen, andererseits gab es ein starkes Bevölkerungswachstum (Benjaminsen & Hiernaux, 2019, S. 219–2020). Der Exkurs in die Vergangenheit der Tschadseeregion hat gezeigt, dass sowohl damals als auch heute Narrative über die Veränderung des Gebietes von den fremden Mächten konstruiert wurden. In der Kolonialzeit entstand die Desiccation-Theory, die einige Parallelen zum Narrativ des Climate-Security Nexus aufweist. In beiden Theorien wird die Verödung und Verwüstung des Landes, welches die Existenzgrundlage der Menschen unter der Nexus-Terminologie und die Wirtschaftsgrundlage der europäischen Fremdherrscher im Jargon der Kolonialzeit, als massive Bedrohung gesehen.

4.1.2 Die Länder in Zahlen und Fakten

Trotz einiger Gemeinsamkeiten wäre es fatal, die Tschadseeländer als eine homogene Zone zu bezeichnen. Daher widmet sich dieses Kapitel den einzelnen Ländern im Detail und wirft einen genaueren Blick auf die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten. Der Fokus liegt hierbei insbesondere auf den Territorien, die im Radius des Tschadsees liegen: der Südosten Nigers, der Nordosten Nigerias, der Norden Kameruns und der Südwesten Tschads. Gebiete in Niger und Tschad sind Teil der Sahelzone, Kamerun und Nigeria nicht. Gemein haben alle vier Staaten, dass sie 1960 die Unabhängigkeit erlangten und in den Jahrzehnten danach unruhige politische Zeiten durchlebten, nicht zuletzt auch deswegen, weil die Grenzen durch die europäischen Mächte ohne Rücksicht auf die ethnische und kulturelle Vielfalt in der Region willkürlich gezogen wurden. Wirtschaftlich gesehen gibt es erhebliche Unterschiede im Vergleich der Länder. Aber es lässt sich allgemein sagen, dass die Landwirtschaft eine wichtige Einkommensquelle für alle vier Länder darstellt und somit

die Folgen des Klimawandels sich umso stärker auf die Lebensgrundlage der Menschen auswirken.

Der jüngste Militärputsch in Niger im Juli 2023 reiht sich in eine lange Geschichte der Machtübernahmen durch das Militär ein. 1974 erfuhr das Land seinen ersten Militärputsch, 1990 richteten die Regierungstruppen ein Massaker an den Tuareg an. Nach wiederaufflammenden Konflikten schlossen die Regierung mit den Tuareg 1995 einen Friedensvertrag. Nur ein Jahr später folgte 1996 ein Militärputsch, drei Jahre später 1999 ein weiterer (Brockhaus, 2006d). Während die innenpolitische Lage von Instabilität geprägt war, erwiesen sich die fremdländischen Einflusstrukturen als äußerst stabil, um die wertvollen Rohstoffe abzubauen. Niger ist gegenwärtig der wichtigste Lieferant von Uran für Frankreichs Atomkraftwerke (Diawara, 2023). Weltweit gehört Niger zu den wichtigsten Exporteuren von Uran, aber es werden auch Gold, Zinnerz, Kohle, Eisenerz, Phosphat und Salz für den Export gefördert. Dazu kommt, dass 1978 Erdölvorkommen nördlich des Tschadsees entdeckt wurden. Die Haupthandelspartner sind zum einen das Nachbarland Nigeria und zum anderen die ehemalige Kolonialmacht Frankreich. Der Reichtum durch den Verkauf der Bodenschätze kommt bei dem Großteil der Bevölkerung aber nicht an. Etwa 75 Prozent der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft beschäftigt und betreiben vorrangig Subsistenzwirtschaft. Der große Anteil der Erwerbstätigen im Agrarsektor zeigt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass nur vier Prozent der Landesfläche für den Ackerbau und etwa zehn Prozent für die Viehzucht geeignet sind, wie wichtig die Klimafrage für das Land ist. Permanenter Ackerbau ist nur an dem Flusssufer des Nigers möglich und auf einem 150 Kilometer breiten Streifen entlang zur Grenze Nigerias beschränkt. Dazu kommt noch der Fischfang im Niger und Tschadsee sowie Viehhaltung, die von Nomaden und Halbnomaden in der mittleren und nördlichen Sahelzone betrieben wird. In starken Dürreperioden ist Niger auf ausländische Nahrungsmittelhilfen angewiesen (Brockhaus, 2006d).

Im Tschad arbeiten etwa 76 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Der Großteil des Ackerbaus wird südlich vom Tschadsee betrieben, insbesondere in der Überschwemmungszone des Schari und Logone, da hier permanenter Feldbau möglich ist. Der Fischfang im Tschadsee ergänzt die Versorgung der lokalen

Bevölkerung. Im Süden des Tschads gibt es Ölvorkommen, die über eine Pipeline nach Kamerun exportiert werden (Brockhaus, 2006f).

Der Norden Kameruns ist wie der Norden Nigerias islamisch geprägt. Zum Teil lebt die Bevölkerung dort nomadisch. In der Tschadseeregion leben die Fulbe, Hausa und kleinere sudanesischen Ethnien wie die Mandara, Musgu und Kotoko, was zeigt, wie divers die Bevölkerung des Gebietes ist. Im Agrarsektor arbeiteten 2002 58 Prozent der Erwerbstätigen, 20 Jahre später hat sich der Anteil auf ungefähr 43 Prozent verringert. Das ist fast die Hälfte weniger als in Niger und Tschad und zehn Prozent mehr als in Nigeria. Der Fischfang im Tschadsee dient der Ernährung der lokalen Bevölkerung, die Fangmenge kann aber den Bedarf nicht mehr decken, was an der veralteten Ausrüstung, aber auch am Rückgang der Fischbestände liegt (Brockhaus, 2006a) (*Kamerun: Das Land in Daten*, o. J.).

Der bevölkerungsreichste Staat Afrikas, Nigeria, ist im Vergleich zu den anderen drei Tschadseestaaten ein wirtschaftliches Schwergewicht, was nicht zuletzt an den riesigen Erdölvorkommen liegt, über die das Land verfügt. Die Landwirtschaft ist dennoch immer noch eine wichtige Einkommensquelle. Fast 35 Prozent der Erwerbstätigen ist in der Landwirtschaft tätig und 77 Prozent der Landesfläche Nigerias werden für die Landwirtschaft genutzt. Es gibt Spannungen zwischen den ethnischen und religiösen Gruppen Nigerias, in dem Land leben mehr als 200 Ethnien. Im islamisch geprägten Norden Nigerias wird teilweise das islamische Scharia-Recht exekutiert und tritt in Konkurrenz zum staatlichen Recht. Im Nordosten leben hauptsächlich Fulbe (elf Prozent) und Kanuri (vier Prozent) (Brockhaus, 2006e).

	Kamerun	Niger	Nigeria	Tschad
Bevölkerung	27,22 Millionen (Stand 2022)	25,13 Millionen (Stand 2022)	211,4 Millionen (Stand 2022)	16,91 Millionen (Stand 2022)
Fläche	475 442 km ²	1 267 000 km ²	923 768 km ²	1 284 000 km ²
BIP	45,05 Mrd. US\$ (Stand 2021)	14,96 Mrd. US\$ (Stand 2021)	441,54 Mrd. US\$ (Stand 2021)	11,8 Mrd. US\$ (Stand 2021)
Agrarsektor	42,9 %	74,8 %,	34,7 %	76,3 %

Quelle: Eigene Darstellung nach (*Kamerun: Das Land in Daten*, o. J.; *Niger: Das Land in Daten*, o. J.; *Nigeria: Das Land in Daten*, o. J.; *Tschad: Das Land in Daten*, o. J.)

4.1.3 Die aktuelle politische Situation

Der Tschadsee ist eine Region, die gegenwärtig von mehreren Krisen belastet ist, deren Ursachen vielfältig und komplex sind und sich wechselseitig beeinflussen. Die instabile Sicherheitslage rund um das Gebiet Tschadsee rückte daher auch in den Fokus des EU-Engagements im Sahel. Im „Regional Action Plan“ heißt es: „Die Sicherheitslage in der Sahelzone ist nach wie vor äußerst unbeständig, wobei die Situation im Norden Malis und rund um den Tschadsee aufgrund von Überschwappereffekten aus dem Süden Libyens und dem Norden Nigerias besonders prekär ist“⁵ (Council of the European Union, 2015, S. 7). Die Spillover-Effekte aus dem Süden Libyens, wo die EU aufgrund fehlender staatlicher Strukturen die Gefahr internationaler Schmugglernetzwerke und lokaler Milizen verortet, und dem Norden Nigerias, wo Boko Haram seinen Ursprung nahm, reihen sich ein in eine Kette von Gründen, warum eine Stabilisierung der Region so schwierig erscheint.

Die politische Lage in vielen Ländern der Sahelregion ist instabil. Allein im Jahr 2021 gab es in den Sahel-Staaten vier Putschversuche, wovon drei Übernahmen der Regierung durch das Militär in Mali, Sudan und Tschad erfolgreich verliefen (Wahlstedt & Mikkola, 2022, S. 102). Das Land, das wohl in letzter Zeit am meisten Aufsehen in der internationalen Presse erhielt, ist Niger. Der Militärputsch am 26. Juli 2023 hatte weitreichende Folge für die westlichen Truppen, die dort seit dem Abzug aus Mali stationiert sind. Die Junta setzte den 2021 demokratisch gewählten Präsidenten Mohamed Bazoum ab und ernannte Ali Mahaman Lamine Zeine als neuen Premierminister (Liebermann & Bertrand, 2023). Die Putschisten forderten den Abzug französischer Truppen und verlangten die Ausreise des französischen Botschafters. Die französische Regierung weigert sich dem nachzukommen, mit der Begründung, dass die Putschisten nicht die rechtmäßige Regierung seien. Momentan sind ungefähr 1500 französische Soldaten in Niger stationiert (Aljazeera, 2023). Die Ressentiments gegen die ehemalige französische Kolonialmacht sind stark unter der nigrischen Bevölkerung und die Putschisten wissen das für sich nutzen. Etwa hunderte Demonstranten protestierten vor der französischen Militärbasis in Niamey für den

⁵ Übersetzt aus dem Englischen: „The security situation of the Sahel region remains extremely volatile, with a particularly precarious situation in northern Mali and around Lake Chad, by means of spill-over effects from the South of Libya and the North of Nigeria.“

Abzug der Truppen. Nicht nur in Niger gab es Proteste, auch im Tschad wurde gegen das französische Militär demonstriert (Crisis24, 2023).

Der Unmut richtet sich vornehmlich gegen Frankreich, aber auch die anderen westlichen Staaten, wie die USA, erwogen ebenso einen Abzug seiner Truppen zu veranlassen. Niger wurde als neue Militärbasis auserkoren, als in Mali die Junta übernahm und sich die Zusammenarbeit zunehmend verschlechterte. Das Land galt damals im Vergleich zu den Nachbarländern als stabil und die westlichen Staaten erhofften sich einen neuen zuverlässigen Partner im Kampf gegen den Terrorismus. Wie schnell sich das Blatt wenden könne, sah man nicht voraus. Während der Westen und die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) die Junta in Niger dazu aufriefen, den abgesetzten Präsidenten wieder zu installieren und die ECOWAS sogar über eine militärische Intervention nachdachte, schlugen sich Mali und Tschad auf die Seite der nigrischen Militärs. Tschads Präsident Mahamat Idriss Déby Itno empfing im September sogar den von der Junta aufgestellten neuen Premierminister (*Echoes of the Sahel*, 2023). Der Sohn des Diktators Idriss Déby kam 2021 nach dem Tod seines Vaters als Präsident des Militärrats an die Macht und wurde 2021 als Übergangspräsident des Tschad vereidigt (Holly, 2022). Um den eigenen Status zu festigen, hat er daher ein großes Interesse daran, dass die Militärregierung in Niger international anerkannt wird. Innenpolitisch hat der Tschad Mühe, die Rebellengruppe „Front for Change and Concord in Chad“ (FACT) unter Kontrolle zu bringen. Diese hat das vor zwei Jahren in Kraft getretene Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung aufgekündigt, mit der Begründung, dass ihre Basen von Regierungstruppen angegriffen wurden (Ramadane, 2023).

Kamerun dagegen wird zwar nicht von einer Militärregierung geführt, hat aber seit den 1960er Jahren dieselbe Partei an der Macht. In dem Präsidialstaat ist der über achtzigjährige Präsident Paul Biya seit 1982 im Amt und wurde 2018 für weitere sieben Jahre bestätigt (*Politische Situation: Kamerun*, 2023). Nigeria hat als einziges Land der vier Tschadsee-Staaten, – trotz einiger Defizite aufgrund von Korruption und Rechtsstaatlichkeit – ein demokratisches System. Der Demokratisierungsprozess begann 1999 nach langer Militärherrschaft und seitdem fanden mehrere Wahlen statt, zuletzt im Februar 2023, bei denen Bola Tinubu zum Präsidenten gewählt wurde (*Politische Situation: Nigeria*, 2023).

Alle vier Länder haben seit 2019 eine Verschlechterung der Sicherheitslage am Tschadsee verzeichnet (*Politische Situation: Nigeria*, 2023; *Politische Situation: Kamerun*, 2023). Gewalttätige Terrorgruppen, darunter die bekannteste Boko Haram, haben in der Region einen Rückzugsort und rekrutieren dort neue Mitglieder*innen. Boko Haram hat seinen Ursprung im Nordosten Nigerias, wo 2009 bis 2010 das nigerianische Militär mehrere erfolglose Versuche unternahm, die Gruppe mit massiver Gewalt zu unterdrücken. Von dort breitete sich Boko Harams Aktivitäten 2013 bis 2014 auf die Nachbarländer und die Tschadsee-Region aus. 2015 bis 2016 begann sich außerdem der Islamische Staat Provinz Westafrika (ISWAP) in der Tschadseeregion auszubreiten. Die bewaffneten Terrorgruppen riefen nicht minder gewalttätige militärische Gegenreaktionen hervor, die in diesem Zeitraum die Vertreibung von fast drei Millionen Menschen und eine Wirtschafts- und Nahrungssicherheitskrise zur Folge hatten (Daoust & Selby, 2022, S. 2). In einem Bericht des Institute for Security Studies (ISS), der die aktuellen Entwicklungen und Entscheidungen des Friedens- und Sicherheitsrates der Afrikanischen Union analysiert, heißt es, dass die Rekrutierung von Kindersoldaten eine gängige Taktik der im Tschadseebecken operierenden Terrorgruppen ist, obwohl es wenige Einzelheiten zu dem Einsatz von Kindern im Kampf durch die Terrorgruppe Westafrikanische Provinz des Islamischen Staats (ISWAP) gibt. Mehr Informationen finden sich zur Rekrutierung von Kindern als Selbstmordattentäter durch die Jama'atu Ahlis Sunna Lidda'awati wal-Jihad (JAS), einer Boko-Haram-Fraktion. Die Vereinten Nationen berichteten, dass zwischen 2017 und 2019 mehr als 1000 Kinder durch Boko Haram rekrutiert wurden. Allerdings sind die Zahlen eher konservativ geschätzt, weil die Terrorgruppen in Gebieten am Rande des Tschadseebeckens aktiv sind, zu denen es kaum Zugang gibt. Eine Schätzung beziffert die Zahl für ISWAP tätigen Kindersoldaten auf 3000. Die Multinational Joint Task Force (MNJTF) hat in den letzten Jahren mehrere regionale Militäroperationen, beispielsweise die Operation Lake Sanity von März bis August 2022, gegen die Boko-Haram Gruppierungen in der Region Tschadsee durchgeführt. (PSC Report, 2023) Die MNJTF haben Kamerun, Nigeria, Niger, Tschad und Benin gegründet, um Boko Haram gemeinsam zu bekämpfen (*Politische Situation: Kamerun*, 2023).

Im Vergleich zu den anderen Regionen der Tschadseeländer ist das Gebiet um den See wirtschaftlich unterentwickelter und wegen der großen Distanzen und geringen Bevölkerungsdichte von schwachen staatlichen Strukturen geprägt (World Bank,

2021). Dazu kommt noch, dass der Tschadsee als Grenzregion mit zwei Länderdreiecken das Grenzmanagement und die Sicherheitskooperation kompliziert macht. Dieser Aspekt bekommt in Hinsicht des Klimawandels eine neue Dimension. Denn eine der Bewältigungsstrategien in Reaktion auf die klimatischen Veränderungen, mit einhergehenden Missernten und Verödung des Landes, ist die grenzüberschreitende Migration. Das lasse sich am Beispiel der großen Anzahl nigrischer Staatsbürger beobachten, die zur Sicherung ihrer Existenz auf die benachbarten Länder ausgewichen sind, argumentieren Molenaar und El Kamouni-Janssen (Molenaar & El Kamouni-Janssen, 2017, S. 14). Die grenzüberschreitende Migration hat auch aufgrund regionaler Krisenherde zugenommen. Der Tschad hat vierhunderttausend sudaneseische Geflüchtete aufgenommen, die vor den im April 2023 ausgebrochenen Kämpfen ins Nachbarland geflohen sind (Reuters, 2023).

4.1.4 Der Klimawandel und seine Auswirkungen auf den Tschadsee

Über all diesen Krisen schweben der Klimawandel und die Frage nach seinen Auswirkungen auf den See an sich und wie er mit Migration und Konflikten verknüpft ist. Auf der politischen Ebene hat sich das Climate-Security-Narrativ in Bezug auf den Tschadsee fest etabliert. Da der Tschadsee an vier Länder Kamerun, Niger, Nigeria und Tschad grenzt, wurde schon früh die Notwendigkeit einer staatenübergreifenden Zusammenarbeit im Wasserressourcenmanagement, Naturschutz, aber auch in der Sicherheitspolitik und regionalen Kooperation in Entwicklungsfragen erkannt. 1964 schlossen sich die vier direkt an den Tschadsee angrenzenden Länder zu der Lake Chad Basin Commission (LCBC) zusammen, der 1996 die Zentralafrikanische Republik und 2008 Libyen beitraten. Denn das Becken des Tschadsees und den darunter liegenden Grundwasserressourcen erstrecken sich weit über die vier Länder hinaus und umfassen ein Gebiet, auf dem zudem die Staaten Sudans, Zentralafrikanische Republik, Nigerias, Algeriens und Libyens liegen (*The Lake Chad Basin Commission: About us*, 2023).

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat im Jahr 2017 die Resolution 2349 angenommen, in der der Nexus zwischen Konflikten und Wasserknappheit in der Region gezogen wurde. Die Resolution adressiert die wachsende terroristische Gewalt ausgehend von Boko Haram und ISIL in der Tschadseeregion und thematisiert die

Ursachen, die zur Verbreitung von Terrorismus beitragen (Security Council, 2017, S. 4). In dem Dokument wird oft der Begriff Stabilität/Instabilität verwendet, um die angespannte Sicherheitslage zu umschreiben. In der Resolution steht, der Sicherheitsrat „erkennt die negativen Auswirkungen des Klimawandels und ökologischer Veränderungen neben anderen Faktoren auf die Stabilität der Region (Anmerkung: Tschadseeregion) an, unter anderem durch Wasserknappheit, Dürre, Wüstenbildung, Bodendegradation und Ernährungsunsicherheit“⁶ (Security Council, 2017, S. 7). Drei Jahre später organisierte Niger im Rahmen des Sicherheitsrats ein weiteres Treffen, bei dem die Klimasicherheit am Tschadsee debattiert wurde und sich auf eine Erklärung des Sicherheitsrats aus diesem Jahr stützte, die die negativen Auswirkungen des Klimawandels neben anderen Faktoren als Ursachen für den Anstieg der Gewalt in der Tschadseeregion benennt. In der Erklärung wird aber nicht weiter in die Tiefe gegangen, wie genau dieser Zusammenhang zu verstehen ist (Yeltekin, 2022, S. 13). Die Region Tschadsee wird auch explizit in der 2021 integrierten EU-Sahelstrategie hervorgehoben. In der Strategie heißt es, die EU-Sahelpolitik „intendiert den vulnerabelsten Regionen bezüglich Sicherheit weiterhin besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, insbesondere den Liptako-Gourma und Tschadsee-Regionen“ (Council of the European Union, 2021, S. 8).

Think-Tanks, NGOs, nationale und internationale Regierungen, die EU und die UN stimmen darin überein, dass der Klimawandel die Sicherheitslage am Tschadsee massiv destabilisiert. Den Klimawandel als Sicherheitsrisiko zu erkennen, sagt aber nicht viel darüber aus, ob Einigkeit besteht, welche politischen Handlungsweisen sich daraus ergeben. Yeltekin kritisiert, dass die politische Konsequenz, die aus dem Climate-Security-Diskurs gezogen wurde, eine größere Militarisierung der Region bewirkte, wie er folgendermaßen skizziert (Yeltekin, 2022, S. 13): Die EU rief die mit 663 Millionen Euro ausgestattete G5 Sahel Joint Force ins Leben, um Schmuggel, Kriminalität und Terrorismus in den Grenzregionen, wozu der Tschadsee gehört, zu bekämpfen. 2022 zogen die europäischen Streitkräfte Großteils aus Mali ab, weil die neue Militärregierung gerade in Bezug auf Frankreich skeptisch eingestellt ist und sich stärker Russland zuwandte.. Daraufhin startete die EU Verhandlungen mit der

⁶ Übersetzt aus dem Englischen: “Recognises the adverse effects of climate change and ecological changes among other factors on the stability of the Region, including through water scarcity, drought, desertification, land degradation, and food insecurity, and emphasises the need for adequate risk assessments and risk management strategies by governments and the United Nations relating to these factors.”

nigrischen Regierung über ein Abkommen für ein militärisches Ausbildungsprogramm, das für 2022 bis 2025 Zahlungen von 25 Millionen Euro an die Regierung in Niamey vorsieht. Parallel dazu läuft die European Union Capacity Building Mission in Niger (EUCAP Sahel Niger), mit dem Zweck, das Grenzmanagement zu verbessern und irreguläre Migration einzudämmen. Yeltekin schreibt, dass Niger so einer der am stärksten militarisierten Staaten Afrikas wurde, mit „Militärbasen für Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und die USA“ (Yeltekin, 2022, S. 13). Die Schlussfolgerung, die Yeltekin zieht, ist eine interessante Beobachtung vor dem Hintergrund, dass die EU im Sahel dennoch mehr Geld für Entwicklungsprojekte als für militärische Operationen bereitstellt, wie in dem Kapitel Finanzierung erläutert wird.

Die Verwendung des Climate-Security Nexus könne ein nützliches Analyseinstrument sein, wie zum Beispiel Wakdok et al. schreiben. Die Forscher*innen plädieren in ihrer Studie zur Auswirkung des Klimawandels auf die menschliche Sicherheit in der Region Tschadsee für die Verwendung des Climate-Security-Resource Nexus, weil sie in dem aufkommenden Konzept an der Schnittstelle von Wissenschaft und internationalen Organisationen ein nützliches Instrument sehen, um die Risiken und Chancen zu bewerten, die die Umsetzung einiger SDGs beeinflussen (Wakdok & Bleischwitz, 2021, S. 1). Dabei ist der wissenschaftliche Konsens, den Klimawandel eher als einen Multiplikator für Krisen zu sehen und nicht als Ursache für diese. Zum Beispiel haben Forscher*innen den Wasserkreislauf des Tschadsees untersucht und festgestellt, dass das Austrocknen des Sees tatsächlich mehrere Sicherheitsrisiken in sich birgt und etwa gewaltsame Konflikte befeuern oder die Ernährungssicherheit gefährden kann. Die Wurzeln dieser Sicherheitsrisiken können aber lange zurückverfolgt werden und sind nicht vereinfacht auf das Austrocknen des Tschadsees zurückzuführen (Pham-Duc et al., 2020). Die klimatischen Veränderungen beeinflussen die Regenfälle, was wiederum die Resilienz der lokalen Bevölkerung beeinträchtigt (Pham-Duc et al., 2020, S. 2). Ungefähr 70 Prozent der Bevölkerung in der Sahelregion leben von Landwirtschaft oder Viehzucht (Wahlstedt & Mikkola, 2022, S. 102). Klimatische Veränderungen und Verödung des Landes treffen die Menschen dort daher überproportional stärker als in anderen Regionen, wo die Existenzgrundlage nicht direkt von der Natur abhängig ist.

In der Tschadseeregion leben neben sesshaften Bauer*innen auch umherziehende Viehhirt*innen. Ehiane und Moyo argumentieren, der Klimawandel habe den Konflikt zwischen den Gruppen verschärft, weil sich die landwirtschaftlichen Nutzungsräume verkleinert hätten. Gerade weil die in der Region Tschadsee lebende Bevölkerung hauptsächlich von der Landwirtschaft wirtschaftlich abhängig sei, identifizieren die Autor*innen den Klimawandel, neben anderen Faktoren als eine maßgebliche Treibkraft für die Destabilisierung der Region Tschadsee (Ehiane & Moyo, 2022). Studien, die das Sinken des Wasserspiegels des Tschadsees mit einer Eskalation der Gewalt in Verbindung setzen, kommen zum Teil aber zu unterschiedlichen Ergebnissen. Einerseits gebe es einen größeren Wettbewerb um knappere Ressourcen, etwa Wasser und Fische, andererseits habe das Schwinden des Sees auch mehr fruchtbares Land für Ackerbau freigelegt (Raineri, 2020, S. 3).

Wahlstedt et al. argumentieren, dass Landdegradierung ein zentrales Problem in der Sahelzone ist, was seine Ursache in nicht nachhaltiger Bodennutzung hat. Landdegradierung werde häufig als direkte Folge des Klimawandels gesehen, was aus Sicht der Autoren einer schnellen Lösung vor Ort aber im Wege stehe. Die Verödung von Land hänge zwar ebenso mit dem voranschreitenden Klimawandel zusammen, was ein globales Phänomen ist, auf der lokalen Ebene lässt sich aber beobachten, dass Landdegradierung auch eine Folge schlechter Landnutzungspraktiken sei. Letzteres könne auf der lokalen Ebene adressiert werden und daher schlagen die Autoren der EU einen pragmatischen Ansatz vor, etwa durch eine Förderung von lokalen Projekten, die auf Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Methoden abzielen. Eine Bekämpfung des Klimawandels parallel dazu sollte dennoch nicht ausgeschlossen werden (Wahlstedt & Mikkola, 2022, S. 101,103).

Der Tschadsee im Kontext des Klimawandels wird in unzähligen Studien von Think-Tanks und Policy-Dokumenten behandelt, wovon oben nur ein paar erwähnt wurden. Eine systematische wissenschaftliche Analyse des Narrativs Climate-Security am Beispiel des Tschadsees haben Gabrielle Daoust und Jan Selby durchgeführt (Daoust & Selby, 2022). Darin argumentieren die Wissenschaftler*innen, wie und warum der Tschadsee in den Mittelpunkt des internationalen Politikdiskurses über Climate-Security gerückt ist. Die Autor*innen nennen das Phänomen „Lake Chad climate security narrative“, das den Klimawandel in diesem Diskurs als einen signifikanten, zur

multiplen Krise in der Tschadseeregion beitragenden Faktor, sieht (Daoust & Selby, 2022, S. 2).

Das Narrativ stütze sich auf drei Behauptungen, schreiben Daoust und Selby. Erstens wird die These aufgestellt, dass der Tschadsee in den letzten Jahren schrumpft, austrocknet oder gar verschwindet. Zweitens wird behauptet, dass dieser Prozess eine Folge anhaltender Dürre und daher eine Folge des globalen Klimawandels sei. Drittens habe dies einen direkten Einfluss auf die Existenzgrundlagen der dort ansässigen Bevölkerung und trüge maßgeblich oder sogar kausal zur aktuellen Sicherheitskrise in der Region bei. Das Besondere an diesem Narrativ ist, dass es dafür (noch) keine wissenschaftlichen Belege gibt. Die erste These ist nicht haltbar, wenn man den genauen Zeitraum des Prozesses des Austrocknens betrachte. Der Tschadsee erfuhr sehr wohl einen dramatischen Rückgang seines Wasservolumens in den Jahren 1963 bis 1985. In dieser Periode schrumpfte der See von 25 000 Quadratkilometern auf 2000 Quadratkilometer und er teilte sich in ein nördliches und südliches Becken. Seit 1995 veränderte sich seine Oberfläche aber kaum noch und es gebe Studien, die darlegten, dass sich in den letzten Jahren das Wasservolumen sogar vergrößert hat (Daoust & Selby, 2022, S. 4–7). Zum Beispiel schreiben Pham-Duc et al., dass der Tschadsee zwar sein ursprüngliches Wasserlevel, von vor den großen Dürreperioden in den 1970er und 1980er Jahren, nie wieder erreicht hat, aber der Wasserspiegel in den letzten zwei Jahrzehnten wieder etwas angestiegen ist (Pham-Duc et al., 2020, S. 5). Dagegen gebe es keine einzige wissenschaftliche Studie, die die These einer Schrumpfung des Tschadsees in den letzten Jahren untermauern würde. Auch fehle es an wissenschaftlichen Studien, die die Auswirkungen des globalen menschengemachten Klimawandels auf den Wasserspiegel des Tschadsees untersuchen. Fälschlicherweise würde eine direkte Verbindung zwischen ebendiesen auf der Grundlage der Effekte der Klimavariabilität gemacht. Klimavariabilität ist jedoch ein natürliches Phänomen, das unabhängig von der globalen Erwärmung vorkommt. Regenfälle haben zudem seit den 1990er Jahren im Tschadseebecken zugenommen, was aber nicht dazu geführt hat, dass sich die Wasserzuflüsse zum See erholt haben. Wissenschaftler*innen vermuten, dass der geringe Zufluss eher auf die Entnahme für die Bewässerung und Staudammprojekte zurückzuführen sei als auf volatile Regenfälle. Die dritte These, die die Effekte des Klimawandels und das Austrocknen des Sees in einen direkten Zusammenhang mit der Sicherheitslage in der

Tschadseeregion stellt, was auf dem neo-malthusianischen Konzept fußt und weiter oben bereits erläutert wurde, überschätze die Gewichtung der multiplen Risikofaktoren. Selbst wenn berücksichtigt würde, dass der Klimawandel ein Multiplikator oder zusätzlicher Faktor sei, gebe es noch keine wissenschaftliche Literatur nach dem Peer-Review Verfahren, die diesen Ursache-Wirkungszusammenhang untermauert hätte, wie das schon in anderen Regionen, zum Beispiel in Syrien, nachgewiesen wurde. In der Forschung zum Aufstieg Boko Harams werden die Effekte des Klimawandels nicht thematisiert und gegen die dritte These würde auch sprechen, dass Regenfälle und der Seespiegel 2009 bis 2010, eine Phase, in der Boko Haram besonders aktiv war, zugenommen haben. Die Literatur, die Umweltfaktoren im Zusammenhang mit der Sicherheitslage am Tschadsee behandelt, sieht das Problem weniger in den klimabedingten Dürreperioden und fluktuierenden Wasserspiegeln, sondern in den von den durch Eliten veranlassten Landenteignungen und Entnahmen von Wasserressourcen. Der Klimawandel mag sich generell enorm auf die Region auswirken und Daoust und Selby leugnen auch nicht, dass zukünftige Forschung empirische Belege für den Climate-Security Nexus in der Sicherheitslage am Tschadsee liefern könnte. Jedoch kann der aktuelle Forschungsstand die oben aufgestellten Thesen nicht stützen. Während also eine Forschungslücke für den Tschadsee besteht, werde das Narrativ allerdings in zahlreichen Berichten diverser Think-Tanks und Medienberichten gegenwärtig verstärkt und immer wieder reproduziert (Daoust & Selby, 2022, S. 4–7).

5. Operationalisierung und Methode

5.1 Politikfeldanalyse

Für den Operationalisierungsansatz der Masterarbeit wird auf die Politikfeldanalyse zurückgegriffen. Hierfür wird im Folgenden näher auf einige Definitionen und Begriffe eingegangen. Die Politikfeldanalyse als eine politikwissenschaftliche Teildisziplin hat das zentrale Ziel, Fragen an die Personen in den Ämtern und politischen Positionen zu stellen, die „Politik machen“, auf englisch „Policy-making“. Daraus abgeleitete Erkenntnisse können der Politik wiederum als Handlungsempfehlungen zur Verfügung gestellt werden. Im Englischen wird im Gegensatz zum Deutschen zwischen Politics und Policy begrifflich unterschieden. Ersterer Begriff bezeichnet die Austragung des politischen Konflikts beziehungsweise Auseinandersetzung bis zur Konsensbildung. Letzterer dreht sich um den konkreten Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. Policy hat daher eine inhaltliche Dimension und dreht sich um die bestimmten politischen Initiativen und Ziele, die erreicht werden sollen. Die EU-Sahelstrategie fällt in diesem Sinne unter den Begriff der Policy und die Untersuchung dieser und ihrer Umsetzung als Policy-Analyse. Allerdings kann die Formulierung der EU-Sahelstrategie ebenso wie die Umsetzung dieser auch Gegenstand von Politics sein, das heißt, Teil einer politischen Auseinandersetzung sein.

Konkrete Fragen, mit denen sich die Politikfeldanalyse beschäftigt, sind zum Beispiel was gerade auf der politischen Agenda steht, ob diese Agenda zielführend ist, wem sie nutzt und wie nachhaltig das Entschiedene ist. Das sind alles Fragen, die in dieser Masterarbeit in einem konkreteren Feld ebenfalls gestellt werden. Die politische Agenda ist die Entwicklungspolitik der EU in der Region Tschadsee und es gilt herauszufinden, wie das Konzept des Climate-Security Nexus in der EU-Sahelstrategie und relevanten EU-Dokumenten verstanden wird und inwiefern sich dies auf die Umsetzung entwicklungspolitischer Maßnahmen vor Ort auswirkt. Gerade die Diskussion um den Climate-Security Nexus wirft immer wieder die Frage auf, wie er verstanden wird, warum er so oft reproduziert wird, ob es eine empirische Grundlage für diesen gibt und ob es letztendlich überhaupt eine Rolle für die Umsetzung vor Ort spielt (Blum & Schubert, 2018, S. 2–4).

Bevor in dieser Arbeit die Umsetzung der EU-Sahelstrategie analysiert werden kann, muss der Begriff des „politischen Akteurs“ genauer definiert werden. Der kann enger, zum Beispiel nur politische Entscheidungsträger, oder weiter gefasst sein, und beispielsweise Gewerkschaften miteinschließen. Zudem wird zwischen individuellen, einzelnen Personen, und kollektiven Akteuren, zum Beispiel Ministerien, unterschieden. (Blum & Schubert, 2018, S. 44) Es wäre wenig sinnvoll für diese Arbeit, die EU als Ganzes zu untersuchen. Vielmehr sollen jene Abteilungen bzw. Akteure ausfindig gemacht werden, die für die Umsetzung der EU-Sahelstrategie und insbesondere für die Entwicklungspolitik, worunter auch die Klimapolitik fällt, in der Sahelregion zuständig sind. Eine gemeinsame Strategie, wie etwa die Sahelstrategie, muss nicht zwingend bedeuten, dass die verschiedenen Akteure unterschiedliche Interessen verfolgen bzw. zwischen ihnen Konflikte ausgetragen werden.

Die beiden Hauptakteure, die für die Entwicklung der Sahelstrategie zuständig waren, sind einerseits die EU-Kommission und andererseits der Europäische Auswärtige Dienst (EAD). Während beide Institutionen an der Formulierung an einem Strang gezogen haben, ist für die Umsetzung und Abwicklung der Finanzierung die EU-Kommission zuständig. Der EAD verfügt für eigene Projekte über kein eigenes Budget. In dieser Arbeit geht es vor allem um den die Rolle des Climate-Security Nexus in der Strategie, und ob dieser Auswirkungen auf die Umsetzung hat und zuletzt um einen Vergleich der Strategie mit der tatsächlichen Umsetzung und darum, ob es Diskrepanzen gibt. Im Policy-Cycle, einem Orientierungsrahmen der Politikfeldanalyse, der geschaffen wurde, um politische Prozesse zu ordnen und besser analysieren zu können, geht es daher hauptsächlich um die Untersuchung der Implementierungsphase. Die Implementierung umschreibt den Akt der Umsetzung politischer Ziele durch die öffentliche Verwaltung (Blum & Schubert, 2018, S. 153–154) (Blum & Schubert, 2018, S. 157). Aus diesem Grund sind für das Erkenntnisinteresse insbesondere die Generaldirektionen der EU-Kommission und ihre jeweiligen Abteilungen und Referate als Akteure der Umsetzung der Strategie von Relevanz.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Unterscheidung theoretischer Ansätze nach ihrer Analyseebene in eine Mikro-, Meso- und Makroebene. Auf der Mesoebene werden konkrete sozialstaatliche Institutionen, etwa die EU, und auf der Mikroebene Individuen und konkrete Handlungen analysiert. Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit richtet sich

an die Handlung der EU an sich, aber auch wie einzelne Individuen diese im Auftrag der Institution ausführen. Die Analyseeinheit bilden somit die relevanten Abteilungen und Referate der Generaldirektionen, die von den amtierenden EU-Beamt*innen und -Mitarbeiter*innen repräsentiert werden (Blum & Schubert, 2018, S. 48–50). Der theoretische Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf setzt mit einem Fokus auf Organisationen und kollektiven Akteuren genau an der Mesoebene an, unter anderem mit dem Ziel öffentliche Politik zu erklären (Blum & Schubert, 2018, S. 57). Der akteurszentrierte Institutionalismus wurde von Mayntz und Scharpf entwickelt, um ein theoretisches Konzept für die Untersuchung der Problematik der Steuerung und Selbstorganisation von gesellschaftlichen Teilbereichen, insbesondere staatsnahen Bereichen, zu bekommen (Baumgartner, 2010).

5.2 Multi-Methoden-Ansatz

Da die Politikfeldanalyse keine geschlossene Theorie ist, kann sie problemlos mit Multi-Methoden-Ansätzen hantieren (Blum & Schubert, 2018, S. 63). Für die Beantwortung meiner Forschungsfrage kommen mehrere Methoden zum Einsatz, um eine Einzelfallstudie zu der Region Tschadsee durchzuführen und zusätzliche Erkenntnisse über die Entwicklungspolitik der EU im Sahel zu erhalten. Die Tschadseeregion wird explizit in der Sahelstrategie als besonders vulnerabel für Krisen hervorgehoben und damit zu einem Schwerpunkt in der EU-Sahel-Politik gemacht. Um herauszufinden, welche entwicklungspolitischen Maßnahmen die EU dort setzt, wird eine Dokumentenanalyse durchgeführt und die relevanten Internetseiten, Strategie- und Projektberichte nach Informationen gesichtet und zusammengefasst. Die zweite Erkenntnisquelle wird sich auf Expert*inneninterviews stützen.

5.2.1. Dokumentenanalyse

Für die Analyse der entwicklungspolitischen Maßnahmen mit einem klimapolitischen Ziel im Rahmen der EU-Sahelstrategie bzw. der Herausarbeitung des Verständnisses der EU von dem Climate-Security Nexus bietet sich die Untersuchung von EU-Policy-Papers, Webseiten der EU und Webseiten zu der Region an. Hierbei geht es darum,

den selbstgesteckten Anspruch der EU für den Klimaschutz bzw. Adaptions- und Resilienzmaßnahmen in Bezug auf den Klimawandel im Sahel darzustellen und herauszuarbeiten, was die EU unter Klimasicherheit versteht.

5.2.2 Expert*inneninterviews

Expert*inneninterviews als Methode zu verwenden, muss ausreichend begründet werden und sollte nicht als Selbstzweck dienen. Der oder die Forschende sollte sich fragen, welche Informationen sie durch ein Expert*inneninterview gewinnen kann, die nicht bereits vorhanden oder durch andere Methoden besser generiert werden können (Kaiser, 2014, S. 126). Für diese Arbeit ist ein Expert*inneninterview notwendig, weil die im ersten Schritt zusammengetragenen Informationen von Internetseiten und Publikationen der EU mehr Fragen als Antworten aufgeworfen haben. Zum Beispiel ist nicht klar geworden, wie die EU den „integrierten Ansatz“ der Sahelstrategie genau vor Ort umsetzt. Auch bleibt offen, wie die EU den Climate-Security Nexus genau definiert. Außerdem ist die integrierte Sahelstrategie im Jahr 2021 veröffentlicht worden, was bedeutet, dass noch wenig Forschungsliteratur zu diesem Gebiet vorhanden ist. Zwar gibt es viel Literatur zu dem Nexus, aber wenig zur tatsächlichen Umsetzung der EU-Politik, die sich aus der Strategie 2021 ableitet. Diese Arbeit stützt sich ergänzend zu dem herausgearbeiteten Material aus Publikationen und Internetseiten der EU und ihrer Partner auf die Experteninterviews. Die Befragungen haben daher eine unterstützende Funktion und bilden nicht das hauptsächliche Verfahren der Datenerhebung (Kaiser, 2014, S. 127). Sie werden dazu herangezogen, um den Aspekt des Verständnisses von und der Umsetzung des Nexus vor Ort zu klären und bieten die Möglichkeit in Realitätsbereiche zu gelangen, die sich über die Dokumente allein nicht erschließen lassen.

Es wurde ein Interview mit einem Projektmanager des EU-finanzierten und im Auftrag der GIZ durchgeführten Projekts in der Tschadseeregion durchgeführt. Das Interview fand im Oktober 2023 über das Tool Zoom statt und wurde aufgezeichnet und anschließend transkribiert. Das Interview war die einzige Befragung, die realisiert wurde. Insgesamt wurden mehr als 30 E-Mails in zwei zeitlichen Abständen mit Interviewanfragen an die zuständigen Abteilungen der EU-Organe, die mit der Ausführung und Implementierung der EU-Sahelstrategie betraut sind, verschickt. Nach

der geringen Rücklaufquote wurde der Kreis der Interviewpartner*innen erweitert und GIZ-Mitarbeiter*innen und politische Stiftungen in der Region angeschrieben. Insbesondere die Anfragen an die GIZ wurden zeitnah beantwortet und es konnte Kontakt zu einem Projektmanager von FREXUS hergestellt werden. Dadurch, dass sich weniger Befragungen als erwartet durchführen ließen, wurde der Fokus noch stärker auf die Dokumente gelegt. Dennoch hatte das Experteninterview wichtige Erkenntnisse für die Arbeit der EU auf der Projektebene geliefert.

5.2.3 Limitationen

Die größte Limitation war die Nichterreichbarkeit der ausgesuchten Expert*innen. Für die Kontaktaufnahme mit den relevanten Personen wurde folgendermaßen vorgegangen: Nach der Sichtung der relevanten EU-Dokumente und Internetseiten, wurden E-Mails mit den Interviewanfragen und einem kurzen Leitfaden mit den Fragen an die öffentliche Kontaktstelle der EU-Kommission sowie direkt an die Mitarbeiter*innen der GD INTPA versendet. Um die relevanten Mitarbeiter*innen der GD INTPA auszumachen, wurde das Organigramm auf der offiziellen Internetseite der Generaldirektion herangezogen und danach die E-Mail-Adressen recherchiert. Insgesamt wurden vier Mitarbeiter*innen der Abteilung INTPA.A, die für Afrika zuständig ist, angeschrieben und die zwei Delegationsleiter*innen für jeweils Niger und Nigeria. Außerdem wurden Anfragen an Mitarbeiter*innen aus INTPA.F, die sich mit Klimafragen beschäftigt und INTPA.G, die Abteilung zuständig für „Human Development, Migration, Governance and Peace.“ In den meisten Fällen gab es keine Rücklaufquote, in einigen Fällen Absagen und in wenigen Fällen eine positive Rückmeldung. In der Phase der Terminfindung passierte es aber, dass die betroffenen Personen nicht mehr erreichbar waren.

In einer zweiten Anfragerunde wurde der Radius des Personenkreises erweitert und E-Mails gingen an die deutschen Botschaften in Nigeria, Niger, Kamerun und Tschad, sowie die EU-Botschafter*innen und Delegationsteilnehmer*innen des Europäischen Auswärtigen Dienstes in den genannten vier Ländern. Auch wurden politische Stiftungen, darunter die Regionalprogramme Energiesicherheit und Klimawandel Subsahara und das Regionalprogramm Sahel der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie die Mitarbeitenden der GIZ in der Region angeschrieben. Auch hier war es schwierig,

einen konkreten Termin zu vereinbaren, was womöglich auch an den politischen Umstürzen in Niger im Juli 2023 geschuldet war. Allerdings erwiesen sich die Mitarbeiter*innen der GIZ als sehr hilfsbereit und eine Kontaktaufnahme mit einem Projektleiter des FREXUS-Projekts wurde hergestellt, was letztendlich in der Realisierung des Interviews mündete.

Die Nichterreichbarkeit der relevanten EU-Mitarbeiter*innen wirkt sich auf den Erkenntnisgewinn insofern aus, dass nicht geklärt werden konnte, wie genau der Climate-Security Nexus in der Sahelstrategie von dem EU-Personal tatsächlich verstanden wird. Da dies aber nur ein Aspekt der Fragestellung ist, ist es für das Gesamtergebnis des Forschungsvorhabens nicht von Bedeutung (Kaiser, 2014, S. 127).

6. Der Climate-Security Nexus und die EU-Politik im Sahel

6.1 Wie versteht die EU den Climate-Security Nexus? Ein Blick in die EU-Sahelstrategie

Der Sahel ist eine Region, die in den letzten zwei Jahrzehnten vermehrt in den Blick internationaler Akteure geraten ist. Insbesondere die EU tritt als Geldgeberin und militärische Kooperationspartnerin hervor. Die 2011 verabschiedete Strategie für Sicherheit und Entwicklung in der Sahelzone dient der EU als Richtschnur für ihr Engagement in der Sahelregion (Kempin & Scheler, 2016, S. 14). Die Länder, an die sich die EU-Sahelstrategie richtet, sind Burkina Faso, Tschad, Mali, Mauretanien und Niger. Der Sahel Regional Action Plan 2015 – 2020 wurde daraufhin als Rahmenkonzept für die Umsetzung der EU-Sahelstrategie aus dem Jahr 2011 entwickelt. Der Nexus zwischen Sicherheit und Entwicklung wird darin ausdrücklich betont, aber der Schwerpunkt des Regional Action Plan liegt eindeutig auf der Bekämpfung von Terrorismus, Schmuggel, Radikalisierung und gewaltsamem Extremismus (Council of the European Union, 2015, S. 2).

Neben diesen klassischen Sicherheitsrisiken wird in dem Dokument auch explizit der Klimawandel als ein Destabilisierungsfaktor hervorgehoben. Das Bewusstsein für die Auswirkungen des Klimawandels auf die Resilienz der lokalen Bevölkerung ist im Regional Action Plan wie folgt zu finden. Dort steht, dass „Dürre, Klimawandel und Gesundheitsprobleme die (wachsende) lokale Bevölkerung weiterhin belasten werden, und es dringend erforderlich ist, die zugrunde liegenden Schwachstellen zu beseitigen und die Widerstandsfähigkeit gegen künftige (klimatische und konfliktbedingte) Schocks auf nationaler und kommunaler Ebene zu stärken, wobei insbesondere Maßnahmen in den Bereichen Sozialschutz, Ernährungssicherheit, Ernährung und Lebensunterhalt zu ergreifen sind“⁷ (Council of the European Union, 2015, S. 7). Umweltprobleme und der Klimawandel werden in diesem Dokument aber nicht weiter adressiert.

⁷ Übersetzt aus dem Englischen: “Drought, climate change and health issues will continue to affect (growing) local populations, and there is a critical need to address underlying vulnerabilities and build resilience to future shocks (climatic and conflict-related) at national and community levels, with interventions covering social protection, food security, nutrition and livelihoods in particular.”

Während sich der Regional Action Plan 2015 – 2020 also noch mit der Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus stark auf eine sicherheitspolitische Agenda fokussierte, nahm die integrierte Strategie im Sahel 2021 eine längerfristige Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika in den Blick und hebt neben Frieden und Stabilität vor allem eine nachhaltige und inklusive Entwicklung hervor. Die im April 2021 verabschiedete integrierte EU-Strategie setzt nun stärker auf einen menschenrechtszentrierten Ansatz und hebt Entwicklungspolitik als wichtige Maßnahme stärker hervor (Pichon & Betant-Rasmussen, 2021). In den Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union zur integrierten Sahelstrategie steht geschrieben: „Die Achtung und Förderung der Menschenrechte, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, und der Schutz des Einzelnen vor jeder Beeinträchtigung seiner Integrität werden weiterhin in allen Interventionsbereichen in der Sahelzone im Mittelpunkt des Handelns der EU stehen“ (Rat der Europäischen Union, 2021). Wie aus dieser Aussage erkennbar, soll der menschenrechtsbasierte Ansatz alle Bereiche des außenpolitischen Engagements in der Sahelzone leiten.

Neben den sicherheitspolitischen Zielen der Terrorismusbekämpfung, Grenzsicherung und Migrationskontrolle wird in der Strategie nun die besondere Relevanz von Entwicklungszusammenarbeit für die Stabilisierung der Region genannt. Nach jahrelangem Militärengagement in der Sahelregion sind die Ursachen für Migration und Terrorismus nicht gelöst, im Gegenteil hat sich die Lage sogar teilweise noch verschlechtert. Daher strebt die EU danach, mithilfe des integrierten Ansatzes, Entwicklungspolitik stärker im Zusammenspiel und in Abstimmung mit der sicherheitspolitischen Agenda zu betreiben, ganz nach der Devise ohne Sicherheit keine Entwicklung und ohne Entwicklung keine Sicherheit. Zum integrierten Ansatz steht im Dokument des Rates der Europäischen Union: „Sie (Anmerkung: die Schlussfolgerungen des Rates) ergänzen und verstärken die Strategien der EU-Mitgliedstaaten für die Sahelzone im Rahmen eines integrierten Ansatzes, der darauf abzielt, die Synergien und die Kohärenz zwischen den verschiedenen in der Sahelzone eingesetzten Akteuren und Instrumenten zu verstärken“ (Rat der Europäischen Union, 2021, S. 4). In erster Linie bedeutet das, dass die EU die bisher unabhängig voneinander agierende Akteure und Instrumente in den Bereichen Sicherheit und Entwicklung, worunter im Sahel auch klimapolitische Maßnahmen fallen, in ein politisches Rahmenprogramm zu integrieren. „Sie (Anmerkung: die EU)

wird sich im Rahmen eines integrierten und kohärenten Ansatzes für das Handeln der EU auf einen „Nexus“ stützen, bei dem humanitäre Hilfe, Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung und Unterstützung des Friedens miteinander verknüpft werden“ (Rat der Europäischen Union, 2021, S. 8). Was genau unter der Verknüpfung der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit und der sicherheitspolitischen Maßnahmen verstanden wird, ist aus dieser Aussage nicht vollständig geklärt und es ist nicht ersichtlich, ob damit eine gemeinsame Zielsetzung, Abschaffung paralleler Strukturen oder ein gemeinsames Projektmanagement gemeint wird.

In der integrierten Sahelstrategie wurde erstmals die Bekämpfung von Umweltproblemen als besonders relevant für die Stabilisierung der Sahelregion beschrieben (Wahlstedt & Mikkola, 2022, S. 101–102). Der Klimawandel wird gleich zu Beginn in den Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union als ein Sicherheitsrisiko benannt: „Langfristige Trends wie der Klimawandel, der demografische Druck vor dem Hintergrund eines unzureichenden Wirtschaftswachstums, die Verknappung der natürlichen Ressourcen, COVID.19 – die Gefahr von Epidemien, darunter die Krise und ihre Auswirkungen, haben bereits bestehende Spannungen noch verschärft oder auch neue Herausforderungen geschaffen: Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung, Zugang zu Land, Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung sowie massive Migrationsströme“ (Rat der Europäischen Union, 2021, S. 3). Die Auswirkungen des Klimawandels werden in dieser Aussage in einem Atemzug mit Ernährungssicherheit, Landverknappung und Migration genannt, ohne dies aber genau zu spezifizieren. Der Climate-Security Nexus als Begriff kommt in der Strategie selbst nicht vor. Der Begriff Klimawandel taucht erst wieder weiter unten im Dokument auf, wo er noch einmal in den Zusammenhang mit Sicherheit gebracht wird: „Angesichts der unmittelbaren Auswirkungen des Klimawandels auf die Bevölkerung – auch was die Sicherheit anbelangt – wird die EU auch die Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels weiterhin unterstützen“ (Rat der Europäischen Union, 2021, S. 14). An dieser Stelle wäre es hilfreich gewesen, für eine Klärung mit einem Mitarbeitenden der GD INTPA zu sprechen.

Leitet man aus der Sichtweise des integrierten Ansatzes Konsequenzen für die Politik im Sahel ab, würde das bedeuten, dass klimapolitische Maßnahmen und Umweltschutz eine Notwendigkeit sind, um die anhaltende Instabilität und terroristische Gewalt zu bekämpfen. Hier scheint ein wichtiger Aspekt die Herausforderung in der Koordinierung der Politikbereiche Sicherheit und Entwicklung zu sein. Die große Schwierigkeit, das außenpolitische Handeln der EU als einheitlich zu bezeichnen, haben Kempin et al. in einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik am Beispiel der Sahelpolitik aufgezeigt. Während bei der Strategieentwicklung, die zwei wichtigsten außenpolitischen Akteure der EU-Institutionen – die EU-Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) – noch eng zusammenarbeiten, gibt es bei der Umsetzung der Strategie und der Finanzierung überlappende institutionelle Strukturen (Kempin & Scheler, 2016, S. 5–6). Die Autor*innen fassen den Forschungsstand zur Kohärenz des außenpolitischen Handelns der EU zusammen und legen in ihrer Studie den Fokus auf die Untersuchung der inhaltlichen Dimension der Kohärenz, das heißt das Zusammenführen der Sicherheits- und Entwicklungspolitik der EU-Außenpolitik und die institutionelle Dimension der Kohärenz, die die organisierte Zusammenarbeit der EU-Kommission und des EAD in den Blick fasst (Kempin & Scheler, 2016, S. 9). Die Autor*innen kommen zu dem Schluss, dass in der Sahelstrategie inhaltlich eine Kohärenz zwischen den Politikfeldern Sicherheit und Entwicklung besteht, wie sie aus den Zielformulierungen des Dokumentes herausgearbeitet haben. Allerdings, so schreiben Kempin et al., liegt der Fokus der Strategie aus dem Jahr 2011 besonders stark auf dem Thema Sicherheit, wie eine tiefergehende Analyse des Dokuments zeigte. Die Beziehung von Sicherheit und Entwicklung wird zwar als wechselseitig und untrennbar voneinander betont, doch der Grundcharakter der Strategie bleibt von einer sicherheitspolitischen Agenda geprägt. Das lässt sich zum Beispiel daran herauslesen, dass der Fokus auf jenen Ländern liegt, die besonders mit sicherheitspolitischen Problemen zu kämpfen haben. Ebenjene Herausforderungen wurden hauptsächlich in der Strategie adressiert, wohingegen entwicklungspolitische und diplomatische Themen hauptsächlich vage formuliert und am Rand des Textes vorkamen. Das Fazit der Autor*innen war, dass der EAD und die EU-Kommission bei der Entwicklung der Sahelstrategie kooperiert haben, aber sicherheitspolitische Themen die Agenda dominieren (Kempin & Scheler, 2016, S. 14–16).

Einige Wissenschaftler*innen sehen noch keine Wende in der westlichen Sahelpolitik. Raineri schreibt, dass in den Jahren nach 2010 die internationalen Geldgeber für Entwicklungshilfe im Sahel einen stärkeren Fokus auf Sicherheit und Kontrolle der Grenzmigrationsströme in ihren Maßnahmen legten (Raineri, 2020, S. 6–7). Das Sicherheitsverständnis der EU und ihrer Partner unterscheidet sich von dem Sicherheitsbedürfnis der lokalen Bevölkerung in der Sahelregion, wie Osland und Erstad argumentieren. Während die EU und ihre Partner irreguläre Migration und Terrorismus als die größten Sicherheitsrisiken identifizieren, sei das Verständnis der lokalen Bewohner*innen viel komplexer und umfasse sozioökonomische und ökologische Sorgen (Osland & Erstad, 2020, S. 3). Die sozioökonomischen und ökologischen Probleme wurden in den EU-Dokumenten seit 2021 im Zusammenhang mit der Destabilisierung vulnerabler Regionen demnach stärker aufgegriffen.

In diesem Kapitel wurde neben der Klärung, was die EU unter dem Climate-Security Nexus versteht, immer wieder auf die Frage zurückgekommen, was unter dem „integrierten Ansatz“ der Sahelstrategie zu verstehen ist. Unter dem „integrierten Ansatz“ versteht die EU eine neue Herangehensweise in ihrer Sahelpolitik, und zwar in dem Sinne, dass Akteure und Instrumente der Bereiche Sicherheit und Entwicklung miteinander verknüpft werden sollen. Damit sollen Synergien aufgefangen werden und auf die komplexen Realitäten besser reagiert werden. Solch eine komplexe Realität ist der Climate-Security Nexus. Laut den EU-Dokumenten stellt der Klimawandel ein neues Sicherheitsrisiko dar und verschärft bestehende Spannungen in vulnerablen Regionen, wie in der Tschadseeregion. Somit stellt der Climate-Security Nexus in den EU-Dokumenten erstmal ein theoretisches Konzept dar. Ein theoretisches Konzept, das in den Ausführungen zum Forschungsstand über den Climate-Security Nexus noch wenig mit empirischen Beweisen gestützt wird.

Im Sahel fallen klimapolitische Maßnahmen zur Förderung der Resilienz der lokalen Bevölkerung unter Entwicklungspolitik, während die Befriedung von Konflikten und die Stabilisierung der Sicherheitslage dem Bereich der Sicherheitspolitik zugeordnet wird. Aus diesem Grund wird hier angenommen, dass die EU den Climate-Security Nexus auch als Konzept für die Umsetzung von Projekten vor Ort versteht, und zwar im Sinne des „integrierten Ansatzes“: der Verknüpfung sicherheits- und entwicklungspolitischer Maßnahmen. Das nächste Kapitel beginnt daher mit der zweiten Forschungsfrage, ob

und wie sich der Climate-Security Nexus in der Umsetzung der Sahelstrategie 2021 vor Ort zeigt. Trotz der Unklarheiten darüber, wie genau die EU den Nexus zwischen Klimawandel und Sicherheit interpretiert, lässt sich zusammenfassend aber sagen, dass der Nexus ein neues Konzept darstellt, das die Politik im Sahel anleiten soll.

6.2 Wie zeigt sich das Verständnis des Climate-Security Nexus bei der Umsetzung der Strategie? Finanzierung, Akteure und Projekte

Der Climate-Security Nexus in der Sahelstrategie und anderen EU-Dokumenten tritt erstmal als ein theoretisches Konzept hervor. In diesem Kapitel wird untersucht, ob er bei der Umsetzung der Sahelstrategie eine Rolle spielt. Insbesondere wird näher untersucht, inwiefern sich dieses Verständnis auf die Finanzierung, die Zusammenarbeit der Akteure und die Umsetzung der Projekte auswirkt. Das soll die zweite Forschungsfrage, ob und wie zeigt sich das identifizierte Verständnis des Climate-Security Nexus in den relevanten EU-Dokumenten bei der Umsetzung der Strategie, beantworten. Für diese Analyse wurde versucht, den regionalen Fokus auf die Tschadseeregion zu legen, jedoch wird die regionale Linse auf die gesamte Sahelregion zum Vergleich erweitert, weil das empirische Material für den Tschadsee sehr dünn war.

Zuerst wird auf die Finanzierung eingegangen, weil sich so die Umsetzung von Strategien gut messen lassen. Dabei wird immer wieder auf die Forschungsfrage zurückgegriffen, ob der Nexus bei der Finanzierung eine Rolle spielt. Dann wird auf die Akteure eingegangen, die für die Umsetzung der Strategie von Bedeutung sind und auch, inwiefern die Aufgabengebiete Klimawandel und Sicherheit verteilt sind. Zuletzt werden Projekte analysiert, die konkret in der Tschadseeregion umgesetzt wurden und sich mit Klimawandel und Sicherheit befassen.

6.2.1 Finanzierung

Für die EU-Projekte in der Region Tschadsee stehen mehrere Finanzierungsinstrumente zur Verfügung. In diesem Kapitel werden die verschiedenen Finanzierungsinstrumente wie der mehrjährige Finanzrahmen, der Europäische Entwicklungsfonds und der Treuhandfonds für Afrika. Im Januar 2021 trat das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale

Zusammenarbeit in Kraft und vereinte das verästelte Finanzierungsgebilde für die auswärtige EU-Politik unter einem Dach.

Finanzierungsinstrument	Dauer	Budget (in Milliarden Euro)	Hauptzweck
Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR)	Sieben Jahre	1 085,3 (Obergrenze für 2021-2027)	Festlegung der finanziellen Ressourcen für politische Prioritäten der EU, Haushaltsplanung, -umsetzung, Bestimmung des EU-Haushalts für verschiedene Politikbereiche.
Europäischer Entwicklungsfonds (EEF)	Nicht spezifiziert	3,9 (2014-2020)	Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit mit AKP-Staaten, Teil des EU-Haushalts, nicht Teil des MFR.
EU-Treuhandfonds für Afrika (EUTF)	Bis 2021 (verlängert)	4,5 (nach 2020)	Ursprünglich Notfallinstrument, erweitert für Migrationspolitik, Projekte in Afrika, hauptsächlich wirtschaftliche Förderung, Resilienzaufbau, Migrationsmanagement.
Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI)	2021-2027	79,5	Als Teil des MFRs vereint es verschiedene Finanzierungsinstrumente, ersetzt EEF und ENI, fördert EU-Außenpolitik, Zusammenarbeit in Entwicklung, wirtschaftliche Kooperation, humanitäre Hilfe.

Abbildung 2: Überblick über die Finanzierung (eigene Darstellung)

Mehrjähriger Finanzrahmen

Der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) wird für sieben Jahre festgelegt und bestimmt die Verteilung der finanziellen Ressourcen für die politischen Prioritäten der Europäischen Union. Damit wird die Grundlage für die Haushaltsplanung und -umsetzung der EU für die jeweils festgelegte Periode geschaffen. Darin wird auch der EU-Haushalt bestimmt und die Höhe der Mittel für die verschiedenen Politikbereiche, zum Beispiel für das Budget für die Entwicklungszusammenarbeit. Der MFR unterscheidet sich zum Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) darin, dass er nicht nur die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bestimmt, sondern auch alle anderen Politikbereiche und Programme der EU, wie etwa Forschung, Landwirtschaft usw. abdeckt. Dazu gehört auch die Finanzierung von Projekten zur Bekämpfung des Klimawandels. Der EEF, der einen Großteil der europäischen Entwicklungszusammenarbeit finanziert, spielt innerhalb des MFR insofern eine Rolle, weil, wie oben erwähnt, der MFR die allgemeinen finanziellen Rahmenbedingungen

festlegt, die auch die Handlungsmöglichkeiten des EEF bestimmen. Allerdings können sich die genauen Finanzierungsinstrumente und -mechanismen voneinander unterscheiden (Delasnerie, 2023).

Europäischer Entwicklungsfonds

Die europäische Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern in Afrika, im Karibischen Raum und Pazifischen Ozean (AKP-Staaten) wird hauptsächlich über das Instrument des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) finanziert. Der EEF ist Bestandteil des EU-Haushalts, gehört aber nicht zum mehrjährigen Finanzrahmen, da er über eine eigene Rechtsgrundlage und finanzielles Gerüst verfügt, das nicht mit dem des MFR zusammenhängt. Das Budget des elften Europäischen Entwicklungsfonds betrug für den Zeitraum von 2014 – 2020 3,9 Milliarden Euro an bilateralen Zuwendungen für die Staaten der Sahelzone. Dazu kommen noch andere Mittel, die von der Europäischen Kommission bereitgestellt werden (Kempin & Scheler, 2016, S. 11).

EU-Treuhandfonds für Afrika

Der EU-Treuhandfonds für Afrika (EUTF) wurde ursprünglich als Notfallinstrument der europäischen Außenpolitik für humanitäre Hilfe in Afrika geschaffen. Als durch den Krieg in Syrien 2011 und insbesondere 2015 die Zahl der Geflüchteten in Europa anstieg, wurden im selben Jahr auf einem Gipfeltreffen europäischer und afrikanischer Regierungschef auf Malta die Ziele des EUTF im Sinne der Migrationspolitik festgelegt und der Fonds auf 26 afrikanische Länder nach und nach ausgeweitet. In dem in diesem Zuge verfassten Valletta-Aktionsplans wurden folgende Punkte festgelegt: Wirtschaftliche Förderung und Beschäftigungsmaßnahmen, Resilienz-Aufbau von Gemeinden, Geflüchteten und vulnerablen Gruppen, verbessertes Migrationsmanagement und verbesserte Regierungsführung und Konfliktprävention (Kipp, 2018, S. 11).

Die Projekte werden im Rahmen der operativen Ausschüsse der Regionalfenster, eines davon ist das Regionalfenster Sahel und Tschadsee, bewilligt. Der EUTF war bis 2020 mit vier Milliarden Euro dotiert, wovon der größte Anteil in Höhe von 1,5 Milliarden Euro für die Region Sahel und Tschadsee vorgesehen war. Die Mittel für den EUTF werden zu 90 Prozent und mit einem Betrag von 3,5 Milliarden Euro von der Europäischen Kommission bereitgestellt und speisen sich aus dem Europäischen

Entwicklungsfonds (EEF) mit einem Anteil von 2,8 Milliarden Euro und aus der Umwidmung von regulären Mitteln. Die restlichen zehn Prozent finanzieren die Mitgliedsstaaten (Kipp, 2018, S. 12). Die Mittel für den EUTF wurden nach 2020 auf 4,5 Milliarden Euro sogar noch erhöht. Auch der Anteil, der für Projekte in der Region Sahel und Tschadsee vergeben wurde, wuchs von 1,5 Milliarden Euro auf 1,953 Milliarden Euro an (Bøås, 2021, S. 58).

Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit

Im Jahr 2021 rief die EU das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt⁸ (NDICI) ins Leben. Die Absicht dahinter war, die verästelten Finanzierungsinstrumente der EU unter einem Dach zu vereinen. Für die Periode 2021 bis 2027 wurde das Instrument mit 79,5 Milliarden Euro dotiert. Das NDICI ersetzt mehrere frühere Instrumente, darunter der Europäische Entwicklungsfonds (EEF) und das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENI), und bündelt die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und internationale Kooperation in einer einzigen Struktur. Abgesehen von ein paar Ausnahmen deckt das Instrument die Zusammenarbeit mit allen Drittstaaten ab. Das NDICI zielt darauf ab, die EU-Außenpolitik zu unterstützen und die Zusammenarbeit der EU mit ihren Nachbarn, insbesondere in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, wirtschaftliche Zusammenarbeit, politischer Dialog und Krisenbewältigung, zu fördern. Es konzentriert sich auf Regionen in Afrika, der Karibik und im Pazifik (AKP-Staaten), die Nachbarschaft der EU im Osten und Süden, und es umfasst auch Mittel für humanitäre Hilfe (*Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI – Global Europe)*, 2023) (Europäische Kommission, o. J.). Das NDICI/Europa in der Welt hat drei zentrale Säulen:

⁸ englisch: Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument, NDICI – Global Europe

Mittelzuweisungen für die Drei-Säulen-Struktur von NDICI/Europa in der Welt	
Geografische Programme	9 343,6
Thematische Programme	1 019,4
Krisenreaktionsmaßnahmen	484,4
Flexibilitätspolster für neue Herausforderungen und Prioritäten	1 538,3

Abbildung 3: Mittelzuweisungen für die Drei-Säulen-Struktur von NDICI (Angaben in Millionen Euro). Quelle: Europäisches Parlament (Hergaden, 2023)

Die erste Säule umfasst die geografischen Programme, darunter das Programm für Subsahara-Afrika, in denen die Themenschwerpunkte wie gute Regierungsführung, Armutsbeseitigung, Migration, Umwelt und Klimawandel, Wachstum und Beschäftigung oder Sicherheit und Frieden finanziert werden. Diese Säule ist mit dem größten Anteil der Mittel aus NDICI/Europa in der Welt dotiert und beläuft sich auf 9343,6 Millionen Euro. Die zweite Säule hat eine thematische Komponente mit Programmen, die weltweit die Bereiche Menschenrechte und Demokratie, Organisationen der Zivilgesellschaft, Stabilität und Frieden sowie globale Herausforderungen fördert. Die dritte Säule sind die Krisenreaktionsmaßnahmen, die schnell eingesetzt werden können zur Krisenbewältigung, Konfliktverhütung und Friedenskonsolidierung. Auf der Seite des Europäischen Parlaments heißt es, dass diese zum Beispiel eingesetzt werden, um humanitäre und entwicklungspolitische Maßnahmen zu verknüpfen oder auch die Resilienz der von Krisen betroffenen Länder zu stärken (Hergaden, 2023). Aus den Ausführungen zur Struktur des Instruments wird erkennbar, dass zum Beispiel unter den geografischen Programmen die Themen Sicherheit und Klimawandel unter einem Rahmen vereint wurden. Ob sich das auf der Projektebene widerspiegelt, ist daraus nicht ersichtlich, aber es ist ein weiterer Schritt der EU die Bereiche Sicherheit und Entwicklung aneinander heranzuführen. Auf der institutionellen Ebene setzte die EU eine stärkere Kohärenz der Politikbereiche Entwicklung und Sicherheit seit 2005 – lange vor der integrierten Sahelstrategie 2021 – auf ihre Agenda (Hergaden, 2023). Die angestrebte Kohärenz schien sich nur sehr langsam und wenig erfolgreich durchzusetzen. Aus einer Studie aus dem Jahr 2016 haben Kempin und Scheler in Hinblick auf den Nexus von Sicherheit und Entwicklung in den Budgets für die Sahelzone drei Schlussfolgerungen ausgemacht:

Erstens, des außenpolitischen Budgets der EU werden von entwicklungspolitischen Zielsetzungen dominiert. Zweitens, es gibt eine getrennte Finanzierung von

Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik, was konträr zum ganzheitlichen Ansatz in den Regionalstrategien steht. Auch innerhalb der beiden Politikfelder Sicherheit und Entwicklung mangle es an Koordinierung, was zu Doppelstrukturen führe. Zum Beispiel gebe es eine gleiche Zielsetzung von EEF und MFR. Drittens, die Kommission nimmt eine dominante Rolle ein. Der EAD ist nur in der Planung der Finanzinstrumente gleichrangig, in der Umsetzung hat er keine eigenen finanziellen Mittel. Das Fazit der Autor*innen ist, dass es keine Kohärenz in der Organisation und Umsetzung der Budgets sowohl inhaltlich (Verknüpfung von Sicherheit und Entwicklung) als auch institutionell gebe (Kempin & Scheler, 2016, S. 20–21).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Bewegung in die finanzielle Struktur der europäischen Entwicklungspolitik gekommen ist. Das NDICI/Europa in der Welt ersetzt erst 2021 bestehende Instrumente, daher bleibt noch abzuwarten, inwiefern diese institutionellen Veränderungen die Umsetzung der Projekte beeinflussen. Im nächsten Kapitel werden die Akteure genauer untersucht, die für die Politikbereiche Klimawandel und Sicherheit in der Sahel-/Tschadseeregion zuständig sind.

6.2.2 Akteure

In diesem Kapitel werden die für diese Arbeit wichtigsten Akteure für die Umsetzung der Sahelstrategie in der Tschadseeregion genauer beleuchtet. Das ist der Dienst für außenpolitische Instrumente, die Generaldirektionen und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH.

Foreign Policy Instruments

Foreign Policy Instruments (FPI), auf Deutsch Dienst für außenpolitische Instrumente, ist für die finanziellen und operativen Aspekte der EU-Außenpolitik zuständig und eine Behörde der EU-Kommission. Sie wird vom Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik geleitet. In der Kommission von der Leyen obliegt diese Aufgabe Josep Borrell. Unter die Tätigkeitsbereiche der FPI fallen unter anderem die Krisenbewältigung und die Sicherung von Frieden und Sicherheit (Europäische Kommission, o. J.). Ein Dokument, das vom Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik unterzeichnet wurde, gibt einige Erkenntnisse über die Handhabung des Climate-Security Nexus in der Umsetzung der EU-Außenpolitik. In dem im Jahr

2023 erschienene Bericht an das Parlament steht, dass der „Klimawandel seit 2008 als Bedrohungsmultiplikator bekämpft wird und seit 2020 auch im Zusammenhang mit dem Krisenmanagement der EU und der europäischen Verteidigungspolitik.“ Einige Sätze weiter wird der Climate-Security Nexus dann auch genau definiert: „Der Begriff „Klima-Sicherheits-Nexus“ bezieht sich auf die Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltzerstörung, einschließlich des Verlusts der biologischen Vielfalt und der Umweltverschmutzung, auf Frieden, Sicherheit und Verteidigung“ (Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, 2023, S. 1). Diese Aussagen deuten darauf hin, dass die Union den Klimawandel nicht nur als einen Multiplikator für Krisen, sondern auch als eine direkte Ursache für Krisen sieht und daher ihre Politik 2020 im Sinne des integrierten Ansatzes änderte. Für die Praxis, laut Dokument, „muss die EU den Zusammenhang zwischen Klima, Frieden und Sicherheit stärker in ihr auswärtiges Handeln, einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), der internationalen Zusammenarbeit und internationaler Partnerschaften, integrieren“ (Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, 2023, S. 4). Denn: „Die verschiedenen EU-Initiativen, deren Bandbreite von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel bis hin zu Konfliktverhütung, Krisenmanagement und humanitären Maßnahmen reicht, sind am wirksamsten, wenn im Einklang mit dem integrierten Ansatz der EU für möglichst große Synergien und Komplementaritäten gesorgt wird“ (Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, 2023, S. 10). Damit bestätigt sich auch die im Kapitel zur Sahelstrategie postulierte Annahme, dass der Climate-Security Nexus nicht nur als ein theoretisches Konzept verstanden wird, sondern auch als Anleitung für die Umsetzung der EU-Politik. In der folgenden Abbildung ist erkennbar, dass bisher getrennt gedachte Bereiche wie Konfliktverhütung und Entwicklungszusammenarbeit nun aufeinander abgestimmt umgesetzt werden sollen.

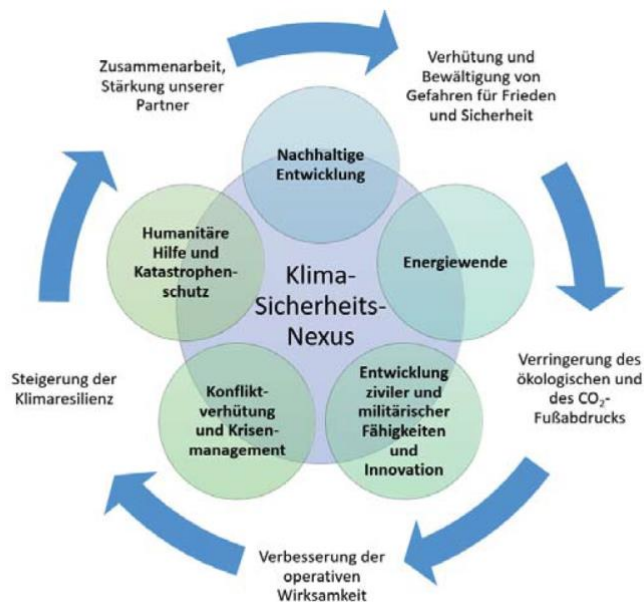


Abbildung 4: Der Climate-Security Nexus als Konzept für die EU-Politik (Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, 2023, S. 4)

Konkret bedeute das, dass der Climate-Security Nexus von der politischen Planung bis zur Umsetzung der EU-Außenpolitik operationalisiert werden soll (Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, 2023, S. 5). Zum Beispiel sollen jährliche Trendanalysen erstellt werden, auf Basis einer neu eingerichteten Daten- und Analyseplattform für Umwelt, Klima und Sicherheit, um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit zu messen. So sollen politische Entscheidungen evidenzbasierter getroffen werden (Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, 2023, S. 6). Die Maßnahme, mehr Geld in die Forschung zum Climate-Security Nexus zu stecken, scheint auch eine Reaktion auf die Kritik aus wissenschaftlichen Kreisen zu sein, in denen die dünnen empirischen Belege für den Nexus bemängelt wurden.

Generaldirektionen

Unter der Juncker-Kommission 2014-2019 gab es drei Generaldirektionen (GD), die sich mit Politik in der Sahelregion befassten (Kempin & Scheler, 2016, S. 22): Erstens, in der Generaldirektion Handel (GD Handel) Abteilung D (Nachhaltige Entwicklung, Wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen mit AKP-Staaten, Agrar- und Ernährungssektor und Fischereien) koordinierte man die Handelspolitik der EU mit den afrikanischen Staaten. Die AKP-Staaten umfassen mit der EU assoziierte Entwicklungsländer aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik. Zweitens, in der

Generaldirektion Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (GD DEVCO) war das Referat E2 (Entwicklungskoordinierung und Regionale Kooperation Westafrika) zuständig für die Entwicklungszusammenarbeit in der Region. Die GD DEVCO verwaltete auch den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) (Kipp, 2018, S. 12–13). Drittens, in der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (GD ECHO) arbeitete das Referat B3 (West- und Zentralafrika) zu Maßnahmen in der Sahelregion.

Unter der Kommission von Ursula von der Leyen, die seit 2019 und bis 2024 amtiert, behielten die GD Handel und GD ECHO ihre Namen bei, wohingegen die GD DEVCO seit 2021 in die Generaldirektion Internationale Partnerschaften (GD INTPA) umbenannt und umstrukturiert wurde. In der GD INTPA gibt es die Abteilung für Afrika INTPA.A in dem das Referat INTPA.A.3 für Westafrika zuständig ist. Parallel dazu werden in der INTPA noch Länderschwerpunkte gesetzt, und bei Delegationen sogenannte Heads of Units entsendet, wobei unter INTPA.A eine Person für die Kooperation mit Niger entsendet wird. INTPA.A.2 Regional and Multi-Country Programmes for Africa könnte ebenfalls relevant sein. Unter INTPA.F Green Deal, Digital Agenda gibt es drei Referate, die sich mit dem Klimawandel und der Umwelt beschäftigen, wobei nicht klar ist, ob diese auch Zuständigkeitsbereiche für die Region Tschadsee haben. Das wären einmal INTPA.F.1 Climate Change and Sustainable Energy, Nuclear Safety; INTPA.F.2 Environment, Sustainable Natural Resources und INTPA.F.3 Sustainable Agri-Food Systems and Fisheries. Ebenfalls relevant könnten auch die Referate INTPA.G.5 Resilience, Peace, Security und INTPA.G.6 Migration and Forced Displacement unter der Abteilung INTPA.G Human Development, Migration, Governance and Peace sein (European Commission, 2023).

Die GD INTPA ist die EU-Behörde, die hauptsächlich für die Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist. Auf ihrer Internetseite gibt es ein Organigramm der Behörde, worüber die zuständigen für die Sahelzone Abteilungen und Referate ausfindig gemacht werden konnten. Außerdem hat die GD INTPA auf ihrer Internetseite mehrere Dokumente und Strategiepapiere veröffentlicht, die im Rahmen dieser Masterarbeit nach den Schlagwörtern Klimawandel, Subsahara, Westafrika, Sahel und Nexus untersucht wurden.

Im Strategischen Plan 2020 – 2024 der Generaldirektion wurden die strategischen Ziele in sieben Themenfelder aufgeteilt und mit den Sustainable Development Goals (SDGs) verknüpft. Dabei nimmt die Bekämpfung des Klimawandels einen hohen Stellenwert ein, was sich zum Beispiel aus der Rangordnung, als Thema Nummer Zwei, ableiten lässt. Das Thema Nummer Zwei „Klimawandel, Umwelt und Energie“ im Strategischen Plan 2020 – 2024 wurde in vier spezifische Ziele (Ziele fünf bis acht) gegossen, die kurz erwähnt werden, weil sie zentral für die Entwicklungszusammenarbeit mit den Partnerländern sind:

Das „Ziel Nummer Fünf“ nimmt die Partnerländer und ihre Resilienz gegenüber dem Klimawandel und der Reduzierung ihrer Treibhausgase in den Blick. Das „Ziel Nummer Sechs“ dreht sich um die Konservierung, Restaurierung und das nachhaltige Management von Rohstoffen und Ökosystemen und der Verhinderung des Verlusts von Biodiversität und illegalem Wildtierhandel. Das „Ziel Nummer Sieben“ steht für die Mobilisierung einer Partnerschaft für eine globale Transformation hin zu Erneuerbaren Energien. Das „Ziel Nummer Acht“ fördert die Partnerländer in ihrer Transformation hin zu einem grünen und zirkulären Wirtschaftssystem. Die „Ziele Nummer Fünf bis Acht“ verweisen auf die SDGs Zwei, Sechs, Sieben, Acht Elf, Zwölf, 13, 14, 15 (European Commission, 2020, S. 12–13). Das Feld der Klimapolitik spielt in der Arbeit der INTPA somit eine große Rolle.

An anderer Stelle im Strategischen Plan 2020 – 2024 wird die Fluchtursachenbekämpfung erwähnt. Auf einer engen partnerschaftlichen Ebene solle die Entwicklungszusammenarbeit die Wurzeln für Migration adressieren und generell das Migrationsmanagement verbessern (European Commission, 2020, S. 29). Für die Fluchtursachenbekämpfung von irregulärer Migration und gewaltsamer Vertreibung stehe vor allem das Instrument des EUTF (European Commission, 2020, S. 30).

Obwohl zum Thema Klimawandel viele Ziele formuliert wurden, wird in dem Dokument aber nicht auf den Climate-Security Nexus eingegangen. Dieser taucht dagegen in dem Dokument NDICI – Global Europe – Thematic Programme on Peace, Stability and Conflict Prevention 2021 – 2027 auf. Der Begriff des Nexus im Zusammenhang mit der Sahelregion kommt in dem Dokument explizit vor. Dort steht geschrieben, dass „die GD INTPA in der Sahelzone weiterhin einen integrierten Ansatz verfolgen wird,

der die verschiedenen Zusammenhänge (Sicherheit, Entwicklung, humanitäre Hilfe, Klima) berücksichtigt“⁹ (European Commission, 2022, S. 24). Der integrierte Ansatz, der der Sahelstrategie zugrunde liegt, wird hier nochmals erwähnt und auch, dass der Klimawandel nun als zentraler Bestandteil in den Nexus Einzug hielt. Was das für die Umsetzung der EU-Politik zu bedeuten hat, wird an anderer Stelle noch etwas deutlicher. Dort wird auf das thematische Programm „Frieden, Stabilität und Konfliktprävention“ des NDICI eingegangen, das sich auf zwei Schwerpunktbereiche stützt. Der erste Schwerpunktbereich dreht sich um die vier Ziele der Konfliktprävention, Krisenvorsorge und -bewältigung sowie Friedenskonsolidierung – alles klassische Ziele der Sicherheitspolitik.

Zweitens, sollen parallel zu diesen Zielen neue Bedrohungen in den Fokus der Arbeit unter diesem Programm rücken. Dazu zählen zum Beispiel gewalttätiger Extremismus, organisierte Kriminalität, illegaler Handel, Bedrohungen kritischer Infrastrukturen, Klimawandel, Pandemien, chemische, biologische, radiologische und nukleare Risiken. In dem Dokument wird hervorgehoben, dass die oberen vier Ziele mit den neuen Bedrohungen verknüpft sind. Länder, die von gewaltsamen Konflikten und Krisen betroffen sind, haben eine höhere Anfälligkeit für gewalttätigen Extremismus, organisierte Kriminalität und illegalen Handel. Im nächsten Schritt wird die Wechselwirkung erwähnt zwischen globalen und neu auftretenden Bedrohungen und dem Risiko von Instabilität und gewaltsamen Konflikten. Daher sollen in diesem Programm die Synergien zwischen den oben genannten „Zielen Nummer Fünf bis Acht“ und den neuartigen Bedrohungen genutzt werden. In der Praxis heißt das, dass die Wirkung und Kohärenz der Maßnahmen der beiden Schwerpunktbereichen maximiert werden sollen und diese sich, wenn möglich, auf Konfliktanalysen stützen sollen (European Commission, 2020, S. 31–32). Wie die EU den Climate-Security Nexus versteht, ist hier eindeutig herauszulesen. Der Klimawandel als neues Sicherheitsrisiko und seine Wechselwirkung sowie seine Multiplikatorfunktion mit anderen Sicherheitsrisiken werden hier für die Zielsetzung der EU-Politik als essenziell hervorgehoben.

⁹Übersetzt aus dem Englischen: “In the Sahel, DG INTPA will continue to apply an integrated approach, addressing the various nexuses at play (security-development-humanitarian-climate).”

GIZ

In der Umsetzung konkreter Projekte in der Tschadseeregion tritt vor allem die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH hervor, die im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), aber auch im Auftrag der GD INTPA handelt. Die GIZ setzte das FREXUS-Projekt in der Tschadseeregion um, das über das Foreign Policy Instrument (FPI) der EU finanziert wurde.

6.2.3 Programme und Projekte

Die EU unterstützt mehrere Projekte in Entwicklungsländern im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Folgende Maßnahmen betreffen die Region Tschadsee insbesondere: Im Rahmen der Global Climate Change Alliance (GCCA) fließen EU-Gelder in verschiedene Programme, die Entwicklungsländer unterstützen soll, Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zu ergreifen. Das sind sogenannte Climate-Change-Adaptation Projekte. Dazu gehören auch Projekte in den Ländern der Tschadseeregion. Der Fokus dieser Maßnahmen liegt auf der Stärkung der Resilienz der lokalen Bevölkerung im Umgang mit den Folgen des Klimawandels.

Dann gibt es Projekte, die die Wiederherstellung des Tschadsees unterstützen sollen. Die EU-Gelder sollen gezielt dafür eingesetzt werden, um die Schrumpfung des Tschadsees aufzuhalten beziehungsweise den See wiederherzustellen. Einerseits soll die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung verbessert werden und andererseits ein besonderer Schwerpunkt auf den Umweltschutz gelegt werden, um die Lage zu stabilisieren. Diese Maßnahmen geschehen auch in Hinblick auf die terroristische Gewalt in der Region. Das unzugängliche Gebiet der Tschadseeregion ist ein Rückzugsort für Terroristen.

Zuletzt fördert die EU erneuerbare Energien durch Entwicklungsprojekte in den AKP-Staaten. Die Barrieren zum Einsatz von erneuerbaren Energien sollen abgebaut und der Ausstoß von Treibhausgasen soll reduziert werden. Bei der Recherche für Projekte in der Tschadseeregion wurden Projekte dieser Art aber nicht gefunden. Die ländliche Bevölkerung, die um den Tschadsee siedelt, betreibt Subsistenzwirtschaft, etwa Fischfang oder halbnomadische Viehwirtschaft. Erneuerbare Energien spielen hier

erstmal nur eine zweitrangige Sorge, während Wassermanagement oder nachhaltige landwirtschaftliche Methoden eine höhere Priorität haben. Die Effekte, die durch solche Projekte erhofft werden, sind nicht nur die Steigerung der Resilienz der Bevölkerung gegenüber dem Klimawandel, sondern auch eine gesteigerte Produktivität im Agrarsektor.

Global Climate Change Alliance

Die Global Climate Change Alliance (GCCA) ist eine von der Europäischen Kommission ins Leben gerufene Initiative, die darauf abzielt, Entwicklungsländer bei der Bewältigung des Klimawandels zu unterstützen. Konkret wird sie eingesetzt, um Maßnahmen zur Förderung des Klimaschutzes und der Anpassung zu unterstützen, mit dem Ziel, die Widerstandsfähigkeit gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu erhöhen. Diese Maßnahmen umfassen die Förderung erneuerbarer Energien, die Verbesserung der Wasserressourcen und -bewirtschaftung, die Unterstützung nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken und die Stärkung von Frühwarnsystemen für Naturkatastrophen. Die GCCA fällt in den Zuständigkeitsbereich der GD INTPA (*Global Climate Change Alliance*, o. J.).

Ein solches Projekt, das Teil des Programms GCCA+ ist, ist das Projekt „Stärkung der Klimamanagement und -resilienz im Tschad“¹¹. Auf der offiziellen Projektseite der EU-Kommission steht, dass das Projekt darauf abzielt, klimaintelligente landwirtschaftliche Systeme einzurichten, neue und erneuerbare Energien zu fördern und den regulatorischen Rahmen sowie steuerliche und finanzielle Anreize für privatwirtschaftliche Investitionen in erneuerbare Energien zu schaffen. Das Projekt, das mit vier Millionen Euro dotiert ist, läuft von 2020 bis 2024 und wird vom französischen Ministerium für Umwelt, Fischerei und nachhaltige Entwicklung (MEPDD) umgesetzt (European Commission, o. J.-c).

¹¹ Übersetzt aus dem Französischen: Renforcement de la gouvernance et de la résilience climatiques au Tchad

Name	Stärkung des Klimamanagements und -resilienz im Tschad
Dauer	2020 bis 2024
Zuschuss	4 Millionen Euro
Ziel	„Stärkung des Klimamanagement und -resilienz im Tschad.“
Wo	Tschad
Im Auftrag von	GD INTPA
Durchgeführt von	Ministère de l'Environnement, de la Pêche et du Développement Durable (MEPDD)

Abbildung 5: EU-Projekt „Stärkung des Klimamanagements und -resilienz im Tschad“

Von den auf der Internetseite der Kommission entnommenen Projektdetails wird schnell deutlich, dass das Projekt ein reines Klima-Adaptionsprojekt ist. Der Climate-Security Nexus kommt hier in der Projektbeschreibung nicht vor.

Development Smart Innovation through Research in Agriculture

Eine weitere Initiative im Aufgabenbereich der GD INTPA ist die Development Smart Innovation through Research in Agriculture Initiative (DeSIRA). Darunter laufen Forschungs- und Innovationsprojekte, darunter auch das FREXUS-Projekt. Die Initiative zielt drauf ab, landwirtschaftliche Verfahren an den Klimawandel anzupassen, Agrarökologie zu fördern und Kleinbauern zu unterstützen. Damit soll die Entwicklung der Landwirtschaft, vor allem in den Entwicklungsländern Afrikas, beschleunigt werden, indem die Projekte sich auf Forschungsergebnisse stützen. Das heißt, die Umsetzung der Projekte geht Hand in Hand mit einer starken Einbindung wissenschaftlicher Forschung (One Planet Summit, o. J.).

Ein Projekt der DeSIRA-Initiative ist das FREXUS-Projekt. Das mit fünf Millionen Euro von der GD INTPA und dem BMZ geförderte Projekt läuft seit 2019 und wurde bis 2023 verlängert. Implementiert wird das Projekt von der GIZ und konzentriert sich auf die drei Länder Mali, Niger und Tschad, und zwar in jenen Regionen, die wirtschaftlich vom Nigerdelta und dem Tschadsee abhängig sind. Auf der Website der Sahel Alliance, wo FREXUS vorgestellt wird, heißt es, dass ein „integrierter und integrativer

Ansatz für das Ressourcen-Management, insbesondere in Gebieten mit bestehenden und neuen Konflikten“ angewendet werden soll (Alliance Sahel, 2021). Auf der Internetseite der Europäischen Kommission steht in der Projektbeschreibung außerdem, dass „Konflikte um natürliche Ressourcen eine bedeutende Rolle bei der Verschlechterung der Sicherheitslage in der Sahelzone spielen und ihr mangelnder Zugang eine große Einschränkung für die nachhaltige Entwicklung darstellt. In dieser Region erhöht der Klimawandel den Stress und einige Risiken, wie die geringe Verfügbarkeit von Wasser für Nutzpflanzen und Tiere, sind nachweislich eine Quelle von Konflikten“¹² (European Commission, o. J.-e).

Name	FREXUS-Projekt
Dauer	2019 bis 2023
Zuschuss	5 Millionen Euro (davon 4 EU-Gelder)
Ziel	„Verbesserung der Klimasicherheit und der Widerstandsfähigkeit in einer fragilen Umwelt durch den Water-Energy-Food Security Nexus“.
Wo	Mali, Niger, Tschad
Im Auftrag von	GD INTPA, BMZ
Durchgeführt von	GIZ

Abbildung 6: EU-Projekt „FREXUS“

FREXUS zielt darauf ab, eine transparente Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und einen gerechten Zugang zu diesen zu fördern, gerade in den Gebieten, die von Konflikten belastet sind. Langfristig sollen konkrete Maßnahmen vor Ort durchgeführt werden. Als Beispiel für eine solche Maßnahme wird die Einrichtung gemeinsam genutzter Wasserstellen in Weidegebieten genannt. Die theoretische Annahme, die dem Projekt zugrunde liegt, ist der Water-Energy-Food Security Nexus (WESN). Es wird angenommen, dass Knappheit und Wettbewerb um die natürlichen Ressourcen sich direkt auf Konflikte und Instabilität auswirken und so ein Teufelskreis

¹² Übersetzt aus dem Französischem: Les conflits autour des ressources naturelles jouent un rôle significatif dans la détérioration de la situation sécuritaire au Sahel et leur manque d'accès constitue une contrainte majeure pour le développement durable. Dans cette région, le changement climatique accroît le stress et certains risques, comme la faible disponibilité en eau pour les cultures et les animaux, est une source avérée de conflits.

entsteht. Auf Basis dieses Konzepts wurde ein Prognoseinstrument entwickelt, das mehrere Indikatoren kombiniert, „die im Allgemeinen bestimmen, ob Herausforderungen in den Bereichen Wasser, Energie und Ernährungssicherheit zu Konflikten führen“. Konkret bedeutet das, dass alle Quellen zur Nahrungsmittel-, Energie- und Wassersicherheit berücksichtigt werden und die Planung ganzheitlich erfolgen soll, wie die Bedürfnisse der Menschen und des Naturschutzes am effizientesten erfüllt werden können. Damit sollen übergreifende negative Wirkungen zwischen den verschiedenen Bereichen vermieden und die Effizienz der Nutzung natürlicher Ressourcen verbessert werden (nexus, o. J.). Die Zusammenarbeit vor Ort soll gemeinsam mit den lokalen Interessengruppen erfolgen. Auf der regionalen Ebene sind das zum Beispiel der Niger River Basin Authority (NBA) und die Lake Chad Basin Commission (LCBC). Auf der nationalen Ebene werden als Partner die nationalen Anlaufstellen, Ministerien und Universitäten genannt. In den Pilotgebieten, von denen es in jedem Land eines gibt, sollen zudem alle relevanten lokalen Akteure miteinbezogen werden. Das sind die lokalen und traditionellen Behörden, die Zivilgesellschaft und Vertreter der Stakeholder (nexus, o. J.) (Alliance Sahel, 2021).

Um die Frage besser beantworten zu können, wie der Climate-Security Nexus sich auf die Umsetzung vor Ort niederschlägt, wurde ein Expert*inneninterview mit einem ehemaligen Projektmanager von FREXUS durchgeführt. Die befragte Person hat einen akademischen Hintergrund in Klimawandel und Ressourcen-Management und hat als Ortskraft jahrelange Erfahrung in der Umsetzung von Projekten in der Sahelzone, die von internationalen Geldgebern finanziert werden. Das Interview fand über Zoom in englischer Sprache statt und hatte eine Dauer von 45 Minuten, davon wurden 30 Minuten aufgenommen und später transkribiert. Die wichtigsten Erkenntnisse, die aus der Befragung gezogen werden konnten, waren folgendermaßen:

Erstens, unter dem Climate-Security Nexus wird ein Konzept des doppelten Ansatzes verstanden. Das heißt, das Projekt wird so entworfen, dass mithilfe eines partizipatorischen Ansatzes erst ein Prozess der Konfliktprävention und Friedenssicherung gestartet wird. Das erfolgt durch einen konstanten Dialog mit allen beteiligten Personen, um herauszufinden, welche Konfliktfaktoren vorhanden sind. Nach diesem Prozess beginnen konkrete Maßnahmen, um die Klimawandelresilienz

zu stärken. Da das Projekt in drei verschiedenen Regionen, Mali, Niger und Tschad, durchgeführt wurde, konnten Schlussfolgerungen zu dem Erfolg des Projekts gezogen werden. In Mali hatte das Projekt am wenigsten Erfolg, weil der Sicherheitskontext im Vergleich zu den anderen Ländern am schlechtesten war. In Niger und Tschad, wo die Gewalt latent und nur sporadisch war, hatte man gute Erfolge erzielt. Unter dem Climate-Security Nexus wird also – zumindest auf der Projektebene – kein direkter Link zwischen Klimawandel und Konflikt hergestellt. Vielmehr geht es darum, die komplexen Realitäten in der Tschadsee-region besser in der Projektumsetzung gerecht zu werden. Da 80 Prozent der Tschadsee-Bewohner*innen von der Landwirtschaft abhängen, als Viehhirt*innen oder Ackerbauer*innen, treffen Dürren und Fluktuationen in den Regenfällen diese Menschen direkt in ihrer Existenzsicherung. Das wiederum würde zu Instabilität und Konflikten führen.

Die zweite wichtige Schlussfolgerung ist, dass Projekte, die den Climate-Security-Ansatz verfolgen, eine Seltenheit zu sein scheinen. Die befragte Person sagte, dass die meisten Projekte aufgrund ihres Designs und der Finanzierung entweder auf Konfliktprävention und Peace Building oder auf Klimawandel-Adaption ausgerichtet sind. Die Interviewperson sagte, dass sie auf der Suche nach Partnern für ihr Projekt auf Ablehnung gestoßen ist und ihr Projekt „im Feld als etwas Merkwürdiges angesehen werde, weil sie (Anmerkung: das FREXUS-Team) beide Ansätze verfolge“. Die EU würde viele Projekte im Sahel finanzieren, aber FREXUS sei so etwas wie ein Pilotprojekt gewesen, um Antworten auf wichtige Fragen zu liefern, die die europäischen Partner hatten.

Drittens sei einer der wichtigsten Faktoren für den guten Erfolg von FREXUS die Koordinierung aller Akteure auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gewesen. Häufig würden Projekte der EU und anderer internationaler Partner auf nationaler Ebene entschieden und mit einem fixen Rahmen in die konfliktbelasteten Gebiete getragen. Das hatte dazu geführt, dass das Projekt nicht angenommen wurde oder sogar zu mehr Konflikten geführt habe oder die Lösungen an der Realität vorbeigingen. Mit dem partizipatorischen Ansatz wurde erst auf lokaler Ebene ermittelt, was die Ursachen für die Konflikte waren und dann konkrete Maßnahmen entworfen. Außerdem bildete die regionale Organisation, wie die Lake Chad Basin Commission,

eine herausragende Rolle in der Koordinierung. Alles, was auf der lokalen Ebene passierte, war auf der regionalen Ebene bekannt aufgrund dieser Organisation.

Das FREXUS-Projekt ist das einzige Projekt seit der Sahelstrategie aus 2021, das auf der Internetseite der GD INTPA gefunden wurde, das den Climate-Security Nexus als Konzept für die Umsetzung des Projektes zugrunde gelegt hat. Daher wird in weiterer Folge alle anderen EU-Projekte für einen Vergleich herangezogen, die in Niger, Tschad oder Nigeria entweder Maßnahmen zur Steigerung von Klimaresilienz oder zur Klimawandelanpassung in ihren Beschreibungen beinhalteten. Bei der Recherche in der EU-Projektdatenbank wurde ein starker Fokus auf Niger deutlich.

In dem EU-Projekt, das von 2022 bis 2023 in der Region Tahoua in Niger umgesetzt wird, soll mit einem entwicklungspolitischen Ansatz in dem krisengeprägten Gebiet für Stabilität und Resilienz gesorgt werden. In der Projektbeschreibung wird auf die instabile Sicherheitslage in Niger hingewiesen, und dass zu Binnenvertriebenen innerhalb des Landes aber auch Geflüchteten über Landesgrenzen hinweg führte. Das Projekt konzentriert sich auf die Tahoua-Region, wo hauptsächlich Viehwirtschaft betrieben wird. Das Ziel ist es Wasser, Nahrung und Weideland für die Geflüchteten und die lokale Bevölkerung zu gewährleisten. Hier dienen die entwicklungspolitischen Maßnahmen hauptsächlich zur Konfliktprävention. Obwohl der Climate-Security Nexus nicht explizit in der Projektbeschreibung genannt wird, wird indirekt auf ihn Bezug genommen. Die Verbindung zum Klimawandel, wird hier über den Kampf um knappe Ressourcen geschaffen, die einerseits durch klimabedingte Schocks und andererseits durch den Zustrom von Geflüchteten noch knapper werden. In der Projektbeschreibung heißt es, dass „die Einbeziehung der Aufnahmegemeinschaften und ihres Viehbestands als entscheidend angesehen wurde - der Wettbewerb um knappe Ressourcen wie Wasser und Weideland hatte in der Vergangenheit zu Konflikten zwischen den Aufnahmegemeinschaften und den Flüchtlingen und Binnenvertriebenen geführt. Somit steht dieses Projekt im Mittelpunkt des Humanitarian-Development-Peace Nexus“¹³ (European Commission, o. J.-a). Die Nexus-Terminologie weist an verschiedener Stelle auf den EU-Internetseiten

¹³ Übersetzt aus dem Englischen: The inclusion of host communities and their livestock was seen as critical – competition for scarce resources such as water and pastoral land had in the past led to conflict between host communities and refugees and IDPs. As such, this project sits at the heart of the humanitarian-development-peace nexus.

Variationen auf: Zum Beispiel wird Development-Security durch Development-Peace ersetzt.

Name	Entwicklung der Lebensgrundlagen der von Vertreibung betroffenen Menschen in Tahoua, Niger
Dauer	2022 bis 2023
Zuschuss	2 Millionen Euro
Ziel	„Dieses Projekt zielt darauf ab, das Risiko einer weiteren Vertreibung der von der Vertreibung betroffenen Gemeinden in der Region Tahoua in Niger zu verringern. Die Unterstützung konzentriert sich auf die Entwicklung von Existenzgrundlagen und die Bewältigung von klimabedingten Schocks.“
Wo	Niger
Im Auftrag von	GD INTPA
Durchgeführt von	Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) and ADKOUL

Abbildung 7: EU-Projekt „Entwicklung der Lebensgrundlagen der von Vertreibung betroffenen Menschen in Tahoua, Niger“

Einen ähnlichen Ansatz wie das Projekt in der Tahoua-Region ist das mit zwei Millionen Euro finanzierte Vorhaben, in den Grenzgebieten von Burkina Faso, Mali und Niger entwicklungspolitisch die Konflikte zu entschärfen. Auf der Internetseite der Kommission steht: „In einer Region, die vom Klimawandel betroffen ist, liegt der Schwerpunkt auf einer klimaverträglichen Landwirtschaft und auf der Förderung von Jugendlichen und Frauen“¹⁴ (European Commission, o. J.-d). Auch dieses Projekt ist wie das in der Tahoua-Region nach 2021 umgesetzt worden und beide konzentrieren sich auf Gebiete, die eine hohe Zahl an Geflüchteten aufweisen. Dieses Merkmal unterscheidet die beiden Projekte in Niger von dem oben genannten im Tschad. Eine

¹⁴ Übersetzt aus dem Englischen: In a region impacted by climate change, there is a strong emphasis on climate-smart agriculture and also a particular focus on youth and women.

weitere Gemeinsamkeit sind entwicklungspolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage durch eine klimaresiliente Landwirtschaft.

Name	Den Vertriebenen in den Grenzgebieten von Burkina Faso, Mali und Niger neue Hoffnung geben
Dauer	2021 bis 2024
Zuschuss	2 Millionen Euro
Ziel	„Gefährdete Binnenvertriebene in einer der am stärksten von Vertreibung betroffenen Regionen der Sahelzone zu unterstützen.“
Wo	Burkina Faso, Mali, Niger
Im Auftrag von	GD INTPA
Durchgeführt von	In Niger: Organisation Appui au Développement Local (ADL)

Abbildung 8: EU-Projekt „Den Vertriebenen in den Grenzgebieten von Burkina Faso, Mali und Niger neue Hoffnung geben“

Ein Beispiel für ein Projekt, das vor dem „integrierten“ Ansatz der Sahelstrategie umgesetzt wurde ist das Projekt zur „Regreening“ Afrikas. Als Teil des Great Green Wall-Vorhabens wird durch Wiederaufforstung versucht, Landdegradierung und der Ausbreitung der Sahara entgegenzuwirken. Die große Summe von 24,7 Millionen Euro erscheint dennoch klein, wenn man bedenkt, dass acht verschiedene Länder davon profitieren sollen. „Regreening“ ist ein klassisches Entwicklungsprojekt, das durch Bepflanzung und mit Boden- und Wasserschutztechniken Lebensgrundlagen verbessern möchte (European Commission, o. J.-b). Die Nexus-Terminologie kommt hier weder direkt noch indirekt vor.

Name	„Regreening“ Afrikas: Wiederherstellung von Land und Lebensgrundlagen in der Sahelzone
Dauer	2017 bis 2022
Zuschuss	24,7 Millionen Euro (davon 21,1 EU-Gelder)
Ziel	Unterstützung der Bodenrestoration auf einer Million Hektar
Wo	Mali, Niger, Senegal, Ghana, Äthiopien, Kenia, Somalia, Ruanda
Im Auftrag von	GD INTPA
Durchgeführt von	GIZ, World Agroforestry/ICRAF, World Vision, Oxfam, CARE, SahelEco, Catholic Relief Services

Abbildung 9: EU-Projekt „Regreening“ Afrikas: Wiederherstellung von Land und Lebensgrundlagen in der Sahelzone“

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Climate-Security Nexus als Konzept auf der Projektebene noch kaum umgesetzt wird. Das Pilotprojekt FREXUS ist das einzige EU-Projekt in der Sahelzone, das gefunden wurde, das den Nexus als Basis für den Aufbau und die Umsetzung dient. Das mag vor allem daran liegen, dass die Nexus Terminologie erst richtig ab 2021 und der integrierten Sahelstrategie Einzug gehalten hat in die EU-Politik im Sahel. Die anderen Projekte in Nigeria, Niger und Tschad, die in diesem Kapitel behandelt wurden, benennen klimaresiliente landwirtschaftliche Methoden als notwendig für die Stabilisierung der Sicherheitslage in der Region oder betonen die Vulnerabilität der Region durch klimabedingte Schocks oder behandeln auch den Kampf um knappe Ressourcen zwischen der lokalen Bevölkerung und Binnenvertriebenen und Geflüchteten. Die im Vergleich zu FREXUS vorgestellten Projekte haben zwar einen starken Fokus auf Klimawandel-Adaption in der Landwirtschaft, setzten den Nexus aber nicht um. Zweitens wurde festgestellt, obwohl die Tschadseeregion immer wieder als besonders vulnerabel in den EU-Dokumenten hervorgehoben wurde, dass sich das nicht automatisch in einer stärkeren Zuwendung der EU auf der Projektebene widerspiegelte. Es stellte sich heraus, dass insbesondere Niger, Mali und Burkina Faso Zielländer für die Umsetzung entwicklungspolitischer Projekte sind.

6.3 Gibt es Diskrepanzen zwischen dem Verständnis des Climate-Security Nexus in Strategie und Umsetzung?

In diesem Kapitel wird nun die letzte Forschungsfrage – gibt es Diskrepanzen zwischen dem Verständnis des Climate-Security Nexus in der Strategie und in der Umsetzung? – beantwortet. Dafür werden die Ergebnisse der letzten Kapitel herangezogen und miteinander verglichen. Es entsteht ein Vergleich der Ebenen der Sahelstrategie, der Ebene der Akteure und seiner Zielsetzungen und Erklärungen und der Projektebene und der konkreten Umsetzung vor Ort.

In den Strategiedokumenten der EU zur Sahelzone lässt sich das Verständnis der EU von dem Climate-Security Nexus nicht eindeutig herauslesen. Im Aktionsplan 2015 bis 2020, der als Rahmenkonzept für die Sahelstrategie 2011 entwickelt wurde, taucht die Nexus-Terminologie von Sicherheit und Entwicklung auf. Dabei geht es vor allem um die Erkenntnis, dass beide Politikbereiche koordiniert werden müssen, um bessere Ergebnisse in der Stabilisierung der Lage im Sahel zu erreichen. Der Klimawandel wird im Aktionsplan in diesem Zusammenhang als ein neues Sicherheitsrisiko hervorgehoben, der Fokus des Aktionsplanes lag aber auf Migration und der Bekämpfung von Terrorismus. In den Schlussfolgerungen des Rates zur integrierten Sahelstrategie 2021 gab es in der Strategie eine Veränderung in der Zielsetzung hin zu einem „integrierten“ Ansatz: Die Vorgehensweise der EU im Sahel soll besser synchronisiert werden und Kohärenz in die Sicherheits- und Entwicklungspolitik bringen. Die theoretische Basis lieferte hierfür das Nexus-Konzept, laut dem Wechselwirkungen zwischen Krisenreaktionsmaßnahmen, Entwicklung und Sicherheit bestehen. Der Climate-Security Nexus als Begriff, der sich in diese Terminologie einreicht, erscheint dann erst in den Veröffentlichungen des Foreign Policy Service und der GD INTPA. In diesen Dokumenten wird deutlich, dass der Nexus so verstanden wird, wie es die Wissenschaft bereits herausgearbeitet hat und in dem Kapitel zu den konzeptionellen Überlegungen zusammengefasst wurde: ein Verständnis vom Nexus als kausaler Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit ist erkennbar. In allen untersuchten Dokumenten wird der Klimawandel als ein neues Sicherheitsrisiko hervorgehoben.

Zweitens, wird deutlich, dass das Verständnis des Climate-Security Nexus aber nicht nur theoretischer Natur ist, sondern als ein konkretes Handlungskonzept zur

Zielerfüllung der EU-Entwicklungspolitik weitergeführt wird. Das spiegelt sich einerseits in der Agenda wider, Entwicklungspolitik, worunter in der Tschadseeregion auch klimapolitische Maßnahmen zur Förderung der Resilienz und Adaption fallen, und Sicherheitspolitik zu „integrieren“. Dadurch sollen Synergien zwischen den Politikbereichen eingefangen werden und die EU-Politik im Sahel kohärenter machen. Andererseits soll der Climate-Security Nexus von der Planung, Budgetierung bis zur Umsetzung mitgedacht werden. Dazu passt, dass sich in der Finanzierungsstruktur der Bereiche Sicherheit und Entwicklung seit 2021 einiges verändert hat. Bis 2021 gab es ein sehr verästeltes Finanzkonstrukt der europäischen Außenpolitik, zum Beispiel gab es Doppelstrukturen von EEF und MFR. Mit der Schaffung des NDICI/Europa wurden alle bestehenden Instrumente der europäischen Außenpolitik unter einem Rahmen vereint.

Mit diesen Überlegungen erhält der Climate-Security Nexus noch eine ganz andere Bedeutung als die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Konzept nahelegt. Das eindrucklichste Beispiel bietet das FREXUS-Projekt. Daten werden zum Climate-Security Nexus gesammelt, um fundiertere Entscheidungen treffen zu können, wie das Pilotprojekt FREXUS in der Tschadseeregion antizipierte. In einem Interview mit einem Projektmanager von FREXUS wird deutlich, dass der Climate-Security Nexus nicht als einfacher Ursache-Wirkungszusammenhang verstanden wird, sondern, als ein Konzept für die Umsetzung des Projektes. Bei der Umsetzung wurde darauf geachtet, Sicherheitsfragen, die der Klimawandel auslöst auf jeder Ebene zu integrieren. Dieses nuancierte Verständnis des Climate-Security Nexus deckte sich oft nicht mit den Aussagen in den EU-Dokumenten, in denen allgemeine Phrasen zum Klimawandel als Sicherheitsrisiko wiederholt wurden, wie dies die Forschung zum Narrativ des Climate-Security Nexus dargestellt hat.

Schließlich ist deutlich geworden, wie wenig sich das Narrativ des Climate-Security Nexus auf der Projektebene wiederfindet. In den Veröffentlichungen der EU ist das Konzept fest etabliert in der Umsetzung auf der Projektebene noch in der Pilotphase. FREXUS ist das einzige Projekt, dessen Aufbau auf dem Nexus fußt. Alle anderen Projekte nach 2021 beziehen sich nur indirekt auf die Wechselwirkungen von Klimawandel- und Sicherheitsfragen. Allerdings fällt auf, dass die Entwicklungsprojekte nach 2021 einen starken Fokus auf Regionen mit instabiler

Sicherheitslage, Geflüchteten und Binnenvertriebenen haben. Zudem wird meistens darauf hingewiesen, wie sehr die Regionen unter den Auswirkungen des Klimawandels belastet sind und die entwicklungspolitischen Maßnahmen, die meist auf die Unterstützung der Landwirtschaft abzielen, zur Stabilisierung der Sicherheitslage beitragen sollen.

7. Fazit

Die Politikfelder der Entwicklung und Sicherheit sind sowohl finanzierungstechnisch als auch in ihrer Umsetzung noch stark voneinander getrennt. Auf der institutionellen Ebene agieren die zwei wichtigsten außenpolitischen Akteure EAD und EU-Kommission unabhängig voneinander. Während es eine Zusammenarbeit in der Formulierung der EU-Sahelstrategie durchaus gab, liegt die Implementierung und finanzielle Kraft überwiegend bei der EU-Kommission. Auch innerhalb der EU-Kommission werden die zuständigen Bereiche für Entwicklung und Sicherheit noch separiert. Die integrierte Sahelstrategie aus dem Jahr 2021 setzt mit ihrem Auftrag, Sicherheit und Entwicklung stärker zu koordinieren, schon einige Impulse in die richtige Richtung. Es ist noch zu früh, um zu sagen, ob der „integrierte Ansatz“ in der Implementierung der Strategie im Sahel erfolgreich ist.

Auch bleibt offen, wie die EU den Climate-Security Nexus, der in den EU-Dokumenten der GD INTPA sowie in Projektbeschreibungen vorkommt, genau definiert. Der Nexus von Klimawandel und Sicherheit wird je nach Kontext anders interpretiert und es fehlt Klarheit darüber, ob die EU in dem Climate-Security Nexus einen direkten Zusammenhang von Klimawandel und Konflikten sieht oder ob sie lediglich auf die Gefahr der multiplikatorischen Wirkung der Veränderung des Klimas auf Konflikte hervorheben möchte. Die Tschadseeregion ist in den letzten Jahren verstärkt in dieses Narrativ eingebunden worden. In der außeruniversitären Forschung, in Berichten von NGOs und in politischen Publikationen wurde die Destabilisierung der Region in einer neo-malthusianischen Logik insbesondere auf die Folgen des Klimawandels zurückgeführt. Kritische Stimmen mahnten, dass mit Erstarken des Climate-Security Narrativs eine größere Militarisierung der Tschadseeregion hervorging. Der Climate-Security Nexus mag die Gefahr in sich bergen, einfache Ursache-Wirkungszusammenhänge herzustellen und zu generalisieren, wo der spezifische lokale Kontext ausschlaggebend und die Realitäten komplex sind. Zudem scheinen andere Faktoren, beispielsweise funktionierende staatliche Strukturen, bedeutender für die Stabilität in konfliktbelasteten Regionen zu sein.

Diese Arbeit konnte vor allem zeigen, dass der Weg von der Formulierung einer Strategie bis zu der tatsächlichen Umsetzung vor Ort sehr lang ist. Der in der Sahelstrategie formulierte „integrierte Ansatz“, dem der Nexus-Ansatz zugrunde liegt

wird wiederholt in den strategischen Dokumenten und Erklärungen der EU-Behörden aufgegriffen. Ursprünglich als theoretischer Rahmen, entwickelte sich das Verständnis vom Climate-Security Nexus hin zu einem konkreten Handlungskonzept für die europäische Entwicklungspolitik. Bei der genaueren Analyse der Implementierung der Strategie am Beispiel der Tschadseeregion, einer Schwerpunktregion der EU-Außenpolitik im Sahel, hat sich ergeben, dass der Climate-Security Nexus noch eine kleine Rolle spielt. Es wurde bisher ein einziges auf diesem Konzept aufgebautes Projekt, das FREXUS-Projekt, seit der 2021 „integrierten“ Sahelstrategie realisiert. Das Design der anderen Projekte in der Region ist meistens noch klassisch nach den Aufgabengebieten Konfliktprävention und Peace Building oder Klimawandel-Adaption getrennt. Das Pilotprojekt FREXUS hat aber gezeigt, dass sich eine integrierte Herangehensweise nachhaltiger auf den Erfolg auswirkte. Auf der Projektebene wurde der Nexus in erster Linie als Koordinierungsfunktion der Sicherheits- und Klimawandelfragen in allen Projektstadien und zwischen allen relevanten Akteuren bis hin zum Design und der Finanzierung des Projekts verstanden. Ein direkter Zusammenhang, wie er insbesondere in der Think-Tank Literatur und generalisierend in manchen EU-Dokumenten zu finden ist, wurde in dem Experteninterview explizit negiert. Die Tschadseeregion, in der der Großteil der dort lebenden Bevölkerung von Subsistenzwirtschaft abhängt, hat selbstverständlich eine höhere Vulnerabilität in Bezug auf die Klimawandelfrage, weil die Folgen direkt die Existenzgrundlage der Menschen treffen. Ob dies dann Gewalt und Konflikte in der Tschadseeregion auslöst ist allerdings empirisch noch nicht bewiesen worden.

8. Bibliografie

- Aljazeera. (2023, September 5). *France reportedly in talks with Niger for possible withdrawal of its troops* [Nachrichten]. Aljazeera. <https://www.aljazeera.com/news/2023/9/5/france-reportedly-in-talks-with-niger-for-possible-withdrawal-of-its-troops>
- Alliance Sahel. (2021, April 27). *Fighting Climate Change: An Opportunity for Conflict Prevention in the Sahel*. Alliance Sahel. <https://www.alliance-sahel.org/en/news/agriculture-rural-development-and-food-security/fighting-climate-change-conflict-prevention-sahel/>
- Baumgartner, S. (2010). Theoretische Grundlage: Der akteurzentrierte Institutionalismus. In *Die Regierungskommunikation der Schweizer Kantone* (S. 81–95). Springer. https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-92253-9_4
- Becker, P., & Fröhlich, C. (2016). *Klimawandel und Migration am Beispiel Dürren. Hintergrundinformationen des Deutschen Klima-Konsortiums*. Deutsches Klima-Konsortium.
- Benjaminsen, T. A., & Hiernaux, P. (2019). From Desiccation to Global Climate Change: A History of the Desertification Narrative in the West African Sahel, 1900-2018. *Global Environment*, 12(1), 206–236. <https://doi.org/10.3197/ge.2019.120109>
- Blum, S., & Schubert, K. (2018). *Politikfeldanalyse: Eine Einführung* (3., überarbeitete Auflage). Springer VS.
- Bøås, M. (2021). EU migration management in the Sahel: Unintended consequences on the ground in Niger? *Third World Quarterly*, 42(1), 52–67. <https://doi.org/10.1080/01436597.2020.1784002>
- Brockhaus. (2006a). Kamerun. In *Brockhaus Enzyklopädie in 30 Bänden* (21. völlig neu bearbeitete Aufl, Bd. 14). F. A. Brockhaus.
- Brockhaus. (2006b). Kanem-Bornu. In *Brockhaus Enzyklopädie in 30 Bänden* (21. völlig neu bearbeitete Aufl, Bd. 14). F. A. Brockhaus.
- Brockhaus. (2006c). Kanembu. In *Brockhaus Enzyklopädie in 30 Bänden* (21. völlig neu bearbeitete Aufl, Bd. 14). F. A. Brockhaus.
- Brockhaus. (2006d). Niger. In *Brockhaus Enzyklopädie in 30 Bänden* (21. völlig neu bearbeitete Aufl, Bd. 19). F. A. Brockhaus.
- Brockhaus. (2006e). Nigeria. In *Brockhaus Enzyklopädie in 30 Bänden* (21. völlig neu bearbeitete Aufl, Bd. 19). F. A. Brockhaus.
- Brockhaus. (2006f). Tschad. In *Brockhaus Enzyklopädie in 30 Bänden* (21. völlig neu bearbeitete Aufl, Bd. 28). F. A. Brockhaus.
- Brockhaus. (2006g). Tschadsee. In *Brockhaus Enzyklopädie in 30 Bänden* (21. völlig neu bearbeitete Aufl, Bd. 28). F. A. Brockhaus.

- Brzoska, M., & Fröhlich, C. (2016). Climate change, migration and violent conflict: Vulnerabilities, pathways and adaptation strategies. *Migration and Development*, 5(2), 190–210.
<https://doi.org/10.1080/21632324.2015.1022973>
- Buckel, S., & Kopp, J. (2021). *Das Recht, nicht gehen zu müssen—Europäische Politik und Fluchtursachen*. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Council of the European Union. (2015). *Council Conclusion on the Sahel Regional Action Plan 2015-2020* (7823/15).
- Council of the European Union. (2021). *The European Union's Integrated Strategy in the Sahel – Council Conclusions*. Council of the European Union.
- Crisis24. (2023, September 6). *Chad: Further protests possible in coming days following incident involving French soldier in Faya-Largeau, Borkou Region, Sept. 5* [Nachrichten]. Crisis24.
<https://crisis24.garda.com/alerts/2023/09/chad-further-protests-possible-in-coming-days-following-incident-involving-french-soldier-in-faya-largeau-borkou-region-sept-5>
- Daoust, G., & Selby, J. (2022). Understanding the Politics of Climate Security Policy Discourse: The Case of the Lake Chad Basin. *Geopolitics*, 1–38.
<https://doi.org/10.1080/14650045.2021.2014821>
- Defizite bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit*. (2023, März 16). Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
<https://www.bmz.de/de/laender/nigeria/politische-situation-15668>
- Delasnerie, A. (2023, April). *Mehrjähriger Finanzrahmen*. Kurzdarstellungen zur Europäischen Union. Europäisches Parlament.
<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/29/mehrjaehriger-finanzrahmen>
- Diawara, M. (2023, August 20). *Was wissen die von uns? Nichts!* [ZEIT Online].
https://www.zeit.de/2023/35/niger-putsch-frankreich-kolonialismus-afrika?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F
- Echoes of the Sahel*. (2023, September 13). [Newsletter]. Clingendael Institute.
<https://mailchi.mp/b0a7251fdf03/sahel-news-round-up-20288400?e=8efbb483bb>
- Ehiane, S., & Moyo, P. (2022). Climate Change, Human Insecurity and Conflict Dynamics in the Lake Chad Region. *Journal of Asian and African Studies*, 57(8), 1677–1689.
<https://doi.org/10.1177/00219096211063817>
- Europäische Kommission. (o. J.). *Foreign Policy Instruments*. Europäische Kommission. Abgerufen 19. Oktober 2023, von https://commission.europa.eu/about-european-commission/departments-and-executive-agencies/foreign-policy-instruments_de
- Europäisches Kommission. (o. J.). *Neighbourhood, Development and International Cooperation*

- Instrument – Global Europe (NDICI – Global Europe)*. Funding & Technical Assistance. Abgerufen 21. Oktober 2023, von https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/funding-and-technical-assistance/neighbourhood-development-and-international-cooperation-instrument-global-europe-ndici-global-europe_de
- European Commission. (o. J.-a). *Developing the livelihoods of those affected by displacement in Tahoua, Niger*. International Partnerships. Abgerufen 20. Januar 2023, von https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/programming/projects/developing-livelihoods-those-affected-displacement-tahoua-niger_en
- European Commission. (o. J.-b). *Regreening Africa: Restoring land and livelihoods in the Sahel*. International Partnerships. Abgerufen 20. Januar 2024, von https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/programming/projects/regreening-africa-restoring-land-and-livelihoods-sahel_en
- European Commission. (o. J.-c). *Renforcement de la gouvernance et de la résilience climatiques au Tchad*. International Partnerships. Abgerufen 19. Oktober 2023, von https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/programming/projects/renforcement-de-la-gouvernance-et-de-la-resilience-climatiques-au-tchad_en
- European Commission. (o. J.-d). *Restoring hope to displaced persons in the border areas of Burkina Faso, Mali and Niger*. International Partnerships. Abgerufen 20. Januar 2024, von https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/programming/projects/restoring-hope-displaced-persons-border-areas-burkina-faso-mali-and-niger_en
- European Commission. (o. J.-e). *Sahel: Lutte contre le changement climatique et prévention des conflits*. International Partnerships. Abgerufen 20. Januar 2024, von https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/programming/projects/sahel-lutte-contre-le-changement-climatique-et-prevention-des-conflits_en
- European Commission (Hrsg.). (2020). *Strategic Plan 2020-2024: Directorate-General for International Cooperation and Development – DG DEVCO*.
- European Commission. (2022). *Management plan 2022. Directorate-General for International Partnerships*.
- European Commission. (2023). *INTPA Directorate-General for International Partnerships: Organisation Chart*. https://international-partnerships.ec.europa.eu/system/files/2023-04/organisation-chart_en_0.pdf
- Gleditsch, N. P. (2021). This time is different! Or is it? NeoMalthusians and environmental optimists in the age of climate change. *Journal of Peace Research*, 58(1), 177–185. <https://doi.org/10.1177/0022343320969785>

- Global Climate Change Alliance*. (o. J.). Climate Funds Update. Abgerufen 19. Oktober 2023, von <https://climatefundsupdate.org/the-funds/global-climate-change-alliance/#:~:text=The%20Global%20Climate%20Change%20Alliance,to%20deal%20with%20climate%20change.>
- Herbst, J. (2015). *States and Power in Africa: Comparative Lessons in Authority and Control: Comparative Lessons in Authority and Control*. Princeton University Press. <https://doi.org/10.1515/9781400852321>
- Hergaden, M. F. (2023). *Entwicklungspolitik: Ein allgemeiner Überblick*. Europäisches Parlament. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/163/entwicklungspolitik-ein-allgemeiner-uberblick#:~:text=Mit%20dem%20Instrument%20wurden%20mehrere,EUR%20an%20öffentlicher%20Entwicklungshilfe%20bereit.>
- Hiribarren, V. (2016). Kanem-Bornu Empire. In N. Dalziel & J. M. MacKenzie (Hrsg.), *The Encyclopedia of Empire* (1. Aufl., S. 1–6). Wiley. <https://doi.org/10.1002/9781118455074.wbeoe014>
- Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. (2023). *Gemeinsame Mitteilung an das europäische Parlament und den Rat. Eine neue Perspektive auf den Klima-Sicherheits-Nexus: Bewältigung der Auswirkungen von Klimawandel und Umweltzerstörung auf Frieden, Sicherheit und Verteidigung*. Europäische Kommission.
- Holly, L. (2022, Oktober 10). Übergangspräsident im Tschad vereidigt. *Zeit Online*. https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-10/tschad-uebergangspraesident-vereidigt-mahamat-itno?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F
- Huneau, F. (2017). *Integrated and Sustainable Management of Shared Aquifer Systems and Basins of the Sahel Region. Lake Chad Basin, Report of the IAEA-supported regional technical cooperation project* (RAF/7/011). https://www.iaea.org/sites/default/files/raf7011_lake_chad_basin.pdf
- Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI – Global Europe)*. (2023, Juli 21). Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/instrument-fuer-heranfuhrungshilfe-ipa-118286>
- Kaiser, R. (2014). *Qualitative Experteninterviews: Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-02479-6>
- Kamerun: Das Land in Daten*. (o. J.). Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen 26. September 2023, von <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/kosmos-weltalmanach/65702/kamerun/>

- Kempin, R., & Scheler, R. (2016). Vom »umfassenden« zum »integrierten Ansatz« Notwendige Schritte zur Weiterentwicklung der EU-Außenbeziehungen am Beispiel der Sahelzone und des Horns von Afrika. *SWP-Studien*, 29.
- Kipp, D. (2018). Vom Notfall zum Regelfall – der EU-Treuhandfonds für Afrika. *SWP-Studien*, 21, 32.
- Langan, M. (2017). *Neo-colonialism and the poverty of „development“ in Africa*. Springer Berlin Heidelberg.
- Liebermann, O., & Bertrand, N. (2023, September 8). *US could begin withdrawing troops from Niger in coming weeks, US officials say* [Nachrichten]. CNN.
<https://www.cnn.com/2023/09/08/politics/us-troops-niger>
- Molenaar, F., & El Kamouni-Janssen, F. (2017). *Turning the tide The politics of irregular migration in the Sahel and Libya* (S. 1–80). Clingendael. Netherlands Institute of International relations.
- nexus. (o. J.). *FREXUS: Improving security and climate resilience in a fragile context through the Water-Energy-Food Nexus*. nexus. <https://www.water-energy-food.org/frexus-improving-security-and-climate-resilience-in-a-fragile-context-through-the-water-energy-food-nexus>
- Niger: *Das Land in Daten*. (o. J.). Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen 26. September 2023, von <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/kosmos-weltalmanach/65757/niger/>
- Nigeria: *Das Land in Daten*. (o. J.). Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen 26. September 2023, von <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/kosmos-weltalmanach/65758/nigeria/>
- One Planet Summit. (o. J.). *DeSIRA (Development Smart Innovation through Research in Agriculture)*. One Planet Summit. Abgerufen 19. Oktober 2023, von <https://oneplanetsummit.fr/en/coalitions-82/desira-development-smart-innovation-through-research-agriculture-206>
- Osland, K. M., & Erstad, H. U. (2020). *„Irregular“ Migration and Divergent Understandings of Security in the Sahel* (S. 1–7). Istituto Affari Internazionali.
- Osterhammel, J. (2009). *Die Verwandlung der Welt: Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*. Beck.
- Pham-Duc, B., Sylvestre, F., Papa, F., Frappart, F., Bouchez, C., & Crétaux, J.-F. (2020). The Lake Chad hydrology under current climate change. *Scientific Reports*, 10(1), 5498.
<https://doi.org/10.1038/s41598-020-62417-w>
- Pichon, E., & Betant-Rasmussen, M. (2021). *New EU strategic priorities for the Sahel. Addressing regional challenges through better governance* (PE 696.161; S. 1–12). European Parliamentary Research Service.
- Plank, F., & Bergmann, J. (2021). The European Union as a Security Actor in the Sahel: Policy

- Entrapment in EU Foreign Policy. *European Review of International Studies*, 8(3), 382–412.
<https://doi.org/10.1163/21967415-08030006>
- PSC Report. (2023, September 3). *PSC Insights: Stemming child soldier recruitment in Lake Chad Basin region*. The Institute for Security Studies. https://issafrica.org/pscreport/psc-insights/stemming-child-soldier-recruitment-in-lake-chad-basin-region?utm_source=BenchmarkEmail&utm_campaign=ISS_Weekly&utm_medium=email
- Raineri, L. (2020). *Sahel Climate Conflicts? When (Fighting) Climate Change Fuels Terrorism* (20; Conflict Series, S. 1–8). European Union Institute for Security Studies.
- Raineri, L., & Rossi, A. (2017). *The security-migration-development nexus in the Sahel: A reality check*. Istituto Affari Internazionali.
- Ramadane, M. (2023, August 19). *Chad's FACT rebel group ends ceasefire over alleged attack by junta* [Nachrichten]. Reuters. <https://www.reuters.com/world/africa/chads-fact-rebel-group-ends-ceasefire-over-alleged-attack-by-junta-2023-08-19/>
- Rat der Europäischen Union. (2021). *Integrierte Strategie der Europäischen Union für die Sahelzone – Schlussfolgerungen des Rates*. Rat der Europäischen Union.
- Reuters. (2023, September 8). *World Bank announces \$340 mln support for Chad over refugees, other crises* [Nachrichten]. Devdiscourse. Discourse on Development.
<https://www.devdiscourse.com/article/science-environment/2586824-world-bank-announces-340-mln-support-for-chad-over-refugees-other-crises>
- Rosenberg, E. S. (2012). *Geschichte der Welt*. Beck.
- Scheffran, J. (Hrsg.). (2012). *Climate change, human security and violent conflict: Challenges for societal stability*. Springer Verlag.
- Scheffran, J., & Fröhlich, C. (2017). Klima – Gewalt – Flucht. Das Beispiel Syrien. *Wissenschaft und Frieden*, 35(2), 7–10.
- Security Council. (2017). *Resolution 2349*.
- Sempijja, N., & Eyita-Onkon, E. (2022). Examining the effectiveness of the EU security-development strategy in tackling instability in the Sahel: The case for an alternative strategy? *South African Journal of International Affairs*, 29(2), 139–160.
<https://doi.org/10.1080/10220461.2022.2089727>
- Sharifi, A., Simangan, D., Lee, C. Y., Reyes, S. R., Katramiz, T., Josol, J. C., Dos Muchangos, L., Virji, H., Kaneko, S., Tandog, T. K., Tandog, L., & Islam, M. (2021). Climate-induced stressors to peace: A review of recent literature. *Environmental Research Letters*, 16(7), 073006. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/abfc08>
- Stiftung Wissenschaft und Politik. (2023). *Klimawandel als Sicherheitsproblem*. Deutsches Institut

- für Politik und Sicherheit. <https://www.swp-berlin.org/themen/dossiers/klimapolitik/klimawandel-als-sicherheitsproblem>
- Stritzel, H. (2014). Securitization Theory and the Copenhagen School. In H. Stritzel, *Security in Translation* (S. 11–37). Palgrave Macmillan UK. https://doi.org/10.1057/9781137307576_2
- The Lake Chad Basin Commission: About us.* (2023, März 22). [Homepage]. LCBC. <https://cblt.org/about-us/>
- Thomas, N., & Nigam, S. (2018). Twentieth-Century Climate Change over Africa: Seasonal Hydroclimate Trends and Sahara Desert Expansion. *Journal of Climate*, 31(9), 3349–3370. <https://doi.org/10.1175/JCLI-D-17-0187.1>
- Tschad: Das Land in Daten.* (o. J.). Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen 26. September 2023, von <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/kosmos-weltalmanach/65814/tschad/>
- Venturi, B. (2017). *The EU and the Sahel: A Laboratory of Experimentation for the Security–Migration–Development Nexus*. Istituto Affari Internazionali. <http://www.jstor.com/stable/resrep17523>
- Venturi, B. (2019). *An EU Integrated Approach in the Sahel: The Role for Governance* (S. 1–23). Istituto Affari Internazionali.
- Venturi, B., & Barana, L. (2021). *Lake Chad: Another Protracted Crisis in the Sahel or a Regional Exception?* Istituto Affari Internazionali (IAI); JSTOR. <http://www.jstor.org/stable/resrep30936>
- Wahlstedt, E., & Mikkola, J. (2022). Peace in the ground: How land degradation in the Sahel impacts Europe and what the EU can do about it. *European View*, 21(1), 100–109. <https://doi.org/10.1177/17816858221089487>
- Wakdok, S. S., & Bleischwitz, R. (2021). Climate Change, Security, and the Resource Nexus: Case Study of Northern Nigeria and Lake Chad. *Sustainability*, 13(19), 10734. <https://doi.org/10.3390/su131910734>
- Wenig Bemühen um nachhaltige Entwicklung.* (2023). Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. <https://www.bmz.de/de/laender/kamerun/politische-situation-16364#:~:text=Offiziell%20ist%20Kamerun%20eine%20Mehrparteiendemokratie,politischen%20Ebenen%20eine%20Vormachtstellung%20innehalt.>
- World Bank. (2021, November 15). *Lake Chad Regional Economic Memorandum: Development for Peace*. The World Bank. <https://www.worldbank.org/en/region/afr/publication/lake-chad-regional-economic-memorandum-development-for-peace>

Yeltekin, D. (2022). *Militarised Adaptation? How the Global South is Adopting Climate-Security Approaches* (War and Pacification, S. 1–22) [Discussion Paper]. Transnational Institute.

9. Anhang

9.1 Interviewleitfaden

Main research questions:

1. The EU's Integrated Strategy in the Sahel 2021 identified climate change as a key risk factor for destabilizing the security situation in the Sahel region. How has this changed EU policy in the Sahel and specifically in the Lake Chad region?
2. What projects derive from the Sahel strategy to combat climate change in the region and specifically in the Lake Chad region?
3. How do these projects achieve the security-development nexus envisioned in the integrated strategy?
4. What are the successes and setbacks in addressing climate change in the region?
5. How are the various actors responsible for implementing the Sahel strategy working together?
6. What tensions or different strategies may arise in addressing climate change in the Lake Chad region?

9.2 Transkript Interview FREXUS Project Manager (03.10.2023)

00:00:03 Sprecher 2

OK, so we are recording right now. So, can you tell me about your project you're working on with the GIZ right now?

00:00:43 Sprecher 1

Hello. Are you here?

00:00:45 Sprecher 2

Yes, I'm here.

00:00:54 Sprecher 2

I cannot hear you right now. Maybe there's some problems with the connection?

00:01:03 Sprecher 2

Ah, OK, now I think it's OK.

00:01:06 Sprecher 1

Yeah. So, I thought you will start asking the question or I should start going through the question you've sent.

00:01:14 Sprecher 2

OK, I can start with the first question if that's OK. So yeah, my main question is like. What projects the European Union is conducting regarding climate change in the Lake Chad region?

00:01:39 Sprecher 1

OK so. Basically, from my own experience. We implemented the FREXUS project, which is funded by the European Union. One instrument called foreign policy instrument. I think that Alexander has told you that. Then this project is implemented in the Lake Chad Basin in order to understand what the complex link between climate change, security and natural resource management is. So, this project was implemented for the past three years and has investigated those complex links in a participatory approach. And we came across many conclusions about the link between climate change, security, and natural resource management in the Lake Chad region. Then one of the main conclusions we came out was that in the Lake Chad region, you see 80% or even more than that of the population lives depending on the rainfed agriculture and livestock like the herders and the farmers all depend on rainfed agricultural products and residues. But when climate change impact this when pattern it also impacts the livelihood directly of communities. This does not mean that there is a direct link between climate change and conflict. Then what makes it very critical is that the governance at different level of intervention is very weak in the Lake Chad region, especially in the countries bordering the Lake Chad: Niger, Nigeria, Cameroon, and this governance is more linked to the risk of conflict and the security than the climate change. However, climate change appears to be an exacerbating factor of all the governance conflict factors. I don't know if you get what I mean.

00:04:32 Sprecher 2

Yeah, yeah, yeah, yeah.

00:04:35 Sprecher 1

So, the main issue I think based on our experience from implementing this project was that it is more the governance that is at the basis of the conflict, at least between communities at communities' level. However, climate change is having a significant impact on even the governance itself and then exacerbating conflict and makes it even more difficult for the central state to solve those kind of conflict issues then I know that there are many projects of EU that are being implemented but I don't have much information about them. What I know is that those projects most of the time also revealed to be like not really adapted within the context like because there is the connection between central level and local level. I don't know if you understand my point here, but from the policy perspective when you look at the national level of governance. On the local level, there is a huge disconnection between those level of governance and then sometimes the national level is very disconnected of the local level realities and projects coming from national level or EU, OK, those projects are being considered as climate change adaptation projects, but sometimes they even increase or create more conflict than they should resolve. I have many examples I can provide with you.

You know in Niger sometimes when they do the climate change adaptation policy. I don't know if I'm deviating from the question so that you may also tell me maybe you should focus on this. Please tell me if I'm deviating from the question.

00:06:51 Sprecher 2

No, no, this is perfect. This is exactly what I want to know. And I would be happy if you could give me some examples for the disconnection and also how they failed to implement it right.

00:07:07 Sprecher 1

Great. So, for example, yeah, when there is a pastoral area like that and this pastoral area is having drought OK, frequent and recurrent drought. Drought. You understand what I mean by drought, right? So sometimes they plan at national level, OK, we are going to drill wells to provide water to animals and also to do an irrigation project. They are planning at the national level without maybe having in their mind that this may create conflict between communities because of the competition it will create. Then they will come and try to implement it at the local level and what we experience in Niger where we work is that these boreholes, they wanted to create it for almost 10 years in some particular areas created conflict between communities because they didn't accept it. It has been seen as a national adaptation action to climate change, but at the local level it's perceived as a conflict factor because it will create competition between two groups of communities and then they refuse, and always for almost 10 years it has been creating conflict. This is only explained by the disconnection between the national and local level, when a central state would like to implement climate change adaptation action and then at the local level, this is perceived as a conflict factor and it's creating conflict between communities. If they are very connected these actions should raise from the local level to central level. The demand of adaptation action should raise from the local to national level. You see this kind of disconnection, and there are many other examples in the

Lake Chad region. Another example I would like to show what happens in the even the Lake Chad itself was that at the beginning of the insecurity like in 2015. OK. In 2015, they started having security incidents there. What the state has decided, the four states around the Lake Chad, was to stop agricultural activities around the lake like seashore herders and farmers have been prohibited from doing their activities, but the insecurity incident have increased like by 5-6 times. Before the states realize that, OK, if we stop those activities then it will create more conflict and insecurity than we could even imagine. And that's why they reopened it, they said OK, because of that, we are going to reopen it. But at the beginning they just took it like that because of this kind of disconnection.

00:10:20 Sprecher 2

Is it because there are not enough local experts drawn into the projects?

00:10:32 Sprecher 1

Yep, the process of defining projects to respond to those risks are just done at the national level without a deep understanding from the bottom. And from EU particularly and all those strategic partners of our countries most of the time they came with a logical frame that is fixed OK with indicators and with objective. And most of the time they are not adapted to the reality of conflict and insecurity. And then that's why the results are not perceived as they should be. You understand what I mean? Because they are not very much linked to local level realities and then those project frames that are fixed from there, from national level and the strategic partners like EU. When they came into implementation, they did not provide acceptable results on the conflict because they're not just adapted from the local level realities. When you came from a security issue area like Lake Chad and you would like to create infrastructure and instead of conducting a participatory process from local level. You just fix it at the national level, you came and provide some, I don't know, bikes to kids, where there's not even a road. You see those kinds of actions? In fact, they're not adapted to respond to the real risk of conflict in those areas.

00:12:39 Sprecher 2

So, in science, the consensus is that climate and conflict, there's no direct link between those. But again, like on the other hand, there is this Climate-Security Nexus where you try to be more aware of the complex realities and so in the strategy of the European Union, they

want to implement this Nexus in their projects and I'm curious, what does this actually mean in the field? How are they implementing this climate-security Nexus?

00:13:34 Sprecher 1

What we did and what is not very frequent in the field was that when you look at this complex issue of Climate Security Nexus most of the time you have partners like EU that are like drafting projects in natural resource management or peace building approach. OK, but it's rare, very rare to come into the field and to see a project that is doing at the same time peace building – conflict prevention – and at the end of the process they provide support and do an infrastructure project. So that's something, which is very rare in terms of the climate-security issue, and we implemented it. We came from the natural resource management project, but we also do at the basis the peace building and conflict prevention approach. We combine the two of them. That's what is really lacking into this approach. I don't know if you understand what I mean. To implement it in the field – you have to consider, first of all, how climate adaptation strategies, how could they be used as a peace building approach and how are they perceived in terms of conflict impact? You need to discuss this in a participatory approach, in a peace building approach. Then after that you come and implement the actions. That's what we did and we are one of the rare projects that did that. Let me just give you an example. When we started the process of this climate-security nexus on the field, we did two years of dialogue, participatory approach, peace building approach with communities down there in the communities, implementing the climate-security trying to understand what is impacting the security in terms of climate risk and what are the conflict factors there. After that processes we were asked as output of this process to do some climate change adaptation actions, concrete action on the field, but the budget we were given does not allow us to do that. Then I went in and asked for some partners that are already on the field intervening in that area and I explained to them that we need some support to implement those actions, they said “no, we are not from peace building approach. We are doing this in climate change adaptation, agricultural projects we cannot come in the conflict area and put our budget with all the risk that is there.” And when I go back to those actors that are working on the conflict and I ask them “please we need support to implement those climate adaptation action.” They say “no, we are into peace building. We are not into those climate change adaptations.” You see, this is like strange in the field because we did both of them and we appear some kind of weird in front of other partners. I don't know if you understand what I mean. So, most of the time on the field projects should implement really this climate-security nexus in the field. They should come with both approaches: peace building and conflict prevention, and then also climate change adaptation actions. And then they should have means to implement both of them on the field and the time also to implement them. Most of the time the projects are not designed to have such time to do participatory processes, conflict dialogues and then come and do climate change adaptation. Projects are not designed to have that time frame to do that, and that's what should be done because the issue is interlinked and connected and should be looked at that.

00:17:56 Sprecher 2

So, are you saying they don't have enough time to look at both, to combine both approaches?

00:18:09 Sprecher 1

Not only time, but even resources are not dedicated to do both of the aspects of the climate-security nexus. When they are intervening, either they are just doing peace building conflict prevention dialogue and then they stop there, or they're just doing adaptation concrete actions like building boreholes, increasing community resilience. It's really rare to have projects that are designed to tackle both issues at the same time with the necessary time frame, even the budget and the design of the project are not adapted to these climate-security nexus realities.

00:18:55 Sprecher 2

And do you know of any other projects that also implement this combined approach?

00:19:06 Sprecher 1

I didn't. I didn't find because, but OK, this is just my small experience. OK. I will not go to generalize it. It might be there, some people might be doing that but from that's what I've

been doing I just couldn't find someone to accompany me to accompany our project to do that. Either people are just for the peace building approach or they are for climate change adaptation.

00:20:16 Sprecher 2

Is it because they are listening to the national and the strategic partners?

00:20:20 Sprecher 1

Part of that, because before designing a project there is a consultancy process. They consult the national policy, they do it with them. But I don't think they really involve as much as it's required at the local level.

00:20:30 Sprecher 2

So, you have experience in combining this approach on the field. Can you tell from your experience that there has been more success. Or could you see more success when you were implementing this combined approach?

00:20:45 Sprecher 1

Great. So, we perform this combined approach in three different areas with a different type of security context, OK. So just from the feedback of what we have been doing in Niger, Mali and Chad within the FREXUS project. For example, when you take the case of Niger where the conflict situation is not critical like you can even access to the field, you can have a community process. Because the conflicts are just latent and they have not yet gotten to violence, permanent violence. There is some sporadic violence, but it's not permanent violence. In this kind of context, the project worked well and it really provided good results because we were able to do the adaptation. The climate change adaptation process that has not been able to be implemented by even the central states and all other partners. We did it because at the basis, we combined the two approaches in the field and we were successful, very successful and the results for now at least it has been three years now it's been consolidated at the field level and we were able to implement the climate change adaptation strategies and help people get resilient to climate change risk, droughts in particular, but also reduce conflict on the field. But when you take the context of Mali, where already the conflict situation is very critical, and the violence level is getting more intensive. We were not able to do the participatory, the peace building approach, the conflict prevention approach well because you know when you are doing this kind of process you need people continuously talking, doing dialogue and with security issues this is not possible. And the results were less successful than in Niger Republic. And in Chad, because the situation is like in Niger it was also successful. So, it depends, what we understand as a lesson learned was that in the context where we just need to do prevention, conflict prevention and climate change adaptation, this kind of combined approach is working well. But where the situation is already in violent conflict like you cannot have much result because you will not be able to really implement the first approach like the dialogue conflict prevention approach in that kind of situation.

00:23:53 Sprecher 2

And in Chad?

00:23:56 Sprecher 1

Chad, yes, that also was successful because of that like less successful than Niger because of OK, the capacity of mobilization and the security context also. But what I will tell you was that in a context where there is conflict risk, a high conflict risk and you came before the conflict is getting worse and the violence level is getting high, then you have a high chance to success in this kind of process. But even if the security context is already critical, then the results are not, like yes, you could have some result, but compared to the context where the prevention could work is different.

00:24:46 Sprecher 2

So, in Niger, it was the most successful results.

00:24:52 Sprecher 1

Yes, it was. And this is the reason I explained to you.

00:25:03 Sprecher 2

OK. And so, this project FREXUS is since three years and it will continue like you have to renew or prolong it every couple of years or how does it work?

00:25:27 Sprecher 1

No, it's funded from EU finance instrument that does not allow this kind of project into many phases. So, it was just a project to understand to implement. It's kind of a pilot project that we did and now it's closed now. I think the continuity aspect should be coming from other partners like BMZ and currently the project I'm implementing in the left Chad is like almost the same thing than that FREXUS is doing the same approach but from a different funding source like this is from the BMZ. I don't know if you are aware of.

00:26:12 Sprecher 2

I'm aware of the BMZ.

00:26:16 Sprecher 1

OK, great.

00:26:18 Sprecher 2

So yeah, the GIZ is working for the BMZ in the countries, right? So, the EU is only financing those kind of pilot projects and then BMZ takes over. I don't understand how.

00:26:48 Sprecher 1

No, this is the particular case of the FREXUS. We were founded by an EU instrument called FPI, which is foreign policy instrument, OK. And this kind of instrument is not designed to fund projects for like more than three years. OK, so this is like a pilot project to respond to some important question to EU. But I know that they are also funding some projects, but not really from this kind of approach. And they have projects all over Sahel region that are going for five, 6-7 years, but not into particularly this approach.

00:27:44 Sprecher 2

That's very interesting because they specifically want to adapt this approach more in their like in general. Like they want to mainstream this approach. So yeah, that's an interesting aspect. OK, so there are all kinds of different actors you have to get in one boat to implement those projects, like on the national level, on the regional level, how does this work from your experience?

00:28:29 Sprecher 1

This is a good question and I think it's also part of the success of our project. When you take the Lake Chad you have like 6 countries with different economic profile, different social, cultural profile of the countries surrounding the Lake Chad, and to be able to align those countries policies is very difficult. That's why at regional level you need a coordination of actions between countries and one very big door, if I can say that to have these countries aligned in terms of policies would be to work with regional organizations like the Lake Chad Basin Commission, where those countries are linked by a very good tool which is the water shelter. It is like juridically agreements between those countries on the share natural resource management, the same approach, coordinated action, and then it's a good point of entry into regional coordination, because sometimes the issues may come from a regional perspective, like a problem that is having its origin in one other country could have created conflict in the downstream of the lack of the river. So, you see, this regional organizations are a key output for us to coordinate and align policies and even rule of management of natural resources. So, this is what we did. We implemented the project at regional level first to have the countries aligned in terms of coordination for the conflict prevention, so this is regional organizations. We worked with the Lake Chad Basin Commission, which is like a river basin organization, and they are having water shelter between countries of Lake Chad. And then it was easy to coordinate between countries through those river basin organization and also in Niger, we work with the Niger Basin Authority, which is also a nine-country-member river basin organization. That those countries also are linked, and they have in common the water shelter, which is a very good tool for them to coordinate the use of natural resource management. Then, at the particular national level of each country, we implemented our action at central level. At ministries of water, environment, energy, foreign defense, we created a kind of platform that allowed us to coordinate action between those ministries and then at local level we get to the community level, the decentralized administrative and technical services at local level involving a representative of communities and traditional authorities. Then we were able to align local level intervention, national level intervention and

regional level intervention, whatever we are doing at local level is known at the regional level through regional organizations.

You see and then we were able to see what the disconnection between national, local and regional level are. And try to feed those gaps.

00:32:33 Sprecher 2

OK. And is this working?

00:32:43 Sprecher 1

Yes, this is what personally I found to be the most efficient ways to tackle those issues. Because whatever you are doing in this country, it's known in the other country through the regional organization.

00:32:58 Sprecher 2

And the common interest is to stabilize the security situation and tackle climate change resilience in the Lake Chad region. Right? That's like the basis. And then does it sometimes happen that there are different strategies that sometimes interfere with each other like that? Are there some tensions or that they are not working well together?

00:33:47 Sprecher 1

You mean between countries?

00:33:49 Sprecher 2

Yeah. For example, like that they have different interests or different strategies in addressing, let's say, climate change resilience.

00:33:58 Sprecher 1

Yep, Yep, Yep, it appears to be like that, but here the point is that because of the presence of these kind of regional organizations, they are trying at their best to coordinate and to align national strategies from the regional level. Which means that they are implementing projects that already have this kind of regional perspective in them and the interventions now are becoming more common, and they are doing it together. Even the stabilization like in terms of conflict insecurity itself, they now constituted the Multinational Joint Task Force between those countries, and they are doing it at the same time. They are doing the climate and resilience and conflict prevention. So, which is now I think very good for them because it's really now coordinated at regional level, which means that there are not any more such much differences because when they are doing those interventions, it's coordinated at the regional level and the projects are regional and then the interventions also are regional, so trans boundaries.

00:35:25 Sprecher 2

I think I went through all of my questions.

00:35:30 Sprecher 1

I hope it was useful for you.

00:35:34 Sprecher 2

Yeah, it was. It was very interesting to hear from somebody who is actually working on those projects. And because I'm only reading like the literature, right. So I have no direct link and I'm so happy that I could talk to somebody who's actually working on it. So yeah, it was very useful.

00:35:56 Sprecher 1

Yeah. So please do not hesitate to send me an e-mail if you have any questions and then I'll try to contribute as much as I can.

00:36:06 Sprecher 2

Ah, thank you so much.

00:36:09 Sprecher 1

Yeah, just do not hesitate to send me e-mail or something like that.

00:36:24 Sprecher 2

OK, I will. I will transcribe the interview and if you want, I can send you back the written form of the interview.

00:36:37 Sprecher 1

Please do that so that I can give you some feedback.

00:36:40 Sprecher 2

OK. Thank you so much.

00:36:42 Sprecher 1

Thank you.

00:36:44 Sprecher 1

Thank you. Please don't hesitate to get in touch if in case you have anything else you want to know if I could respond.

00:36:51 Sprecher 2

OK. Thank you so much. I've I stopped the recording.

9.3 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ausdehnung des Einzugsgebiets des Tschadsees und die wichtigsten betroffenen Länder. (Huneau, 2017, S. 4)	16
Abbildung 2: Überblick über die Finanzierung (eigene Darstellung)	44
Abbildung 3: Mittelzuweisungen für die Drei-Säulen-Struktur von NDICI (Angaben in Millionen Euro). Quelle: Europäisches Parlament (Hergaden, 2023)	47
Abbildung 4: Der Climate-Security Nexus als Konzept für die EU-Politik (Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, 2023, S. 4)	50
Abbildung 5: EU-Projekt „Stärkung des Klimamanagements und -resilienz im Tschad“	56
Abbildung 6: EU-Projekt „FREXUS“	57
Abbildung 7: EU-Projekt „Entwicklung der Lebensgrundlagen der von Vertreibung betroffenen Menschen in Tahoua, Niger“	61
Abbildung 8: EU-Projekt „Den Vertriebenen in den Grenzgebieten von Burkina Faso, Mali und Niger neue Hoffnung geben“	62
Abbildung 9: EU-Projekt „Regreening“ Afrikas: Wiederherstellung von Land und Lebensgrundlagen in der Sahelzone“	63